

[Zur Homepage der Publikation](#)

Schriftenreihe des Instituts für Bildung und Kommunikation in
Migrationsprozessen (IBKM) an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Nr. 10

Herausgegeben von Michael Fritsche, Rolf Meinhardt,
Hans-Peter Schmidtke

Anwar Hadeed

Sehr gut ausgebildet und doch arbeitslos

**Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in
Niedersachsen**

– Eine empirische Studie –



Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2004



Diese Studie entstand im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten Projektes.

Verlag/Druck

Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) - Verlag -
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0913-3

Inhalt

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	9
Vorwort	13
Kurzfassung	15
1 Ausgangslage und Zielsetzung der Studie	29
1.1 Standort- und Bedarfsanalyse	29
1.2 Zielsetzung der Studie	32
1.3 Methodisches Vorgehen	33
2 Soziostrukturelle Merkmale	37
2.1 Persönliche Merkmale der Befragten	37
2.2 Haushaltsgröße	40
2.3 Verteilung nach Städten/Gemeinden	41
Fazit	42
3 Migrationsbiographien	43
3.1 Ausländerrechtliche Stellung	44
3.2 Herkunftsland	44
3.3 Immigrationstypus	45
3.4 Aufenthaltsdauer in Deutschland	46
3.5 Einbürgerungsrate	48
Fazit	49
4 Qualifikationsprofile	51
4.1 Ausbildungsstand vor der Einreise	51
4.2 Verteilung nach Fachrichtungen	52
4.3 Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen	53

4.4	Berufserfahrungen	58
	Fazit	58
5	Sprachkenntnisse	61
5.1	Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse	62
5.2	Sprachprobleme in verschiedenen Lebensbereichen	63
5.3	Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen	67
5.4	Bereitschaft zur Teilnahme an Deutschsprachkursen	69
5.5	Weitere Fremdsprachenkenntnisse	70
5.6	Sprache als <i>der</i> Integrationsfaktor?	72
	Fazit	78
6	Eingliederungsmaßnahmen	81
6.1	Informationsquellen	81
6.2	Informationsstand und Teilnahme an Integrationsmaßnahmen	83
6.3	Zufriedenheit über Integrationsmaßnahmen	85
6.4	Motivation zur beruflichen Weiterbildung	86
6.5	Inanspruchnahme von Diensten der Arbeitsämter	88
	Fazit	89
7	Indikatoren der wirtschaftlichen Integration	91
7.1	Arbeitserfahrung in Deutschland	91
7.2	Erwerbstätigkeit	92
7.3	Stellung im Beruf	97
7.4	Einkommenssituation	99
7.5	Wohnverhältnisse	100
	Fazit	102
8	Soziale Kontakte und das Wohnumfeld	105
8.1	Kontakte zu Personen deutscher Herkunft	105
8.2	Kontakte zu Personen nicht-deutscher Herkunft	106
8.3	Ethnische Zusammensetzung der Wohngegend	107

8.4	Wunschkontakte	109
	Fazit	110
9	Zufriedenheit	113
9.1	Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland	113
9.2	Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration	115
9.3	Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in verschiedenen Lebensbereichen	116
9.4	Niederlassungsabsichten und Rückkehrwünsche	117
9.5	Heimische Verbundenheit zu Deutschland	119
	Fazit	122
10	Resümee	125
11	Handlungsempfehlungen	131
	Literatur	135
	Anhang:	
	Fragebogen	139
	Begleitbrief	147
	SPSS Statistiken	149

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

Tab. 1:	Soziostrukturelle Merkmale der Befragten	37
Tab. 2:	Migrationsbiographien der Befragten	43
Tab. 3:	Durchschnittliche Anzahl der Zimmer verteilt nach Haushaltsgröße	102

Abbildungen

Abb. 1:	Altersstruktur	38
Abb. 2:	Anzahl der Kinder	39
Abb. 3:	Anzahl der Kinder (nach Statusgruppen)	40
Abb. 4:	Haushaltsgröße	41
Abb. 5:	Verteilung nach Wohnortsgröße	41
Abb. 6:	Herkunftsländer	44
Abb. 7:	Immigrationstypus (nach Statusgruppen)	45
Abb. 8:	Aufenthaltsdauer in Deutschland	46
Abb. 9:	Aufenthaltsdauer in Deutschland (nach Statusgruppen)	47
Abb. 10:	Einbürgerungsrate	48
Abb. 11:	Mitgebrachte Abschlüsse	51
Abb. 12:	Verteilung der mitgebrachten Abschlüsse nach Fachrichtungen	52
Abb. 13:	Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse	54
Abb. 14:	Verhältnis der erzielten Anerkennung zur Fachrichtung	54
Abb. 15:	Verhältnis der erzielten Anerkennung zum Ausbildungsgrad	55
Abb. 16:	Zusammenhang von Aufenthaltsdauer und nicht beantragter Anerkennung	57
Abb. 17:	Beschäftigung im Herkunftsland	58

Abb. 18: Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse (nach Dimensionen)	62
Abb. 19: Sprachprobleme in verschiedenen Lebensbereichen	64
Abb. 20: Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse (nach Statusgruppen)	65
Abb. 21: Ausgewählte Sprachproblembereiche (nach Statusgruppen; Mehrfachantworten)	66
Abb. 22: Lernorte des Spracherwerbs (Mehrfachantworten)	67
Abb. 23: Teilnahmebereitschaft an Sprachkursen	69
Abb. 24: Weitere Fremdsprachenkenntnisse (Mehrfachantworten)	71
Abb. 25: Verhältnis Sprachkompetenz zu Erwerbstätigkeit	73
Abb. 26: Verhältnis Sprachkompetenz zum Einkommen	74
Abb. 27: Verhältnis Sprachkompetenz zu sozialen Kontakten (Mehrfachantworten)	75
Abb. 28: Verhältnis Sprachkompetenz zu Integrationszufriedenheit	76
Abb. 29: Verhältnis Sprachkompetenz zu Entstehung „heimischen Gefühl in Deutschland“	77
Abb. 30: Quelle der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen	82
Abb. 31: Quelle der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen (nach Statusgruppen)	83
Abb. 32: Stand der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen (Mehrfachantworten)	84
Abb. 33: Teilnahme an Eingliederungsmaßnahmen (Mehrfachantworten)	85
Abb. 34: Zufriedenheit mit den Integrationsmaßnahmen	86
Abb. 35: Motivation zur beruflichen Weiterbildung	86
Abb. 36: Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Arbeitsämter	88
Abb. 37: Arbeitserfahrung in Deutschland	92
Abb. 38: Erwerbstätigkeit	93
Abb. 39: Erwerbstätigkeit verteilt nach Geschlechtern	94

Abb. 40: Erwerbstätigkeit verteilt nach Alterskategorien	95
Abb. 41: Erwerbstätigkeit verteilt nach Aufenthaltsdauer	96
Abb. 42: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf	97
Abb. 43: Erwerbstätige nach Vertragsverhältnis	99
Abb. 44: Einkommensverhältnisse	100
Abb. 45: Wohnfläche pro Person in qm verteilt nach Haushaltsgröße	101
Abb. 46: Begegnung mit Personen deutscher Herkunft in verschiedenen Lebensbereichen	106
Abb. 47: Begegnung mit Migranten in verschiedenen Lebensbereichen	107
Abb. 48: Anteil der Migranten-Familien in der Nachbarschaft	108
Abb. 49: Wunsch nach sozialen Kontakten (Mehrfachantworten)	110
Abb. 50: Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland	114
Abb. 51: Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland (nach Statusgruppen)	114
Abb. 52: Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration	115
Abb. 53: Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in verschiedenen Lebensbereichen	116
Abb. 54: Niederlassungsabsichten und Ausreisewunsch	117
Abb. 55: Niederlassungsabsichten und Ausreisewunsch (nach Statusgruppen)	119
Abb. 56: Heimische Verbundenheit zu Deutschland	120
Abb. 57: Verhältnis von Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration zur Entstehung eines „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland	121
Abb. 58: Verhältnis von Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation zur Entstehung eines „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland	121
Abb. 59: Verhältnis von Zufriedenheit mit sozialen Kontakten zur Entstehung einen „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland	122

Vorwort

Bislang liegen kaum gesicherte Erkenntnisse darüber vor, welche Qualifikationsprofile höher qualifizierte Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland aufweisen, in welchem Maße ihre mitgebrachten Qualifikationen anerkannt werden und für einen Einstieg in den hiesigen Arbeitsmarkt ausreichen. Ebenso wenig ist darüber bekannt, in welchem Ausmaß die ihnen offenstehenden Angebote zur beruflichen und sozialen Eingliederung in die deutsche Gesellschaft in Anspruch genommen werden, welche individuellen Erfahrungen sie bei der Suche nach einem Arbeitsplatz gemacht haben und wie die Migrantinnen und Migranten ihren spezifischen Integrationsverlauf wahrgenommen haben und einschätzen.

Diese Arbeit stellt – am Beispiel Niedersachsens – erstmalig für die Bundesrepublik „harte“ Daten zu den genannten Fragestellungen und insbesondere zu den Ausbildungsprofilen von hochqualifizierten Flüchtlingen zur Verfügung, die in einem aufwändigen Verfahren auf einer breiten empirischen Basis erhoben worden sind. Fokussiert wurde die Untersuchung auf die Gruppe der Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlinge.

Die Studie erhob aber nicht nur aktuelle Fakten, sondern entwickelt auf der Grundlage der Umfrageergebnisse Vorschläge, wie die besonderen Kompetenzen dieser Zuwanderungsgruppe, ihre Humanressourcen, genutzt und durch die Entwicklung adäquater Informationsangebote und Qualifizierungsprojekte nachhaltig gefördert werden können. Vorrangiges Ziel dieser Empfehlungen ist es, durch eine gezielte Weiterbildung strukturelle Barrieren abzubauen und die Chance dieser Gruppe zu erhöhen, einen ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Die vorliegende Untersuchung ist das Ergebnis eines Forschungsvorhabens des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Studie wurde im Rahmen eines aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds geförderten Projektes zur Untersuchung der sozialen und beruflichen Integration höher qualifizierter Flücht-

linge zwischen Januar 2002 und Juni 2003 in Niedersachsen durchgeführt.

Die Untersuchung wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Beteiligter nicht zustande gekommen. Bei den 260 Flüchtlingen bedanke ich mich herzlich für ihre Bereitschaft, den umfangreichen Fragebogen zu beantworten. Den vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Migrationsarbeit und den Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen danke ich für ihre Hilfe bei der Herstellung von Kontakten zu den Flüchtlingen.

Bei der Ermittlung, Auswertung und Zusammenfassung der Daten haben Studentinnen und Studenten der interkulturellen Studiengänge am IBKM die Arbeit tatkräftig unterstützt. Ich bedanke mich hier bei Mehmet Avcu, Iris Gereke, Daniel Haltaufderheide, Monika Oevermann, Inka Parpart und Anthrin Simon. Nicht zuletzt danke ich meinem Kollegen Winfried Schulz-Kaempf für die Anregungen und Hinweise sowie die sorgfältige redaktionelle Betreuung des Manuskripts.

Ganz besonderer Dank gebührt dem Verfasser dieser Studie, Anwar Hadeed, ohne dessen hohe Fachkompetenz und seiner engen Kontakte zu zahlreichen Flüchtlingen und den Menschen in den Beratungsstellen im Lande diese Studie nicht hätte durchgeführt werden können.

Schließlich gilt der Dank der Leiterin des Zentrums für Wissenschaftliche Weiterbildung an der Carl von Ossietzky Universität, Ina Grieb. Sie hat das Forschungsprojekt nicht nur kritisch begleitet, sondern durch eine Anschubfinanzierung das Erscheinen dieser Studie erst möglich gemacht.

Oldenburg, im April 2004

Prof. Dr. Rolf Meinhardt
IBKM, Leiter des Projektes

Kurzfassung

Einleitung

Entscheidend für den Integrationsverlauf von Migranten und Migrantinnen sind zwei wesentliche Faktoren: zum einen, welche gesellschaftlichen Partizipationschancen ihnen von Seiten der Aufnahmegesellschaft bereitgestellt werden und zum anderen, ob und welche Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit auf Zuwandererseite bestehen. Beide Aspekte stehen in einer engen Wechselbeziehung zueinander.

Einerseits bestimmen die Kompetenzen, Erwartungen und Ansprüche der Zugewanderten den Erfolg des Integrationsprozesses, der jedoch andererseits auch maßgeblich von der Nachfrage, den Barrieren und Gelegenheiten des Aufnahmesystems abhängt.

Im Rahmen des hier vorliegenden quantitativen empirischen Forschungsvorhabens wurden mit Hilfe eines Fragebogens Daten erhoben, die Aufschluss über die derzeitige Lebenssituation der Befragten geben. Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Personengruppe stellt einen Ausschnitt (Stichprobe) der hochqualifizierten Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen dar. Von den Informationen, die aus der Befragung von 260 Probanden resultieren, wurden anschließend generelle Aussagen über die Population und deren bisherige soziale und berufliche Eingliederung formuliert.

Die Zielgruppe der Befragten verfügt über ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland und hat einen relativ offenen Zugang zum Arbeitsmarkt. Zudem gelten für sie die umfassenden gesetzlichen Regelungen für Migranten zur Eingliederung und sozialen Absicherung.

Angesichts der nahezu optimalen gesetzlichen Bestimmungen und Integrationsangebote liegt für die Zielgruppe die Hypothese nahe, dass in Kombination mit dem hohen Bildungsniveau und den langjährigen Berufserfahrungen die Integration am weitesten fortgeschritten sein müsste. Jedoch zeigen die Beobachtungen aus der niedersächsischen Migrationssozialarbeit und die Ergebnisse aktueller Forschungsstudien (vgl. Gruber/ Rüsler, 2002) hierzu ein konträres Bild. Zielsetzung dieser Untersuchung ist es daher zunächst, die Ursachen

dieses überraschenden Tatbestandes zu ermitteln. Insbesondere die Klärung folgender Fragen soll ermöglicht werden:

- In wieweit werden die mitgebrachten beruflichen und schulischen Qualifikationen und Abschlüsse berücksichtigt, weiterentwickelt und an den Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts angepasst?
- In welchem Ausmaß werden die vom Staat angebotenen sprachlichen und beruflichen Eingliederungsmaßnahmen von Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlingen in Anspruch genommen, und in wieweit haben sie zur gesellschaftlichen Eingliederung der Migranten beigetragen?

In welcher Form und in welchem Ausmaß findet die Teilhabe am Gemeinwesen statt; welche Faktoren fördern die soziale Integration und welche verlangsamen oder verhindern sie?

Die folgenden Ergebnisse beleuchten einerseits die Motivationen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die die Zuwanderer mitbringen; und andererseits die Barrieren, Handlungsalternativen und Gelegenheitsstrukturen,¹ die Zuwanderer in Deutschland vorfinden und damit konfrontiert werden.

Soziostrukturelle Merkmale

Die Mehrzahl der Befragten befindet sich im mittleren Lebensabschnitt. Die Befragten sind häufig verheiratet und leben selten in Single-Haushalten. Die Haushalte sind bei Asylberechtigten größer, und auch die Zahl der Kinder ist höher als bei jüdischen Kontingentflüchtlingen. Für die Mehrzahl der Befragten ist demnach insgesamt eine starke Einbindung in familiäre Bezüge festzustellen. Die große Mehrheit lebt in den Kernstädten Niedersachsens und in Regionen mit großen Verdichtungsräumen.

1 Dieser Begriff ist unscharf und problematisch, hat sich aber in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur durchgesetzt. Der Ansatz der „Gelegenheitsstrukturen“ schließt Faktoren wie die institutionelle Struktur des Staates, die vorherrschende politische Kultur und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse mit ein. In dem die Gelegenheitsstrukturen bestimmte Formen der Mobilisierung ermöglichen bzw. einschränken, definieren sie auf diese Weise die Verfügbarkeit und Attraktivität von Handlungsoptionen der Zuwanderer (vgl. Duyvene` de Wit/ Koopmans 2001, S. 27).

Migrationsbiographien

Viele der Befragten sind im Familienverband geflüchtet oder zugewandert. Auch diejenigen, die zunächst alleine eingereist sind, haben häufig Ehefrauen und Kinder im Zuge der Familienzusammenführung nachkommen lassen.

Die Befragten kommen aus 29 Herkunftsländern. Die jüdischen Kontingentflüchtlinge kommen ausschließlich aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Asylberechtigte kommen dagegen sowohl aus islamischen Ländern, wie z.B. Iran, Irak und Afghanistan, als auch aus Ländern Ost-Europas.

Die Aufenthaltsdauer in Deutschland ist insgesamt viel kürzer als die des Durchschnitts der gesamten ausländischen Staatsangehörigen in Niedersachsen.

Qualifikationsprofile

Der Großteil der Befragten gehörte vor der Migration zu den hochqualifizierten Personen im jeweiligen Herkunftsland. Viele von ihnen verfügen über eine Berufsausbildung in Fachrichtungen, für die in Deutschland ein großer Fachkräftebedarf von Seiten der Wirtschaft besteht, z.B. im EDV- und medizinischen Bereich. Viele der Befragten haben in ihren Herkunftsländern im erlernten Beruf gearbeitet und verfügen damit über einschlägige Berufserfahrungen. Das lässt den Schluss zu, dass sie in ihren Herkunftsländern nicht zu den am unteren Ende der sozialen Schichtungsskala angesiedelten Personen gehörten, sondern vielmehr zur Mittelschicht.

Mit der Migration findet offensichtlich ein Bruch in den Berufsbiographien und -karrieren statt. Nur bei einem Drittel der Befragten konnte eine Anerkennung der mitgebrachten Bildungsnachweise erzielt werden. Zwei Drittel gelten deshalb trotz ihrer hohen Qualifikation formell als ungelernete Arbeitskräfte.

Angesichts der großen Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse für die berufliche Eingliederung in Deutschland ist es ein gravierendes Manko, dass jeder vierte Befragte nicht einmal versucht hat, mitgebrachte Abschlüsse anerkennen zu lassen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in Informations- und Wissensdefiziten über die Anerkennungsmöglichkeiten und -verfahren, andererseits in sprachlichen Bar-

rieren beim Umgang mit Ämtern. Zudem wirken unübersichtliche und bürokratische Anerkennungsverfahren abschreckend auf die Betroffene.

Zusätzlich zu ihren beruflichen Qualifikationen verfügen die höher qualifizierten Flüchtlinge über eine vielfältige Sprachkompetenz. Viele von ihnen beherrschen über die Mutter- und deutsche Sprache hinaus internationale Sprachen wie Englisch, Französisch und Russisch aber auch unzählige regionale Sprachen aus aller Welt. Die kulturelle Kompetenz von Zuwanderern, die u.a. durch Mehrsprachigkeit zum Ausdruck kommt, wird trotz der Globalisierungsprozesse und wachsender Mobilität von Arbeitgebern immer noch nicht in ausreichendem Maße als bedeutsame Qualifikation gewertet.

Eingliederungsmaßnahmen

Die Mehrheit der Befragten ist über die ihnen offenstehenden Angebote zur Eingliederung in die deutsche Gesellschaft nicht ausreichend informiert. Die Informationsweitergabe beschränkt sich überwiegend auf die Sprachkurse. Dies ist ausschlaggebend für die relativ hohe Teilnahme der Flüchtlinge an Sprachkursen im Gegensatz zu den sonstigen Integrationsangeboten.

Die Ergebnisse zeigen, dass trotz der hohen Motivation der bereits höher qualifizierten Flüchtlinge an beruflicher Weiterbildung nur in den seltensten Fällen auch die Maßnahmen in Anspruch genommen werden, die ihrem Qualifikationsprofil und -potential entsprechen.

Die Mehrheit des Personenkreises, der bestrebt ist, sich weiter zu qualifizieren, verfügt schon über einen Hochschulabschluss. Ihre Interessen lassen sich von zwei Motiven leiten: Die Befragten wollen einerseits die bisherigen Ressourcen ausbauen, z.B. durch eine Spezialisierung in ihrem Fachgebiet und damit ihre Lernbiographien vervollständigen; andererseits wird durch Arbeitslosigkeit im jungen und mittleren Alter die Bereitschaft zur Fortbildung verstärkt.

Nur selten findet im Anschluss an die Sprachkurse eine befriedigende weiterführende Beratung statt, die eine langfristige Planung ermöglicht. Somit kann nicht die Rede davon sein, dass die bestehenden Beratungsangebote den Anforderungen der beruflichen Integration

hinreichend genügen. Die staatliche und institutionelle Unterstützung des Aufnahmelandes fehlt häufig oder ist nur mangelhaft vorhanden.

Indikatoren der wirtschaftlichen Integration

Fast zwei Drittel der Befragten sind nicht erwerbstätig. Bei denjenigen, die eine Beschäftigung haben, ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten relativ hoch. Eine Vollzeitbeschäftigung hat nur jeder fünfte der Befragten, meistens in einem ausbildungsfremden Beruf und oft unterhalb seines Qualifikationsniveaus. Erwerbstätigkeit ist außerdem nicht immer gleich bedeutend mit einer langfristigen Eingliederung in den Arbeitsmarkt, denn nur ein Drittel der Beschäftigten hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Die Erwerbstätigkeitsrate ist bei Männern viel höher als bei Frauen (54,2% vs. 25,2%). Der große Anteil der Frauen, die keinen bezahlten Arbeitsplatz haben und gleichzeitig auch keine Arbeit suchen, deutet darauf hin, dass viele von ihnen als Hausfrauen tätig sind.

Die Unterschiede in der Altersschichtung der Nichterwerbstätigen sind geringfügig. Je länger allerdings die Aufenthaltsdauer ist, desto höher ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, und je kürzer die Aufenthaltsdauer, desto höher ist der Anteil derjenigen, die keine Arbeit haben.

Als ein zentrales Instrument der Integration hat der Arbeitsmarkt in dieser Funktion versagt, denn er hat eine steigende Zahl von hochqualifizierten Flüchtlingen nicht in Arbeitsstellen vermittelt.

Die Benachteiligung bei der Erwerbstätigkeit zieht häufig schlechte materielle Lebensbedingungen nach sich. Die Einkommensverhältnisse der Befragten zeigen, dass neben den zwei Drittel, die Sozialleistungen beziehen, selbst diejenigen, die durch Arbeit für ihren Lebensunterhalt aufkommen, ein nur geringes monatliches Nettoeinkommen haben.

Auch hinsichtlich der Wohnsituation der Befragten sind Defizite auszumachen. Dies gilt in besonderer Weise für die Wohnverhältnisse der größeren Familien. Dies macht sich oft durch fehlende Zimmer für die Kinder und Jugendlichen und beengte Schlafmöglichkeiten bemerkbar.

Die Mehrzahl der Befragten ist in hohem Maße von Armut und Unterversorgung betroffen. Die gravierende Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen lässt sich insbesondere für die Bereiche Beschäftigung, Einkommen und Wohnen aufzeigen. Für die Bereiche Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe ließen sich mit großer Wahrscheinlichkeit ähnliche Ergebnissen feststellen.

Oft werden diese Determinanten der Marginalität dahingehend interpretiert, dass die Benachteiligung nicht von ausländer-, sondern von schichtspezifischer Ursache sei, weil Migranten überdurchschnittlich oft zu Berufs- und Sozialgruppen gehörten, die ohnehin gesellschaftlich benachteiligt seien. Die Datenbefunde dieser Studie widerlegen diese Auffassung. Sie zeigen, dass Flüchtlinge trotz hoher Qualifikationen und unter günstigen rechtlichen Rahmenbedingungen (im Hinblick auf den Anspruch auf Eingliederungsmaßnahmen) in ökonomischer Hinsicht in der Mehrzahl marginalisiert sind.

Indikatoren der sozialen Integration

➤ Soziale Kontakte

Die Wirklichkeit interethnischer Beziehungen zeigt, dass soziale Kontakte von den Gelegenheitsstrukturen, insbesondere von den kleinräumigen Lebensbedingungen, abhängen. Dies gilt etwa für die Frage, ob es ohne Schwierigkeiten gelingt, genügend Bezugspersonen aus der eigenen ethnischen Gruppe zu finden und in wieweit dies das Interesse an interethnischen Beziehungen beeinflusst. Dabei zeigen die Befunde zum Interesse an sozialen Kontakten mit Deutschen deutliche Abschottungstendenzen der Mehrheitsgesellschaft. Ein gewünschtes Interesse an sozialen Kontakten mit Einheimischen garantiert noch nicht per se, dass dieses auch erwidert wird, weil zur Entstehung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen auch die Bereitschaft des Anderen notwendig ist.

Bei den hier gewonnenen empirischen Daten konnten keine Hinweise auf vorhandene Segregationstendenzen, auf schwache Eingliederungsbereitschaft oder auf Tendenzen von „Selbstethnisierung“ bei den Befragten festgestellt werden.

Zwar werden am Arbeits- und Ausbildungsplatz am häufigsten Kontakte zu einheimischen Deutschen gepflegt, aber auch in den freiwilli-

gen Bereichen (Freundeskreis, Familientreffen) kommen interethnische Sozialbeziehungen vor.

Dass die augenscheinliche soziale Distanz oft eher das Resultat mangelnder Gelegenheiten ist, zeigt die Tatsache, dass auf die Frage nach ihren Wunschkontakten die Befragten sich insgesamt mehr interethnische soziale Kontakte wünschen. So werden Personen der Aufnahmegesellschaft in der Nachbarschaft und als Freunde der Kinder favorisiert. Bei den Familienbeziehungen werden die eigenen Landsleute als (Ehe-)Partner der Kinder eindeutig bevorzugt.

➤ Kenntnis der deutsche Sprache

Obwohl die Mehrzahl der Befragten Sprachkurse absolvierten hat, treten bei drei Viertel der höher qualifizierten Flüchtlinge noch Sprachschwierigkeiten in verschiedenen Handlungsfeldern auf.

Insbesondere in der sprachlichen Verständigung mit Behörden und Ämtern, bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche bestehen noch für viele der Befragten erhebliche Probleme. Weniger Verständigungsschwierigkeiten gibt es in der Kommunikation mit Nachbarn, im Freizeitbereich und in Bezug auf den eigenen Freundeskreis (Privatbereich). Hier wird offensichtlich die Möglichkeit genutzt, sich die Gesprächspartner und -situationen selbst auszusuchen.

Die Analyse des Sprachstandes der Befragten zeigt, dass darüber hinaus Unterschiede nach Sprachdimensionen bestehen. Während die Hälfte der Befragten große Sicherheit bei der passiven Anwendung der Sprache (Lesen, Hörverstehen) erlangte, bestehen größere Schwierigkeiten hinsichtlich des mündlichen wie auch schriftlichen Formulierens im Deutschen. Dieses Ergebnis zeigt die Notwendigkeit der Konzeptionierung von speziellen Sprachkursen, die sowohl das Sprechen als auch das Schreiben und damit das Formulieren im Deutschen einüben.

Eine wichtige Rolle für das Niveau der Sprachkenntnisse spielt die Aufenthaltsdauer. Je länger die Befragten in Deutschland leben, umso besser sind ihre Deutschkenntnisse. Eine separate Betrachtung der deutschen Sprachkenntnisse nach Statusgruppen zeigt, dass die Asylberechtigten besser Deutsch können als die jüdischen Kontin-

gentflüchtlinge, was auf die längere Aufenthaltsdauer der Asylberechtigten zurückzuführen ist.

Weiterhin sind geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar. Die Sprachkompetenz der Männer ist ausgeprägter als bei Frauen. Dies hat seine Ursache vermutlich darin, dass Männer häufiger erwerbstätig sind als Frauen – wodurch sie auch häufiger Deutsch rezipieren und sprechen.

Die subjektive Sprachkompetenz hängt wesentlich davon ab, wo bzw. wie die Sprachkenntnisse erworben worden sind. Anhand der Gruppe, die gute Sprachkompetenzen aufweisen, zeigt sich, dass Personen, die ihre Sprachkenntnisse in der Ausbildung oder in der Schule erworben haben, überproportional vertreten sind. Insgesamt belegen die Befunde, dass die Teilnahme an den angebotenen Sprachkursen allein keine ausreichende Sprachkompetenz vermittelt. Die Sprache gilt in den meisten Berufsfeldern, nicht nur für höher qualifizierte Flüchtlinge, als Schlüsselkompetenz. Gemessen daran, welche Chancen auf qualifizierte Beschäftigung sie eröffnet, besteht hier dringender Handlungsbedarf, die Qualität der Kurse durch längere Dauer mit gut ausgebildeten Lehrkräften und einem anspruchsvollen Lehrplan nachhaltig zu verbessern.

Bei den Befragten besteht eine hohe Motivation und Bereitschaft, ihre Sprachkompetenz zu verbessern. Drei Viertel der Befragten erklären ihre Bereitschaft, an einem zusätzlichen Deutschkurs teilzunehmen. Die Teilnahmebereitschaft ist höher als die Zahl derjenigen, die nach eigenen Angaben noch Sprachprobleme haben. Diese Befunde widersprechen dem gängigen Vorwurf, Migranten würden aus Eigenantrieb zu wenig für den Spracherwerb tun.

Die Frage, ob und inwieweit Sprachkompetenz eine gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation garantiere, bleibt auch nach Analyse der Befragung ambivalent. Zwar verbessert sich die Erwerbstätigkeit bei vorhandener Sprachkompetenz entscheidend, bietet aber, auch bei den höheren Qualifikationen der Befragten, keineswegs per se eine Garantie für eine gelingende berufliche Integration.

Weniger ausgeprägt ist die Funktion der Sprache für die soziale Integration, die hier ihren Ausdruck findet in der Kontakthäufigkeit mit Deutschen, im Zufriedenheitsgrad mit dem Verlauf der eigenen Integ-

ration und dem Prozess des Gefühls, „in Deutschland zu Hause zu sein“.

Personen mit hoher deutscher Sprachkompetenz pflegen öfter Kontakte zu einheimischen Deutschen. Hier gilt: je höher die Sprachkompetenz ist, desto größer ist der Grad der interethnischen Kontakte. Das heißt keineswegs, dass fehlende Sprachkompetenz automatisch zur Segregation führt, denn über ein Drittel der Befragten, die Sprachbarrieren haben, pflegen trotzdem Kontakte zu Deutschen. Dies gilt nicht nur beim eher erzwungenen Kontakt am Arbeitsplatz oder in der Schule, sondern auch in den weitgehend freiwilligen Bereichen wie Nachbarschaft und Freundeskreis.

Erwartungsgemäß sind Personen mit umfassender Sprachkompetenz mit dem Verlauf ihrer Integration zufriedener und fühlen sich öfter in Deutschland wie „zu Hause“. Überraschenderweise zeigt sich auch fast die Hälfte der Befragten, die noch keine Sprachkompetenz erworben haben, mit ihrem Integrationsverlauf zufrieden.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration, garantiert aber keine berufliche Eingliederung. Sie verbessert die soziale Integration entscheidend, ihr Fehlen führt aber nicht automatisch zu Segregation, wenn Integration nicht ausschließlich als Anpassung an ein Umfeld von deutschen Muttersprachlern verstanden wird.

➤ Ethnische Zusammensetzung des Wohnumfeldes

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, in einem deutsch geprägten Wohnumfeld zu leben. Die Tatsache, dass ein Drittel in einer Wohngegend lebt, in der mindestens die Hälfte aus Migrantenfamilien besteht, deutet darauf hin, dass es nach wie vor Stadtteile gibt, in denen sich ethnisch stark geschlossene Quartiere manifestiert haben. Viele der Zuwanderer – zumal wenn sie Empfänger von sozialen Leistungen sind – sinken allmählich in die schlechtesten Segmente des Wohnungsmarktes ab, und ihre Segregation ist weit eher erzwungen als gewollt.

Dennoch kann aufgrund dieser Daten von keiner Ghettoisierung oder Parallelisierung des Wohnumfeldes als allgemeingültiges Phänomen gesprochen werden.

➤ Einbürgerung

Nur jeder Fünfte der Befragten besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Viele der Probanden erfüllen die Voraussetzungen für die Einbürgerung noch nicht. Die hohe Bereitschaft der Zielgruppe, sich einbürgern zu lassen, zeigt sich an der Quote der Befragten, die schon länger als sieben Jahre in Deutschland leben. Hier hat sich jeder Zweite einbürgern lassen.

Die sehr hohen Einbürgerungsquoten, insbesondere bei Asylberechtigten, im Vergleich zu anderen ausländischen Staatsangehörigen, legt die Vermutung nahe, dass die Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei anerkannten Flüchtlingen im Rahmen der Ausnahmeregelung zu Erteilung der Deutschen Staatsangehörigkeit hierfür ein wichtiger Grund sein dürfte. Darüber hinaus erzeugt das jahrelange Bangen um den Verbleib in Deutschland in der Zeit des Asylverfahrens ein enormes Bedürfnis nach höherer Sicherheit durch einen verbesserten Aufenthaltsstatus.

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfährt als Zielsetzung eine hohe Wertschätzung und animiert die Betroffenen, die Möglichkeit der Einbürgerung sofort nach Erfüllung der Voraussetzungen in Anspruch zu nehmen.

➤ Niederlassungsabsichten und Zufriedenheit

Zwei Drittel der Befragten sind mit dem gesamten Verlauf ihrer Integration in Deutschland zufrieden. Dagegen ist die Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in den verschiedenen Lebensbereichen ambivalent. Am häufigsten sind die Befragten mit ihrer Wohnsituation zufrieden, gefolgt von der Zufriedenheit mit den Freizeitaktivitäten und ihren sozialen Kontakten. Bei den Bildungsangeboten überwiegt die Unzufriedenheit. Mit der Arbeitssituation ist nur jeder Dritte zufrieden.

Die gewonnenen Daten zeigen, dass nur jeder Zweite sich für den endgültigen Verbleib in Deutschland entschieden hat. Auffallend höher ist diese Zahl bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen, die trotz ihres kürzeren Aufenthaltes Deutschland als ihren endgültigen Lebensmittelpunkt sehen. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass auch der Zuwanderungsgrund den Bleibe- und Ausreisewunsch mitbestimmt. Viele der Asylberechtigten begreifen ihr „Exilleben“ als vorübergehend und konservieren den Wunsch nach Rückkehr. Dage-

gen ist bei vielen jüdischen Kontingentflüchtlingen von vornherein eine Entscheidung zur endgültigen Auswanderung getroffen worden.

Insgesamt ist ein starker Zusammenhang zwischen dem Grad an Zufriedenheit und dem Verbleib in Deutschland festzustellen: Je geringer die Zufriedenheit ist, um so eher neigen die Befragten zur Rückkehr oder Weiterwanderung.

Dagegen resultiert aus einer positiven Zukunftsperspektive ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland, was die Niederlassungsabsichten deutlich verstärkt. Die Befragten, die Rückkehr- oder Weiterwanderungsabsichten hegen, äußern sich zu allen Lebensbereichen weniger zufrieden als diejenigen, die in Deutschland für immer bleiben wollen.

Weiterhin zeigen die gewonnenen Daten, dass es einen dialektischen Zusammenhang zwischen dem Grad der Zufriedenheit und der Entstehung eines Gefühls in Deutschland gibt hier „heimisch zu sein“. Insbesondere fühlen sich diejenigen auch in Deutschland „zu Hause“, die mit ihrer Arbeitssituation und ihren Sozialkontakten zufrieden sind.

Resümee

Auf der Basis der empirischen Befunde zur Möglichkeit der beruflichen und sozialen Integration höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Das Tempo der beruflichen und sozialen Integration vieler Flüchtlinge in Niedersachsen ist trotz unbefristeter Aufenthaltserlaubnis und des Anspruchs auf Eingliederungsmaßnahmen sowie trotz hoher Qualifikationsabschlüsse recht niedrig. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dies auf mangelnde Motivation bzw. sinkende Eingliederungsbereitschaft bei den Befragten zurückzuführen ist. Vielmehr sind Defizite bei den Eingliederungsangeboten auszumachen.

Ebenso deutlich geworden ist allerdings auch, dass ein erfolgreicher Integrationsprozess an individuelle Voraussetzungen gebunden ist: Sofern das Beschäftigungssystem sich öffnet, kann dieser Prozess durch das kulturelle und soziale Kapital der Migranten beschleunigt vonstatten gehen.

- Als Folge mangelnder Kenntnisse über die Möglichkeiten einer sinnvollen Nutzung mitgebrachter Qualifikationen und Fertigkeiten können die Flüchtlinge ihre Fähigkeiten nicht ausreichend entfalten. Ein Verlust an Bildungspotenzial (Dequalifizierung) und ständige Unterforderung (Demotivierung) sind die Folge.
- Migranten sind meist mit dem ausdifferenzierten Versorgungssystem in Deutschland nicht vertraut. Daher sind sie – zumindest in der Orientierungsphase – auf Beratung und Begleitung angewiesen. Der Inanspruchnahme von Regeldiensten stehen allerdings noch Barrieren im Wege, die auch von dem vorhandenen gut vernetzten Migrationsdiensten nicht vollständig überwunden werden können, da viele Beratungsangebote nach wie vor zu wenig an den Humanressourcen und zu stark an den Defiziten der Migranten orientiert sind.
- Die größten Risiken für den Erfolg des Integrationsprozesses gehen nicht von einer „Selbstethnisierung“ der Befragten aus, sondern von einer Abschottung des Beschäftigungssystems, woraus eine soziale und ökonomische Marginalisierung der Migranten resultiert. Tatsächlich dürften die vorliegenden Befunde hinreichend deutlich gemacht haben, dass die Befürchtungen hinsichtlich einer zunehmenden Abkapslung und Selbstisolierung von Migranten einer empirischen Prüfung nicht standhalten.
- Die Untersuchungsergebnisse zeigen insgesamt, dass ein langfristiger Aufenthalt nicht gleichsam automatisch eine Integration der Flüchtlinge mit sich bringt. Die Integrationshemmnisse in die deutsche Gesellschaft werden auch nicht per se durch Einbürgerung gelöst, sondern vor allem durch eine adäquate und nachhaltige Integrationspolitik.

Empfehlungen

Zur Verbesserung der Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration von Migranten im Allgemeinen und für die höher qualifizierten Flüchtlinge in Niedersachsen im Besonderen ergeben sich eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen aus den Befunden:

- Es sollten Instrumentarien entwickelt werden, um diese Zielgruppe erheblich besser als bisher über die ihnen offenstehende Einglie-

derungsmaßnahmen, Möglichkeiten der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse und über bestehende Rechtsansprüche zu informieren.

- Die Verfahren zur Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse müssen insgesamt vereinfacht werden. Ratsam wäre es, die Zuständigkeit für die Anerkennung bei einer bundesweiten Zentralstelle anzusiedeln, die nach speziell festgeschriebenen Kriterien entscheidet. Darüber hinaus sollte eine neue Bewertung der Vergleichbarkeit der Bildungssysteme der Herkunftsländer stattfinden.
- Die Vermittlung der Sprachkompetenz sollte verbessert werden. Die Kurse müssen in ausreichender Dauer für homogene Gruppen mit gut ausgebildeten Dozentinnen und Dozenten und einem qualitativ anspruchsvollen Curriculum durchgeführt werden. Sinnvoll wäre es, die erfolgreichen Konzepte der Sprachkurse im betrieblichen Kontext auszuweiten und deren Erfolgsfaktoren auch auf Sprachkurse in außerbetrieblichen Anwendungsbereichen zu übertragen.
- Für höher qualifizierte Flüchtlinge bedarf es einer besonderen Ausbildung zum Erhalt und Ausbau ihrer Qualifikationen auf einem höheren Niveau. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Konzepten mit Defizitzuschreibung sollte ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt werden. Die tatsächlich vorliegenden Qualifikationen und Kompetenzen müssen erkannt, gesichert und nutzbar gemacht werden, um darauf sinnvoll aufbauen zu können. Es bedarf hier der Entwicklung von speziellen Modulen für die unterschiedlichen Berufsrichtungen. Bei der inhaltlichen Entwicklung dieser Module sind Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsvertreter einzubeziehen, um sicher zu stellen, dass die zu vermittelnden Qualifikationen dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen.
- Die Qualität der Beratung ist dringend zu verbessern. Hierzu muss ein Beratungs- und Begleitsystem entwickelt werden, das sich auf den gesamten Zeitraum vom Zuzug nach Deutschland bis hin zum Eintritt in das Erwerbsleben erstreckt. Die interkulturelle Öffnung der Regeldienste ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Nur wenn das Fachpersonal fachlich und sozial auf die Arbeit mit Migranten vorbereitet ist, können die Barrieren, die Migranten von der Inanspruchnahme sozialer Dienste abhält, gezielt abgebaut werden.

1 Ausgangslage und Zielsetzung der Studie

1.1 Standort- und Bedarfsanalyse

Flüchtlinge kommen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland. Zumeist suchen sie Schutz vor Verfolgung aus politischen, religiösen und anderen Gründen, vor Krieg und Bürgerkrieg, vor Natur- und Hungerskatastrophen oder vor menschlicher Erniedrigung. Im völkerrechtlichen Sinne sind Flüchtlinge Menschen, die ihr Heimatland aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verlassen haben (vgl. Genfer Flüchtlingskonvention). In jedem Fall verbietet die Konvention die Zurückweisung und Abschiebung von Flüchtlingen in Gebiete, in denen ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind.

Die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft des Landes, in dem sie sich niedergelassen haben, gehört zu den Zielen der Genfer Konvention. Somit ist es erforderlich, Maßnahmen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge zu unterstützen. Diesem Gedanken entsprach der Europäische Rat in seiner Entscheidung vom 28. September 2000 über die Errichtung eines Europäischen Flüchtlingsfonds. Dort heißt es: „Es liegt im Interesse der Mitgliedstaaten wie der betroffenen Personen, dass die Flüchtlinge und die Vertriebenen, die eine Aufenthaltsbewilligung im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten erhalten haben, in die Lage versetzt werden, für ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit selbst aufkommen“ (zitiert in: www.bafl.de/template/index_eff_fonds.htm, S. 2) zu können.

Die allgemeine Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit von Zuwanderern stellen wichtige Komponenten des Aufnahmesystems Deutschland dar. Die Rahmenbedingungen für die Integration können in zwei Bereiche – in Opportunitäten und in Barrieren – unterteilt werden.

Gelegenheiten, die die Möglichkeit der Entfaltung in der neuen Umgebung bieten, nennt man Eingliederungsoportunitäten. Insbesondere versteht man darunter Rahmenbedingungen, die den Erwerb von Orientierungskompetenzen in der Aufnahmegesellschaft ermöglichen. Dies sind Möglichkeiten des Spracherwerbs, das Wissen und Nutzen von Beratungsangeboten (kognitive Eingliederung), der Erwerb von schulischen und beruflichen Qualifikationen und die Arbeitsaufnahme (strukturelle Eingliederung) sowie die soziale Partizipation und die Beschaffung angemessenen Wohnraumes auf dem Wohnungsmarkt (soziale Eingliederung) (vgl. Nauck/ Steinbach 2001, S. 19 f.).

Alles, was im Aufnahmeland Migranten an Integration und Partizipation hindert, sind hingegen Barrieren, die materiell, juristisch oder sozial bedingt sein können. Die ökonomische Situation der Migranten ist häufig durch Armut, rechtliche Beschränkungen und mangelnden Zugang zu Infrastruktureinrichtungen gekennzeichnet. Darüber hinaus bauen viele Einheimische soziale Barrieren auf, die sich durch soziale Distanz, Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Migranten beschreiben lassen. Durch diese Barrieren kann der Eingliederungsprozess aufgehalten werden, unabhängig davon, wie kompetent und motiviert die Migranten selbst sind (vgl. Nauck/ Steinbach 2001, S. 19 f.).

Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigen, dass die wirtschaftliche und soziale Integration vieler Flüchtlinge auch bei einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis noch nicht gelungen ist. So wird der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit oft nur mit Hilfe einer kurzfristigen Beschäftigung zumeist auf dem Zweiten Arbeitsmarkt finanziert. Darauf folgt bei vielen der Betroffenen eine langjährige Arbeitslosigkeit. Damit verfügen sie also formal über ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht, sind aber faktisch nicht in den hiesigen Arbeitsmarkt eingegliedert.

Viele dieser Flüchtlinge bringen vielfältige Qualifikationen und berufliche Erfahrungen mit, die ein wichtiges Fundament für ihre Integration in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft darstellen. Häufig finden diese mitgebrachten und erworbenen individuellen, sozialen und kulturellen Kompetenzen aber kaum Berücksichtigung.

Von adäquaten Qualifizierungsmaßnahmen unberücksichtigt bleiben zumeist auch jene Flüchtlinge, die in ihrem Herkunftsland schulische

oder berufliche Qualifikationen erworben haben, die mit einem gymnasialen bzw. akademischen Abschluss oder einer Berufsausbildung in Deutschland vergleichbar sind. Für diese Zielgruppe bedarf es einer besonderen Ausbildung zum Erhalt und Ausbau ihrer Qualifikationen auf höherem Niveau. Bislang gibt es aber für diesen Personenkreis keine speziellen Angebote, die ihren mitgebrachten Kompetenzen und Qualifikationen ausreichend Rechnung tragen. Selbst in den speziell geförderten Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiativen HORIZON und INTEGRA blieb ihre Höherqualifikation zumeist unberücksichtigt. Sofern sich überhaupt Zugangsmöglichkeiten für Qualifizierungsmaßnahmen eröffneten, entsprachen sie in der Regel nicht ihren persönlichen Berufsfeldern.

Als Folge mangelnder Kenntnisse über die Möglichkeiten einer sinnvollen Nutzung mitgebrachter Qualifikationen und Fertigkeiten können Flüchtlinge ihre Fähigkeiten nicht ausreichend entfalten. Ein Verlust an Bildungspotenzial (Dequalifizierung) und ständige Unterforderung sind die Folge. Angestrebt werden sollte deshalb der Erhalt und Ausbau dieser Humanressourcen. Gerade bei der besonderen Lebenssituation der Zielgruppe (Flucht, Traumatisierung, Entwurzelung sowie Orientierung und Anpassung an ein neues Umfeld) stellt die qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Beschäftigung wichtige Stabilisierungsfaktoren zur Stärkung des Selbstwertgefühls sowie der Eigenständigkeit und Partizipation dar.

Die langjährigen Erfahrungen aus der Flüchtlings- und Migrationssozialarbeit in Niedersachsen zeigen auch, dass der Prozess der sozialen Integration der Zielgruppe strukturellen und individuellen Hemmnissen ausgesetzt ist. Oft führen Sprachdefizite, mangelnde Kenntnisse der formellen und informellen Strukturen der Bundesrepublik auf der einen Seite, Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Flüchtlingen auf der anderen Seite zu Ausgrenzung und fehlender Partizipation am Gemeinwesen.

1.2 Zielsetzung der Studie

Analysiert man die Einstellungen und die Lebenswirklichkeit der bereits in Deutschland lebenden Flüchtlinge und untersucht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, so kann man daraus Rückschlüsse auf die Gestaltung des Integrationsprozesses ziehen. Durch eine empirische Analyse der Situation von Flüchtlingen, die in Niedersachsen leben, lassen sich konkrete Defizite im Integrationsprozess benennen und die Gründe hierfür herausfinden. Aus dieser Analyse lassen sich Optionen und Empfehlungen für die Gestaltung einer zukunftsorientierten Integrationspolitik ablesen.

An dieser Intention setzt dieses Forschungsprojekt an. Seine Ergebnisse sollen zu einer strukturellen Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Integration von höher qualifizierten Asylberechtigten und Jüdischen Kontingentflüchtlingen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis in Niedersachsen beitragen.² Als höhere Qualifikationen werden sowohl schulische als auch berufliche Ausbildungen definiert, die sich von Fachhochschul- und Hochschulreife über abgeschlossene Berufsausbildungen bis zu akademischen Titeln erstrecken. Aufgrund der Tatsache, dass viele Asylberechtigte, insbesondere aber die jüdische Einwanderergruppe zu einem besonders hohen Anteil über akademische Ausbildungen verfügen, sind sie als Untersuchungsgruppe für das Forschungsprojekt prädestiniert. Zudem zeichnet die beiden Zielgruppen aus, dass sie über einen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus verfügen und für sie in der Gruppe der Migranten die umfassendsten gesetzlichen Regelungen zur Eingliederung und sozialen Absicherung gelten.

Das Projekt greift die im Rahmen der Zuwanderungsgesetzgebung einsetzende öffentliche Forderung auf, qualifiziertes Fachpersonal aus dem Ausland anzuwerben und stellt erstmalig die mitgebrachten Ressourcen der bereits in Deutschland lebenden Migranten ins Blickfeld. Anstatt defizitärer Zuschreibungen sieht das Projekt vor, mit Hilfe eines ganzheitlichen Ansatzes die Integration der hochqualifizierten

2 Laut Ausländerzentralregister lebten zum 31.12.2000 **23.335** Asylberechtigte in Niedersachsen. Die Zahl der jüdischen Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen liegt laut Bundesverwaltungsamt in Köln zum 31.05.2002 bei **15.836** Personen. Der Anteil der höher qualifizierten Flüchtlinge konnte nicht ermittelt werden, da eine Registrierung des Bildungsniveaus nicht erfolgt.

Flüchtlinge zu messen, um daraus Rückschlüsse zu ziehen und Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Angesichts der nahezu optimalen gesetzlichen Bestimmungen und des derzeit umfassendsten Integrationsangebotes liegt für beide Zielgruppen die Hypothese nahe, dass in Kombination mit dem hohen Bildungsniveau und den langjährigen Berufserfahrungen die Integration am weitesten fortgeschritten sein müsste. Jedoch zeigen die Beobachtungen aus der niedersächsischen Migrationssozialarbeit und die Ergebnisse aktueller Forschungsstudien hierzu ein konträres Bild auf (vgl. Gruber/ Rößler 2002 b, S. 46 ff.). Zielsetzung dieser Untersuchung ist es daher, Gründe für erfolgreiche Integrationsprozesse und Ursachen für Integrationsbarrieren ausfindig zu machen. Insbesondere soll die Klärung folgender Fragen ermöglicht werden:

1. In wieweit werden die mitgebrachten beruflichen und schulischen Qualifikationen und Abschlüsse berücksichtigt, weiterentwickelt und an den Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts angepasst?
2. In welchem Ausmaß werden die vom Staat angebotenen sprachlichen und beruflichen Eingliederungsmaßnahmen von Asylberechtigten und Jüdischen Kontingentflüchtlingen in Anspruch genommen und in wieweit haben sie zur gesellschaftlichen Eingliederung der Migranten beigetragen?
3. In welcher Form und in welchem Ausmaß findet die Teilhabe am Gemeinwesen statt; welche Faktoren fördern die soziale Integration und welche verlangsamen oder verhindern sie?

Eine umfassende und differenzierte Datenerfassung und eine darauf basierende Auswertung soll die Ausarbeitung adäquater Lösungs- bzw. Verbesserungsvorschläge ermöglichen, die gleichzeitig die Grundlage für ein zielgerichtetes und bedarfsgerechtes Handlungsprogramm bilden.

1.3 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen des quantitativen empirischen Forschungsvorhabens wurden mit Hilfe eines Fragebogens Daten erhoben, die Aufschluss über die derzeitige Lebenssituation der Befragten geben. Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Personengruppe stellt einen Aus-

schnitt (Stichprobe) der hochqualifizierten Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen dar. Von den Informationen, die aus der Stichprobenerhebung resultieren, wurden anschließend generelle Aussagen über die Population und deren bisherige soziale und berufliche Eingliederung formuliert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass derartige Verallgemeinerungen umso gesicherter sind, je besser eine Stichprobe die Population repräsentiert. Die quantitative Erhebung ermöglicht es, soziale Handlungen und Ereignisse sowie Strukturen und Verhältnisse anhand von Häufigkeiten festzustellen.

Die Methode des vollstandardisierten Fragebogens wurde als Instrument ausgewählt, um von einer möglichst großen Anzahl von Personen Informationen und Daten zu erhalten. Die festgelegten Frageformulierungen, Fragenreihenfolgen und Antwortmöglichkeiten sind Ausdruck des Forschungsinteresses und spiegeln die Vorannahmen wider, die hinsichtlich des Integrationsprozesses aus den bisherigen Erfahrungen und Kenntnissen der Migrationssozialarbeit und dem wissenschaftlichen Diskurs resultierten.

Anhand von Pre-Tests wurden die vorgegebene Struktur und die Verständlichkeit der Fragen und Antworten überprüft. Dies war ein wichtiger Schritt, da die Erhebung ausschließlich auf Deutsch erfolgte. Diesem Entschluss lag die Überlegung zugrunde, dass die Untersuchungszielgruppen sich durch eine höhere schulische und / oder berufliche Qualifikation auszeichnen, so dass Kenntnisse der deutschen Sprache vorausgesetzt werden konnten.

Der Fragebogen ist in sieben Themenschwerpunkte unterteilt, deren Beantwortung zu quantifizierbaren Aussagen über die Gesamtgruppe führen sollte:

1. Persönliche Daten
2. Sprachkenntnisse
3. Berufliche Qualifikationen
4. Eingliederungsmaßnahmen
5. Berufliche und wirtschaftliche Situation
6. Soziale Kontakte
7. Zufriedenheit.

Um eine möglichst gute Rücklaufquote zu erlangen, wurde versucht, die Zielgruppe über Multiplikatoren zu erreichen. Die Versendung erfolgte an unterschiedliche Träger der Migrationssozialarbeit in Niedersachsen mit der Bitte, die Fragebögen an Asylberechtigte und jüdische Kontingentflüchtlinge mit höheren schulischen und / oder beruflichen Qualifikationen weiterzuleiten. Zusätzlich wurden alle jüdischen Gemeinden Niedersachsens sowie die beiden Landesverbände in Hannover angeschrieben. Die Institutionen wurden in einem separaten Anschreiben um ihre Mitarbeit gebeten.

Bei der Gruppe der Asylberechtigten stellten sich dabei große Rekrutierungsschwierigkeiten heraus, da sie nach ihrer Anerkennung i.d.R. die Beratungs- und Betreuungsdienste nicht mehr in Anspruch nehmen und die Kontakte insofern enden. Für die Gruppe der jüdischen Einwanderer erwies sich der deutschsprachige Fragebogen als Hürde. Ausschlaggebend für den Erfolg des Fragebogenrücklaufs (260 ausgefüllte Fragebogen) sind letztendlich den intensiven Kontakten zu den Selbstorganisationen der Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen sowie ihrem Engagement und Einsatz bei der Mobilisierung und Motivierung der Zielgruppe zu verdanken.

Die Datenanalyse und die themenbezogene Auswertung der Rohdaten erfolgte mittels der zur Verfügung stehenden Routinen des Statistikprogramms SPSS und die Ergebnisinterpretation unter Einbeziehung der aktuellen Flüchtlings- und Migrationsforschung.

Die nachstehenden Ergebnisse des Forschungsprojektes beziehen sich auf beide Zielgruppen. Nur bei gravierenden Abweichungen werden die beiden Gruppen separat betrachtet.

Im Rahmen dieser Arbeit erfolgt eine Fokussierung der Datenmenge auf einzelne Aspekte unter Berücksichtigung der in der Zielsetzung benannten Fragestellungen. Anstatt Defizite der Einwanderer hervorzuheben, die den Blickwinkel einseitig auf problematische Konstellationen der Integration richten würden, werden in der vorliegenden Analyse vor allem Korrelationen aufgegriffen, die sich mutmaßlich integrationsfördernd auf die Situation der Flüchtlinge in Deutschland auswirken (können). Daher wird der Auswertungsschwerpunkt auf die sprachliche und berufliche Integration sowie auf den Grad an Zufriedenheit des bisher erfolgten Integrationsprozesses aus Sicht der Ein-

wanderer gelegt. Im Vorfeld werden die relevanten soziostrukturellen Merkmale der Untersuchungsgruppe heraus gearbeitet.

2 Soziostrukturelle Merkmale

Berücksichtigt man die soziokulturellen Merkmale der Zuwanderer als vorgegebene Rahmenbedingungen, so wird man die Integrationsabläufe besser verstehen und dadurch die Beratungsangebote und Integrationsmaßnahmen für die Zielgruppe weiter entwickeln und optimieren können.

Eine Übersicht über die Ergebnisse bezüglich der einzelnen abgefragten soziostrukturellen Merkmale gibt folgende Tabelle:

Tab. 1: Soziostrukturelle Merkmale der Befragten

		Prozent
Geschlecht	männlich	49 %
	weiblich	51 %
Alter	unter 20 Jahre	1,6 %
	21 bis 30 Jahre	16,5 %
	31 bis 40 Jahre	28,1 %
	41 bis 50 Jahre	28,9 %
	51 bis 60 Jahre	16,1 %
	61 Jahre und älter	8,8 %
	Mittelwert (Jahre)	42,6
Familienstand	ledig	16,5 %
	verheiratet	72,7 %
	verwitwet/geschieden	10,8 %
Haushaltsgröße	Mittelwert	3 Personen
Kinder pro Haushalt	Mittelwert	1,6
Wohnort (Verteilung nach Städten und Gemeinden)	unter 50.000 Einwohner	8,0 %
	50.000 bis 100.000 Einwohner	14,8 %
	ab 100.000 Einwohner	77,2 %

2.1 Persönliche Merkmale der Befragten

Die Geschlechterverteilung der Befragten stellt sich wie folgt dar: 49% sind männlichen und 51% weiblichen Geschlechts. Dies weicht nur

geringfügig von der Geschlechterstruktur der gesamten ausländischen Bevölkerung in Niedersachsen ab; dort waren am 31.12.2001 52,9% der Bevölkerung Männer und 47,1% Frauen (vgl. www.nls.niedersachsen.de). Das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 42,6 Jahren. Da die Zielgruppe der Befragung höher qualifizierte Flüchtlinge sind, geben die ermittelten Daten lediglich Aufschluss über die Altersstruktur von Personen im erwerbsfähigen Alter. Deswegen beträgt der Anteil der Personen unter 20 Jahren nur 1,6% der Befragten.

Knapp die Hälfte (46,2%) der Befragten sind im Alter von 18 bis 40 Jahren und weitere 28,9% sind zwischen 41 und 50 Jahre alt. 16,1% sind im Alter von 51 bis 60 Jahren und der Anteil derjenigen, die über 61 Jahre alt sind, beträgt 8,8%.

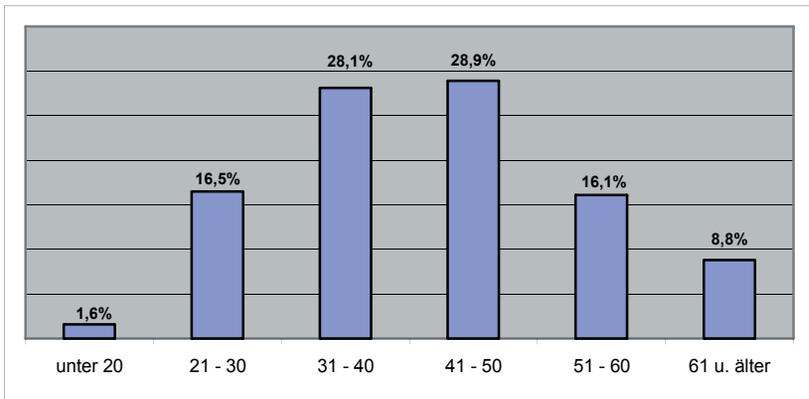


Abb. 1: Altersstruktur

Damit befindet sich die Mehrheit der Befragten im arbeitsfähigen Alter und steht dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass es im fortgeschrittenen Alter weitaus schwieriger ist, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

Insgesamt weisen die Befragten ein traditionelles Familienverständnis auf: In Bezug auf den Familienstand geben 72,7% der Befragten an, verheiratet zu sein, 10,8% sind verwitwet oder geschieden, nur 16,5% sind ledig.

Des Weiteren ist evident, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten (80%) in Familien mit Kindern lebt. 29,8% der Befragten haben ein Kind, 35,1% zwei Kinder, 6,5% drei Kinder und 8,4% der Befragten haben vier oder mehr Kinder. Der Mittelwert liegt bei 1,6 Kindern pro Familie.

Die familiäre Zusammensetzung der Befragten ist im Hinblick auf die demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung und der daraus resultierenden Forderung nach weiterer Zuwanderung recht aufschlussreich. Sie führt nämlich zu einer durchschnittlichen Verjüngung der Gesamtbevölkerung.

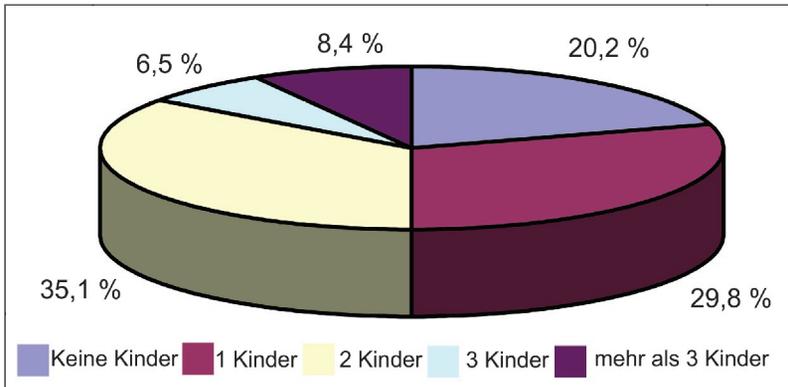


Abb. 2: Anzahl der Kinder

Ein Vergleich der Familienstruktur der beiden Gruppen zeigt deutlich, dass die durchschnittliche Anzahl der Kinder in Familien von Asylberechtigten höher liegt als bei Familien von jüdischen Kontingentflüchtlingen. Während fast 98% der befragten jüdischen Kontingentflüchtlinge keine (evtl. nicht verheiratet) bzw. ein bis zwei Kinder haben, beträgt der Anteil dieser Gruppe bei den Asylberechtigten 66,6%. Noch deutlichere Unterschiede findet man auf der anderen Seite der Skala: 33,4% der befragten Asylberechtigten haben drei und mehr Kinder, bei den Kontingentflüchtlingen ist diese Gruppe mit nur 2,1% vertreten.

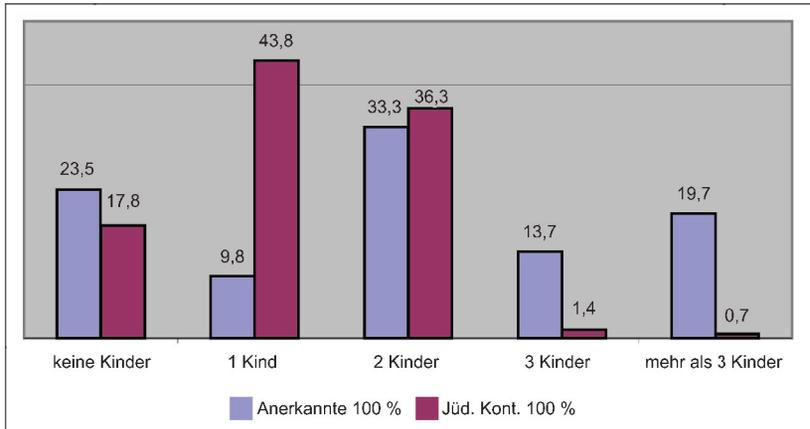


Abb. 3: Anzahl der Kinder (nach Statusgruppen)

Diese Befunde legen die Schlussfolgerung nahe, dass die hohe Kinderanzahl aus den kulturell-religiösen Einstellungen der mehrheitlich aus islamisch-orientalischen Ländern kommenden Asylberechtigten resultiert.

2.2 Haushaltsgröße

16% der Befragten leben in Single-Haushalten, 24% in Zwei-Personen-Haushalten, 27% leben in Drei-Personen und 20% in Vier-Personen-Haushalten. In Haushalten mit fünf bis acht Personen leben 13% der Befragten. Damit liegt die durchschnittliche Haushaltsgröße der Befragten bei etwa drei Personen.

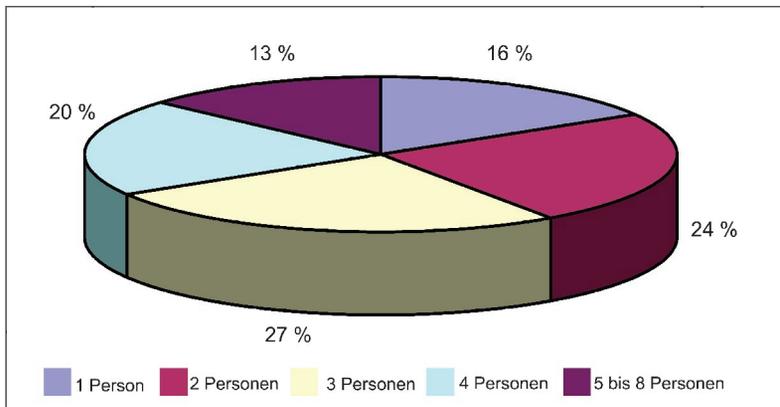


Abb. 4: Haushaltsgröße

2.3 Verteilung nach Städten/Gemeinden

Die räumliche Verteilung der Befragten zeigt, wie bei anderen Migrantengruppen auch, dass die große Mehrheit (77,1%) in Niedersachsen in Kernstädten und in Regionen mit großen Verdichtungsräumen mit mehr als 100.000 Einwohnern lebt. 14,8% der Befragten leben in kleinen Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 50.000 und 100.000. Dagegen leben nur 8,1% der Befragten in urbanen Regionen.

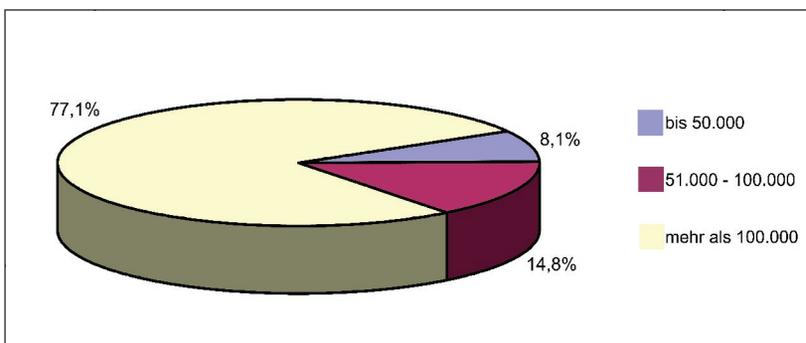


Abb. 5: Verteilung nach Wohnortsgröße

Diese Ergebnisse korrelieren mit dem in der Migrationsforschung festgestellten Phänomen einer Konzentration von Migranten in Ballungszentren. Da in kleineren Ortschaften bzw. im ländlichen Raum der Anteil der Migranten sehr gering ist, hat sich ein soziales und kulturelles Migranten-Milieu kaum entwickeln können. Nach ihrer Anerkennung und der damit verbundenen Freizügigkeit,³ wandern die in ländlichen Regionen lebenden Flüchtlinge zumeist in die großstädtischen Wohnanlagen ab, um sich dort der Unterstützung der Netzwerke der Migranten-Kolonien zu versichern und an ihren sozialen sowie kulturellen Angeboten partizipieren zu können.

Fazit

Die Mehrzahl der Befragten befindet sich im mittleren Lebensabschnitt. Die Befragten sind häufig verheiratet und leben selten in Single-Haushalten. Die Haushalte sind bei Asylberechtigten größer, auch die Zahl der Kinder ist höher als bei jüdischen Kontingentflüchtlingen. Für die Mehrzahl der Befragten ist demnach insgesamt eine stärkere Einbindung in familiäre Bezüge festzustellen.

3 Die Zuweisung der Asylbewerber an die Kommunen erfolgt nach einer festgelegten Quote, d.h. jede Kommune in Niedersachsen muss gemessen an ihrer Einwohnerzahl Asylbewerber unterbringen. Solange Flüchtlinge im Asylverfahren sind, unterliegen sie der Residenzpflicht. Erst nach der Anerkennung als Asylberechtigte genießen sie ausländerrechtlich ein Recht auf die freie Wahl des Wohnortes.

3 Migrationsbiographien

Auch die Migrationsbiographien der Befragten tragen – ähnlich wie die soziokulturellen Merkmale – zum besseren Verständnis der individuellen Situation der Zielgruppe bei. Daraus lassen sich Integrationsabläufe besser rekonstruieren und planen.

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Gesamtheit der abgefragten Daten bezüglich der Migrationsbiographien:

Tab. 2: Migrationsbiographien der Befragten

		Prozent
Rechtliche Stellung	Asylberechtigte §16a GG	41,2 %
	Jüdische Kontingentflüchtlinge	58,8 %
Herkunftsland (29 Länder)	Ukraine	30,4 %
	Russland	16,8 %
	Irak	14,0 %
	Iran	9,6 %
	Afghanistan	4,4 %
	Sonstige	24,8 %
„Immigrationstypus“	allein eingereist	28,4 %
	im Familienverbund eingereist	71,6 %
Aufenthaltsdauer in Deutschland	bis zu 3 Jahren	38,4 %
	4 bis 6 Jahre	17,6 %
	7 bis 9 Jahre	14,8 %
	10 bis 19 Jahre	19,6 %
	20 und mehr Jahre	9,6 %
Einbürgerungsrate	Ausländische Staatsangehörige	81,3 %
	Eingebürgerte	18,7 %

3.1 Ausländerrechtliche Stellung

41,2% der Befragten sind anerkannte Flüchtlinge nach § 16a GG., 58,8% sind als jüdische Kontingentflüchtlinge anerkannt.

Alle befragten Personen verfügen über einen stabilen Aufenthaltsstatus als politische Flüchtlinge oder als jüdische Kontingentflüchtlinge und besitzen die unbefristete Aufenthaltserlaubnis sowie die Arbeitsberechtigung. Personen, die eingebürgert und im Besitz eines deutschen Passes sind, haben die vollen Bürgerrechte einschließlich des uneingeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt.

3.2 Herkunftsland

Die Befragten kommen aus 29 Herkunftsländern. Alle jüdischen Kontingentflüchtlinge kommen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. 30,4% der Befragten geben an, dass sie aus der Ukraine kommen, gefolgt von Russland mit 16,8% der Befragten. Weitere Länder der ehemaligen Sowjetunion werden in geringem Umfang benannt, so etwa Weißrussland 3,2%, Moldawien 2,8% und Kasachstan 1,2%.

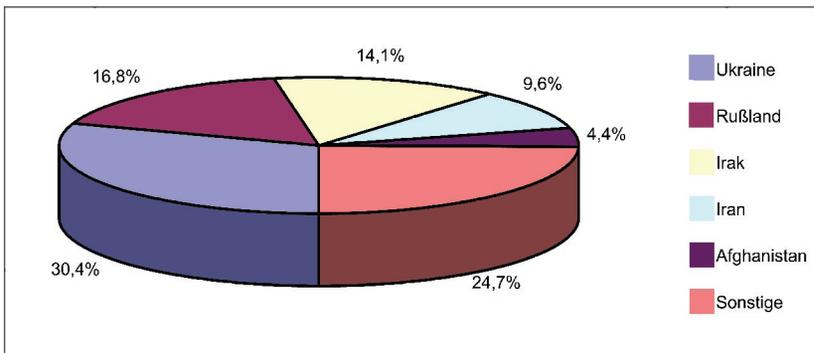


Abb. 6: Herkunftsländer

Von den Befragten kommen als Asylberechtigte 14% aus dem Irak, 9,6% aus dem Iran und 4,4% aus Afghanistan. Der Anteil von Flücht-

lingen aus dem Kosovo und aus Ländern wie Syrien, Türkei, Sri Lanka, Vietnam und Libanon ist jeweils nur gering.

3.3 Immigrationstypus

71,6% der Befragten geben an, mit Familienangehörigen eingereist zu sein. 28,4% sind allein eingereist. Weiterhin hat es bei 25,7% der Befragten zu einem späteren Zeitpunkt einen Familiennachzug gegeben.

Aus dem Diagramm lässt sich deutlich erkennen, dass es bei der Gruppe der anerkannten Flüchtlinge und der jüdischen Kontingentflüchtlinge große Unterschiede im Hinblick auf den Immigrationstypus gibt.

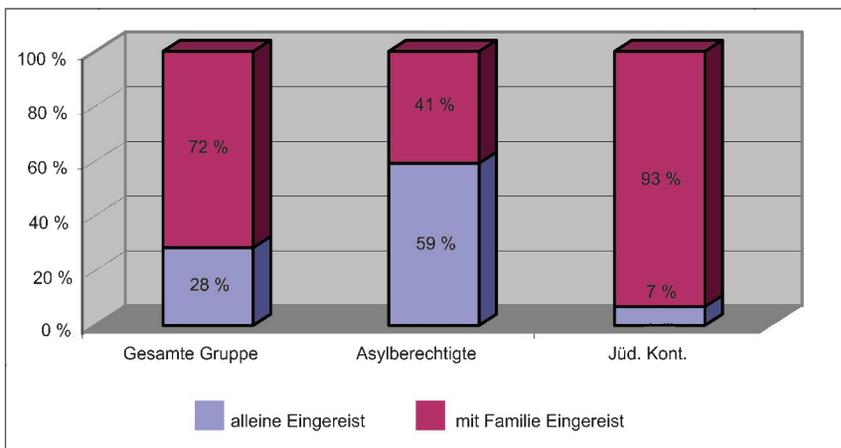


Abb. 7: Immigrationstypus (nach Statusgruppen)

Während fast 93% der jüdischen Kontingentflüchtlinge im Familienverbund immigriert sind, gilt dies für nur 40,8% der anerkannten Flüchtlinge.

Bei der Gruppe der anerkannten Flüchtlinge ist zudem folgendes Migrationsphänomen festzustellen: Die Mehrzahl von 59,2% (und davon überwiegend Männer) flüchtet zunächst allein nach Deutschland, während Ehefrauen und Kinder später – nach der Anerkennung – im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland gelangen.

3.4 Aufenthaltsdauer in Deutschland

Die größte Gruppe sind mit 39,8% Personen, die sich bis zu 3 Jahren in Deutschland aufhalten. 18,3% der Befragten leben zwischen 4 und 6 Jahren, 15,4% zwischen 7 und 9 Jahren in Deutschland. 20,3% der Befragten leben zwischen 10 und 19 Jahren in Deutschland und 6,2% gar 20 Jahre und länger.

Die Gruppe der Befragten weist insgesamt eine viel kürzere Aufenthaltsdauer auf als der Durchschnitt der gesamten ausländischen Staatsangehörigen in Niedersachsen. So lebten beispielsweise Ende 1999 27% aller Migranten schon 20 Jahre oder länger in Deutschland und fast 50% können Aufenthaltszeiten von mehr als 10 Jahren vorweisen (vgl. Niedersächsischen Landesamt für Statistik 2000, S. 14).

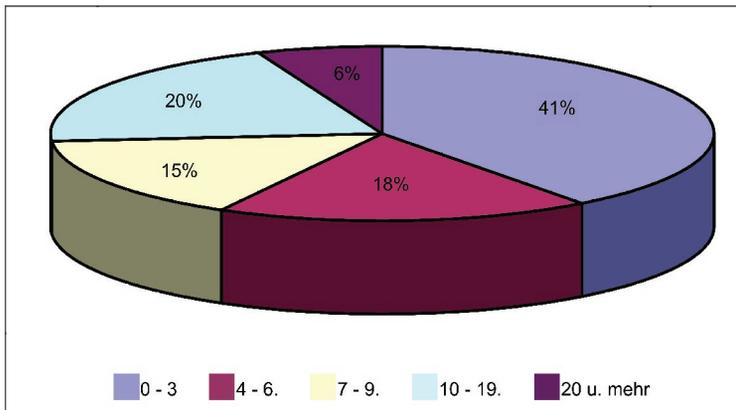


Abb. 8: Aufenthaltsdauer in Deutschland

Eine vergleichende Betrachtung der Aufenthaltsdauer bei der Gruppe der Asylberechtigten und der der jüdischen Kontingentflüchtlinge

zeigt, wie unterschiedlich Flucht- und Einwanderungszeitpunkt der beiden Gruppen sind.

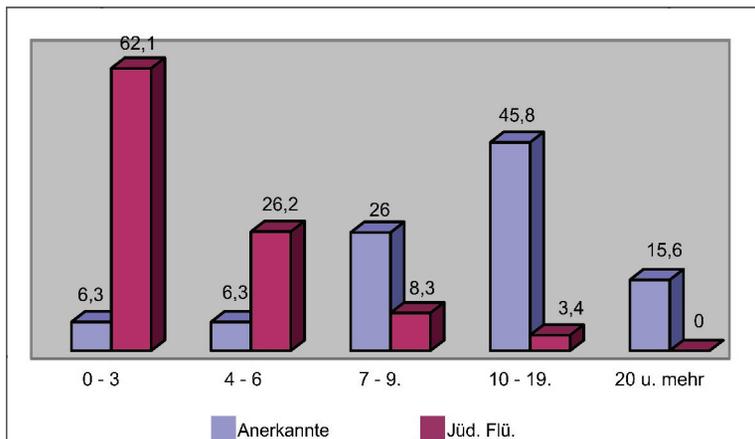


Abb. 9: Aufenthaltsdauer in Deutschland (nach Statusgruppen)

So lebten 15,6% aller befragten Asylberechtigten schon zwanzig Jahre und länger in Deutschland, 61,4% können Aufenthaltszeiten von mehr als zehn Jahren nachweisen. Dagegen hatten 62,1% der befragten jüdischen Kontingentflüchtlinge eine Aufenthaltszeit bis zu drei Jahren und 88,3% aller befragten Kontingentflüchtlinge bis zu sechs Jahren in Deutschland. Diejenigen Personen, die bereits einen lang jährigen Aufenthalt in Deutschland nachweisen können, sind im Gegensatz dazu gering vertreten. Nur 3,4% der befragten jüdischen Kontingentflüchtlinge leben seit zehn Jahren und länger in Deutschland.

Diese Ergebnisse spiegeln die jüngere Migrationgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wider. Es lässt sich eine große Ausländerpopulation mit einer sehr langen Aufenthaltsdauer identifizieren: Das sind in der Regel ausländische Arbeitnehmer, die in den 50er und 60er Jahren angeworben wurden, und deren Familien, die im Rahmen der Familienzusammenführung, insbesondere Anfang der 70er Jahre, nachgezogen sind. Die Zahl der Flüchtlinge hat erst seit Mitte

der 80er Jahre zugenommen. Die Zuwanderungsoption für jüdische Kontingentflüchtlinge besteht erst seit Anfang der 90er Jahre.

3.5 Einbürgerungsrate

Fast 18,7% der Befragten hat die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. 81,3% besitzen noch ausschließlich ihre ausländische Staatsbürgerschaft.

Dies kann aber nicht als Indiz einer geringeren Bereitschaft zur Einbürgerung verstanden werden. Ein erheblicher Teil der Befragten erfüllt eine wichtige Voraussetzung der Einbürgerung, nämlich ein Minimum an Aufenthaltszeiten⁴ in Deutschland, nicht.

Vergleicht man den Anteil der Eingebürgerten, die sich sieben Jahre und länger in Deutschland aufhalten, mit der Gesamtzahl der Befragten, zeigt sich ein völlig anderes Bild. Demnach haben sich 44,3% (fast jede zweite Person) der Befragten einbürgern lassen und besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.

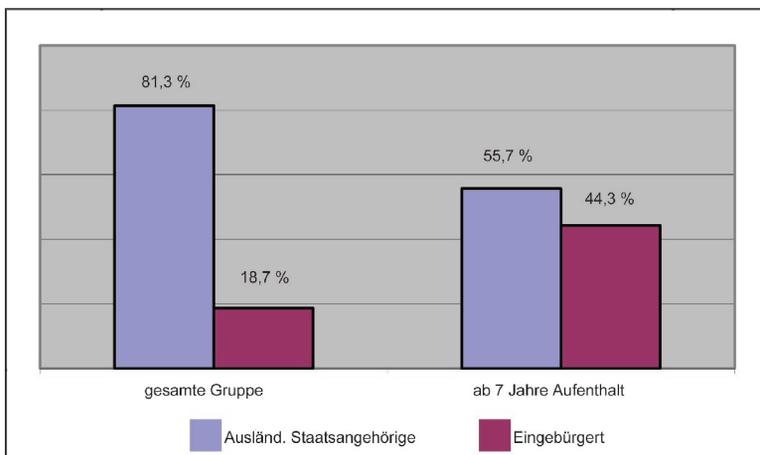


Abb. 10: Einbürgerungsrate

4 Für Asylberechtigte beträgt die Mindestaufenthaltszeit drei Jahre. Bei Jüdischen Kontingentflüchtlingen ist ein Aufenthalt von Mindest sieben Jahren Voraussetzung für die Einbürgerung.

Die sehr hohen Einbürgerungsquoten, insbesondere bei anerkannten Flüchtlingen, im Vergleich zu anderen Gruppen ausländischer Staatsbürger, legt die Vermutung nahe, dass die Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei anerkannten Flüchtlingen, im Rahmen der Ausnahmeregelung, hierfür ein wichtiger Grund sein dürfte. Darüber hinaus erzeugt vermutlich das jahrelange Bangen um den Verbleib in Deutschland während der Zeit des Asylverfahrens ein enormes Bedürfnis nach absoluter Sicherheit beim Aufenthaltsstatus. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gewinnt damit als Zielsetzung eine hohe Wertschätzung und animiert die Betroffenen, die Einbürgerung sofort nach der Erfüllung der Voraussetzungen anzustreben.⁵

Fazit

Im Hinblick auf die Migrationsbiographien lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen: Viele der Befragten sind im Familienverbund geflüchtet oder zugewandert. Auch diejenigen, die zunächst alleine eingereist sind, haben häufig Ehefrauen und Kinder im Zuge der Familienzusammenführung nachkommen lassen. Im Hinblick auf die Durchführung von Beratungsangeboten und Integrationsmaßnahmen wäre es demnach unerlässlich, einen familienzentrierten Ansatz zu suchen, der die verschiedenen familiären Teilbereiche (Ehemann, Ehefrau, Kinder) jeweils einzeln berücksichtigt und den Gesamtzusammenhang „Familie“ nicht aus dem Blick verliert.

Da die Zielgruppe der Befragten über ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland verfügt, hat sie einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt. Somit sind längerfristige Planungen und die Entwicklung von Lebensperspektiven im Prinzip nicht nur sehr gut möglich, sondern im Hinblick auf eine umfassende Integration auch unbedingt notwendig. Ein mögliches berufliches Qualifizierungs- und Integrationsprojekt könnte hier ansetzen.

5 Dieses Phänomen wird immer wieder in der Sozialarbeit mit Flüchtlingen bestätigt.

4 Qualifikationsprofile

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden wesentlich durch die vorhandenen Kenntnisse und Qualifikationen und die nachweisbaren formalen Bildungsabschlüsse bestimmt.

Bei Zuwanderern stellt sich allerdings das Problem, dass mitgebrachte Qualifikationen häufig den Anforderungen der Betriebe und Verwaltungen nicht genügen und Abschlüsse nicht anerkannt werden. Ihre kulturelle Kompetenz, die u.a. durch Zweisprachigkeit zum Ausdruck kommt, wird aber von Arbeitgebern noch immer nicht in ausreichendem Maße als Zusatzqualifikation geschätzt.

4.1 Ausbildungsstand vor der Einreise

Ein Überblick über den Ausbildungsgrad der Untersuchungsgruppe verdeutlicht den sehr hohen Anteil an akademisch ausgebildeten Fachkräften. Weit mehr als die Hälfte (60,8%) der Befragten können einen akademischen Abschluss vorweisen. Diejenigen, die über einen ersten Hochschulabschluss verfügen, vergleichbar dem Bachelor (B.A.), stellen davon mit 42,3% die größte Gruppe dar.

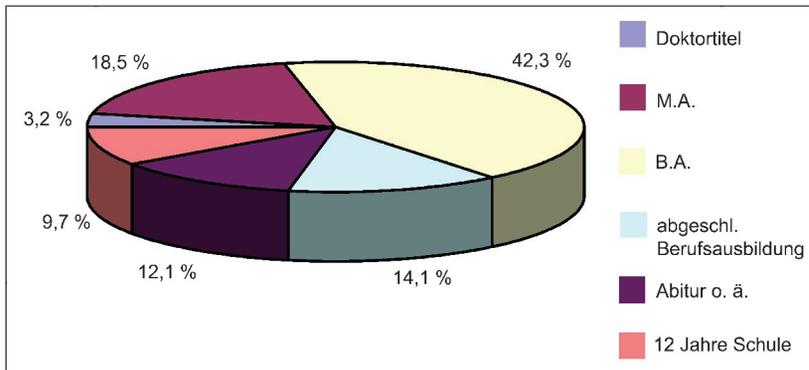


Abb. 11: Mitgebrachte Abschlüsse

Am zweithäufigsten (18,5%) ist ein zweiter Hochschulabschluss zu finden, welcher dem Hochschultitel des Master (M.A.) entspricht; 3,3% der Befragten verfügen über einen Dokortitel.

Über eine nicht-akademisch abgeschlossene Berufsausbildung verfügen 14,1%, während 21,8% der Befragten aufgrund ihres jungen Alters ausschließlich schulische Abschlüsse aufweisen. Mehr als die Hälfte davon hat die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) erlangt.

4.2 Verteilung nach Fachrichtungen

Die Fachrichtungen, in denen die Befragten ihre Ausbildung absolvierten, sind vielfältig. Einen dezidierten Einblick verschafft die folgende sektorale Verteilung: in den industriellen Bereichen (dazu gehört auch Ingenieurswesen) sind die meisten Personen (25,6%) mit ihrem Fachwissen angesiedelt.

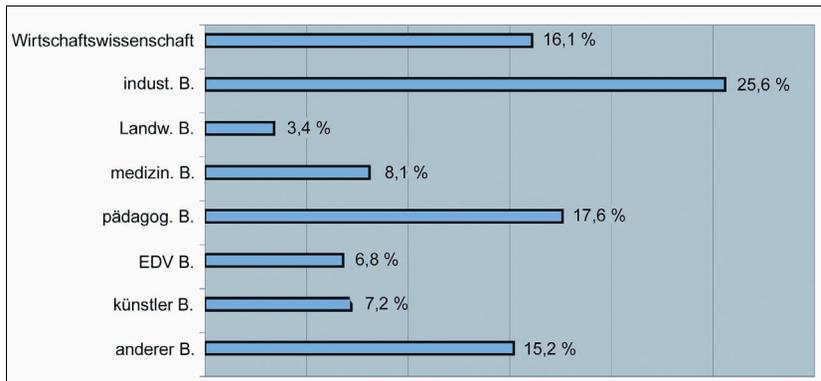


Abb. 12: Verteilung der mitgebrachten Abschlüsse nach Fachrichtungen

Der pädagogische Bereich stellt die zweithäufigste Fachrichtung mit 17,6% dar und wird gefolgt von der Wirtschaftswissenschaft (16,1%) und dem medizinischen Bereich mit 8,1%. Mit 7,2% ist der künstlerische Bereich vertreten. 6,8% der Befragten sind Fachkräfte aus dem IT-Bereich, dessen Bedarf derzeit in Deutschland durch ausländische Fachkräfte im Rahmen der so genannten Green-Card-Regelung gedeckt werden soll. 3,4% der Befragten haben ihre Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich absolviert. Auf sonstige Bereiche entfallen 15,2% der Befragten.

4.3 Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen

Inhaber ausländischer Bildungsabschlüsse können mit Hilfe eines Antrags auf Anerkennung bzw. Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikationen bei den zuständigen Stellen klären lassen, ob ihr im Ausland erworbener ausländischer Berufsabschluss mit einem deutschen Berufsabschluss vergleichbar ist. Dabei kann es zum Ergebnis einer vollen Anerkennung, einer teilweisen Anerkennung oder einer Nichtanerkennung kommen.

Eine Teilanerkennung erfolgt in der Regel dann, wenn für eine volle Berufsanerkennung nur noch einzelne Ausbildungsteile nachgeholt werden müssen. Zu einer Nichtanerkennung kommt es in der Regel, wenn für eine zu überprüfende ausländische Berufsqualifikation keine vergleichbare deutsche Berufsausbildung existiert oder nur geringfügige Übereinstimmungen bei Ausbildungsinhalten und -verlauf festgestellt werden können.⁶

Die Umsetzung der Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen stellt sich wie folgt dar:

20,2% der Befragten konnten sich ihre mitgebrachten, im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen in Deutschland ohne weitere Auflagen anerkennen lassen. Eine zusätzliche Maßnahme zur Anerkennung der Fachausbildungen mussten 14,5% absolvieren, während bei 38,4% der Befragten die Anerkennung ihrer Abschlüsse verweigert wurde und 26,9% gar nicht den Versuch dazu unternahmen.

6 Über die Anerkennungsverfahren in Niedersachsen vgl. Wegweiser zur Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Bildungsnachweise, hg. v. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen/ Zukunfts-Werkstatt, Hannover 2000

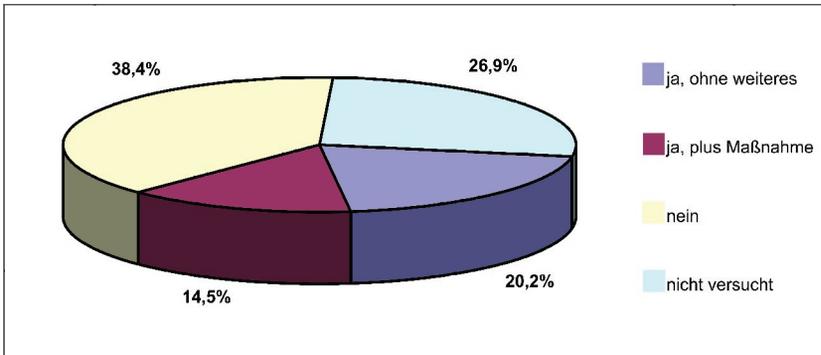


Abb. 13: Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse

Bei der Verteilung auf die Fachrichtung der Abschlüsse ergibt sich bei denjenigen, die eine Anerkennung ihrer mitgebrachten Abschlüsse erzielt haben, folgendes Bild:

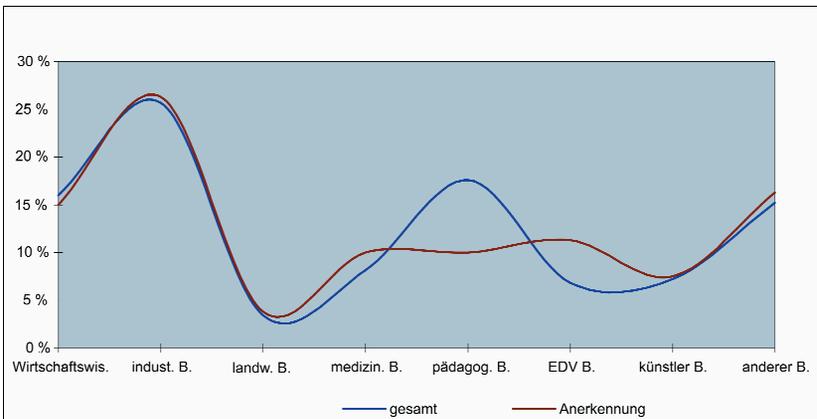


Abb. 14: Verhältnis der erzielten Anerkennung zur Fachrichtung

Außer in zwei Bereichen ist der Anteil der Fachrichtung an den gesamten Abschlüssen identisch mit dem Anteil dieser Abschlüsse, die anerkannt wurden. Abschlüsse im pädagogischen Bereich wurden seltener anerkannt. So beträgt ihr Anteil an den gesamten Abschlüssen 17,7%, bei den anerkannten Abschlüssen ist dieser Bereich mit 10% vertreten. Dagegen weisen Abschlüsse im EDV-landwirtschaftlichen und medizinischen Bereich eine häufigere Anerkennungsquote auf.

So beträgt der Anteil im EDV-Bereich an den gesamten Abschlüssen 6,8% und bei den anerkannten Abschlüssen 11,3%. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt in der Tatsache, dass die Inhalte der sogenannten „harten Fächer“, wie EDV und Medizin, eine internationale Standardisierung erfahren haben, die „weichen Fächer“ – wie z.B. Pädagogik – dagegen haben diesen Stand noch nicht erreicht.

Weiterhin zeigen die Daten, dass Dokortitel und langjährige Schulabschlüsse überproportional häufig anerkannt wurden. Während die ersten und zweiten Hochschulabschlüsse identisch zu ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Abschlüsse anerkannt wurden, war die Anerkennung von Berufsausbildung und Hochschulreife dagegen geringer. Wertet man den Schulabschluss (ohne Abitur) nicht als Abschluss, dann trifft folgende Aussage zu: je höher der Abschluss ist, desto höher ist die Anerkennungsquote, und je niedriger der Abschluss, desto geringer ist die Anerkennung.

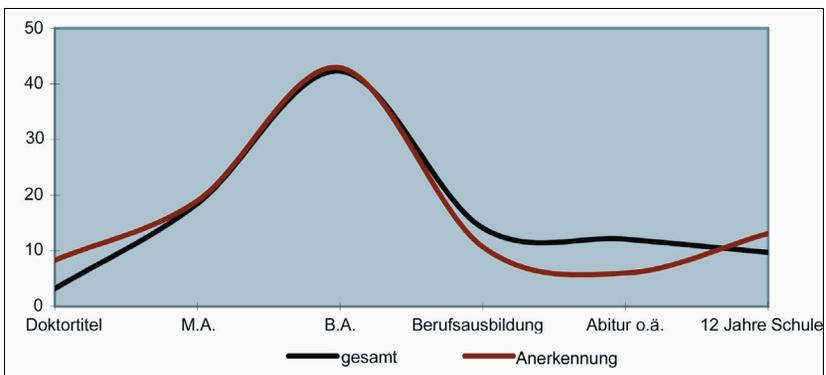


Abb. 15: Verhältnis der erzielten Anerkennung zum Ausbildungsgrad

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass zwei Drittel der Befragten keine Anerkennung ihrer mitgebrachten Abschlüsse erzielen konnten. Auf einem Arbeitsmarkt, für den formelle Abschlüsse unverzichtbar sind, gelten diese demnach als ungelernete Arbeitskräfte. Nur bei jedem Dritten der Befragten wurden die mitgebrachten Abschlüsse anerkannt.

Auffällig hoch (26,9%) ist der Anteil der Befragten, die erst gar nicht versucht haben, ihren mitgebrachten Abschluss anerkennen zu lassen. Dieser Verzicht ist als ein gravierender Verlust an Humanressourcen zu betrachten, der raschen Handlungsbedarf erfordert. Daher werden im Folgenden die Gründe dieses Phänomens näher untersucht. Für diese Gruppe gelten die folgenden soziostrukturellen Merkmale: Bei der Aufschlüsselung diese Gruppe nach Geschlecht lassen sich Unterschiede erkennen. Weitaus höher (60,0%) liegt der Anteil der Frauen. Das könnte auf gravierende geschlechtsspezifische Zugangsbeschränkungen zu den Informationsquellen hindeuten, ohne dass eine solche Entwicklung aber schon mit Sicherheit festgestellt werden kann. Möglicherweise könnte die Tatsache, dass viele Frauen im Haushalt tätig sind und keine Arbeit suchen (s. Abb. 39, S. 85), Grund dafür sein, dass eine Anerkennung ihrer mitgebrachten Abschlüsse zunächst als nicht so wichtig erachtet wird.

Bezogen auf den aufenthaltsrechtlichen Status sind ebenfalls Unterschiede festzustellen. So sind 57% der Personen, die nicht versucht haben, ihren mitgebrachten Abschluss anerkennen zu lassen, jüdische Kontingentflüchtlinge und 43% Asylberechtigte. Dieser Unterschied kann möglicherweise am höheren Anteil der befragten jüdischen Kontingentflüchtlinge, die erst seit relativ kurzer Zeit in Deutschland leben, liegen. Diese Vermutung wird durch eine Betrachtung der Aufenthaltsdauer der Gruppe, die nicht versucht hat, ihre Abschlüsse anerkennen zu lassen, bestätigt.

Die Abbildung zeigt, dass die prozentuale Verteilung nach Aufenthaltsdauer der gesamten Gruppe der Befragten und die Verteilung derjenigen, die nicht versucht haben, ihre Abschlüsse anzuerkennen, sich sehr ähneln. Dies deutet darauf hin, dass mit dem fortschreitenden Aufenthalt in Deutschland nicht zwangsläufig die Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse beantragt wird. Gleichwohl kann festgehalten werden, dass knapp 40% derjenigen, die die Anerkennung ihrer

Abschlüsse nicht angestrebt haben, einen kürzeren Aufenthalt von bis zu drei Jahren in Deutschland nachweisen.

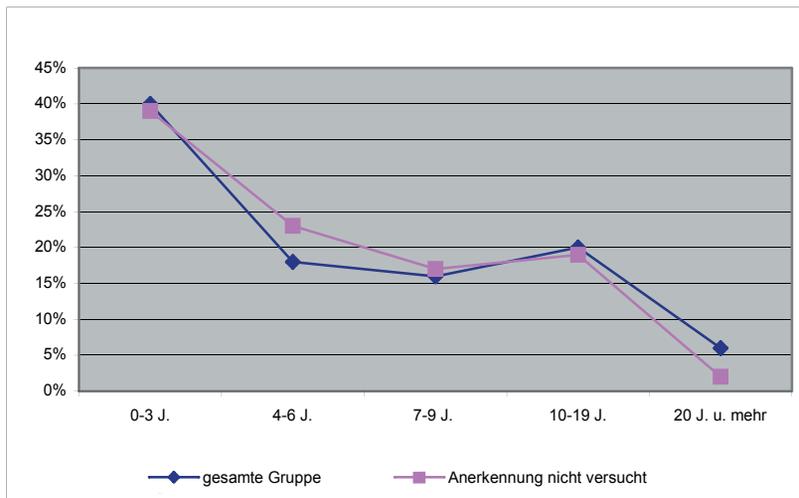


Abb. 16: Zusammenhang von Aufenthaltsdauer und nicht beantragter Anerkennung

Die gewonnenen Daten zeigen offensichtlich, dass die Informations- und Sprachdefizite entscheidend verhindern, die Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse anzustreben. Nur eine kleine Minderheit von 12% der Befragten wurden überhaupt über die Anerkennungsverfahren ihrer mitgebrachten Qualifikationen informiert, dagegen wurde die Mehrheit (88%) in Unwissenheit über diese Möglichkeit gelassen (s. Kapitel 6). Weiterhin haben zwei Drittel der Befragten angegeben, erhebliche Sprachprobleme im Umgang mit Ämtern zu haben. Dies lässt vermuten, dass sprachliche Defizite eine Barriere bilden, sich im unübersichtlichen bürokratischen Labyrinth des Anerkennungsverfahrens zurechtzufinden, und dem entsprechend abschreckend wirken.

4.4 Berufserfahrungen

Zum Qualifikationsprofil eines potentiell Erwerbstätigen gehört neben den Bildungsabschlüssen auch die Summe an Berufserfahrungen, die im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen – insbesondere im erlernten Beruf – gesammelt wurde.

So gesehen haben mehr als zwei Drittel (71,8%) der Befragten in ihren Herkunftsländern in ihrem erlernten Beruf gearbeitet und können zusätzlich zu ihrer theoretischen Ausbildung praktische Erfahrungen vorweisen. Nur etwa ein Siebtel (13,9%) hat in einem ausbildungsfremden Beruf gearbeitet, während ein etwa gleich hoher Anteil von 14,3% der Befragten keine Beschäftigungsverhältnisse in den Herkunftsländern vorweisen kann.

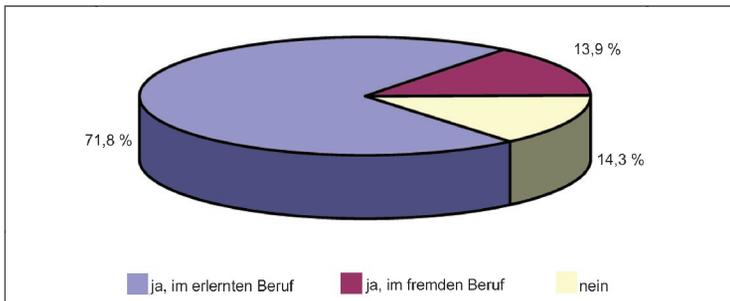


Abb. 17: Beschäftigung im Herkunftsland

Fazit

Der Großteil der Befragten gehörte vor der Migration zu den hochqualifizierten Personen im Herkunftsland. Viele von ihnen verfügen über eine Berufsausbildung in Fachrichtungen, für die in Deutschland ein großer Bedarf an Fachkräften von Seiten der Wirtschaft besteht, z.B. im EDV- und medizinischen Bereich. Viele der Befragten haben in ihren Herkunftsländern im erlernten Beruf gearbeitet und verfügen damit über einschlägige Berufserfahrungen. Das lässt den Schluss zu, dass sie in ihren Herkunftsländern eben nicht zu den am unteren Ende der sozialen Schichtungsskala angesiedelten Personen gehörten, sondern vielmehr zur Mittelschicht.

Mit der Migration findet offensichtlich ein Bruch in den Berufsbiographien statt. Nur bei einem Drittel der Befragten konnte eine Anerkennung der mitgebrachten Bildungsnachweise erzielt werden. Zwei Drittel gelten deshalb trotz ihrer hohen Qualifikationen formell als ungelernete Arbeitskräfte.

Angesichts der großen Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse für die berufliche Eingliederung in Deutschland, ist es ein gravierendes Manko, dass jeder Vierte nicht einmal versucht hat, mitgebrachte Abschlüsse anerkennen zu lassen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in Informations- und Wissensdefiziten über die Anerkennungsmöglichkeiten und Anerkennungsverfahren, andererseits in sprachlichen Barrieren beim Umgang mit Ämtern. Zudem wirken unübersichtliche und bürokratische Anerkennungsverfahren abschreckend auf die Betroffenen.

Zusätzlich zu ihren beruflichen Qualifikationen verfügen die höher qualifizierten Flüchtlinge über eine unschätzbar vielfältige Sprachkompetenz. Viele von ihnen beherrschen über die Mutter- und deutsche Sprache hinaus internationale Sprachen wie Englisch, Französisch und Russisch aber auch unzählige regionale Sprachen aus aller Welt. Die kulturelle Kompetenz von Zuwanderern, die u.a. durch Mehrsprachigkeit zum Ausdruck kommt, wird trotz der Globalisierungsprozesse und wachsender Mobilität von Arbeitgebern noch immer nicht in ausreichendem Maße als bedeutsame Qualifikation gewertet.

5 Sprachkenntnisse

Als ein zentraler Indikator für eine erfolgreiche Integration gilt die Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes. Dies macht sich im politischen Diskurs daran fest, dass der Spracherwerb als „wesentliche Voraussetzung für die gleichberechtigte wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Zuwanderer an der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“ angesehen wird und der Grad der Sprachbeherrschung in einen direkten Kontext zu den Chancen steht, „sich in angemessener Zeit zu integrieren“, gestellt wird (Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, S. 155).

Dementsprechend werden mangelnde Sprachkenntnisse als „vorrangige Integrationshürde“ und als ein gewichtiger Faktor eingestuft, der „einen beruflichen Aufstieg weitgehend“ ausschließt (Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 1997, S. 42 f.). Diese Beurteilung spiegelt sich darin wider, dass sich im geplanten Zuwanderungsgesetz die Integrationsförderung für Neuzuwanderer fast ausschließlich auf Maßnahmen zum Spracherwerb konzentriert.

Der Ist-Zustand der deutschen Sprachkenntnisse von höherqualifizierten Flüchtlingen wird mit dem Ziel erhoben, zum Einen hieraus Bedarfe hinsichtlich der Verbesserung der Sprachkenntnisse zu ermitteln und zum Anderen die Rolle der Sprachkompetenz im Integrationsprozess zu untersuchen. In diesem Kontext sollen auch die o.g. Thesen überprüft werden.

Die Analyse des Sprachstands basiert auf einer Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse durch die Befragten. Die Voraussetzungen für den Spracherwerb gelten bei dieser Zielgruppe als besonders günstig, da sie im Allgemeinen als bildungsgewohnt einzustufen ist und neben dem Recht auf einen staatlich finanzierten Deutschkurs auch durch den Fremdsprachenerwerb im Herkunftsland häufig Lernerfahrungen in diesem Bereich mitbringt.

5.1 Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse

Bezüglich der deutschen Sprachkenntnisse wird im Folgenden nach vier Dimensionen der Sprachkompetenz unterschieden: Lesen, Schreiben, Hörverstehen und Sprechen.

Selbst niedrige Sprachkenntnisse erlauben zwar zahlreiche integrative Handlungen in Alltagssituationen, sind aber für die berufliche Eingliederung oft nicht ausreichend. Vor allem für höher Qualifizierte eröffnen sich weiterführende Chancen auf dem Arbeitsmarkt oft erst über gute Schreibkenntnisse. Daher ist diese Unterscheidung sehr bedeutungsvoll.

Bei der folgenden Abbildung wird deutlich, dass der Stand der Sprachbeherrschung je nach Sprachdimension unterschiedlich ausfällt.

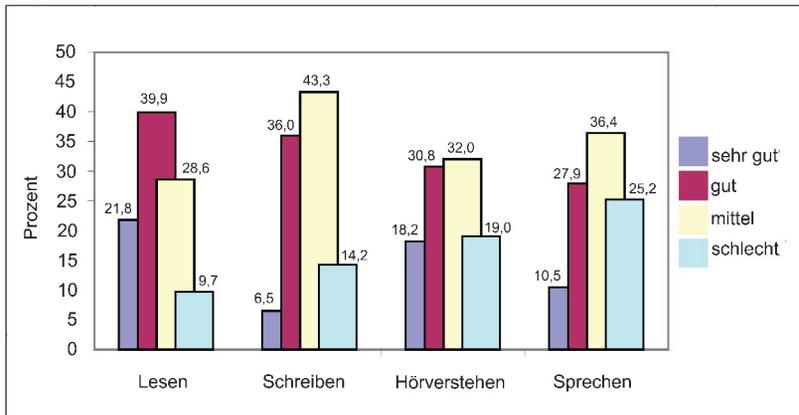


Abb. 18: Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse (nach Dimensionen)

Vergleicht man die Kompetenzen im Deutschen, lassen sich folgende Aussagen treffen: Das Lesen wird durchgehend am besten beherrscht. So schätzen über 60% der Befragten ihre *Lesekompetenz* als „gut“ oder „sehr gut“ ein; weniger als 10% halten ihre diesbezüglichen Fähigkeiten für „schlecht“. Dagegen geben weniger als die Hälfte (42,5%) an, „gute“ bzw. „sehr gute“ Kenntnisse im *Schreiben* zu haben. Insbesondere gibt es im Vergleich zu den anderen drei

Sprachdimensionen nur sehr wenige (6,5%), die hier eine Bewertung von „sehr gut“ vornehmen.

Das *Hörverstehen* bedeutet für viele annähernd ein ebenso großes Hindernis: Während 49% der Befragten „gut“ oder „sehr gut“ verstehen, was ihnen auf Deutsch mitgeteilt wird, haben 51% beim Verstehen des Deutschen weiterhin Schwierigkeiten. Im Vergleich zur Dimension *Lesen* ist auffällig, dass die Gruppe derjenigen, die das Hörverstehen als „schlecht“ einstufen (19%), fast doppelt so groß ist wie die entsprechende Gruppe im Lesen.

Beim Erwerb der deutschen Sprache scheint das eigene *Sprechen* die größten Probleme zu bereiten. Im Vergleich zu den anderen Sprachdimensionen liegen hier zum Einen die aufaddierten Werte von „gut“ und „sehr gut“ am niedrigsten (38,4%), zum Anderen bei der Kategorie „schlecht“ mit rund einem Viertel der Befragten am höchsten.

Die Analyse des Sprachstands zeigt, dass bei über einem Drittel der Befragten von einer weitgehenden Beherrschung der deutschen Sprache ausgegangen werden kann. Wenn man nur die eher passiven Anwendungsformen der Sprache (Lesen, Hörverstehen) betrachtet, hat mindestens die Hälfte der Befragten diesbezüglich große Sicherheit erlangt.

Schwierigkeiten bestehen bei der Mehrheit der Befragten jedoch hinsichtlich des mündlichen wie auch schriftlichen Formulierens im Deutschen. Dies scheint allerdings kein zielgruppenspezifisches Phänomen zu sein, wie die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMA) in Auftrag gegebene „Evaluation der Sprachförderung Deutsch für ausländische Arbeitnehmer“ zeigen. Festgestellt wurde „als gemeinsames Grundmuster, dass derzeitige und ehemalige Teilnehmer Deutsch besser verstehen und lesen als schreiben und sprechen können“ (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1999, S. 160).

5.2 Sprachprobleme in verschiedenen Lebensbereichen

Das Bild vom Sprachstand der Zielgruppe wird in diesem Kapitel durch eine Analyse bestehender Sprachprobleme in verschiedenen Lebensbereichen ergänzt.

Insgesamt gaben etwas mehr als 23% der höherqualifizierten Flüchtlinge an, dass sie keine sprachlichen Probleme haben. Dem stehen über drei Viertel der Befragten gegenüber, bei denen noch Sprachschwierigkeiten in einzelnen Handlungsfeldern auftreten. Um welche Bereiche es sich handelt, darüber gibt die folgende Abbildung Aufschluss.

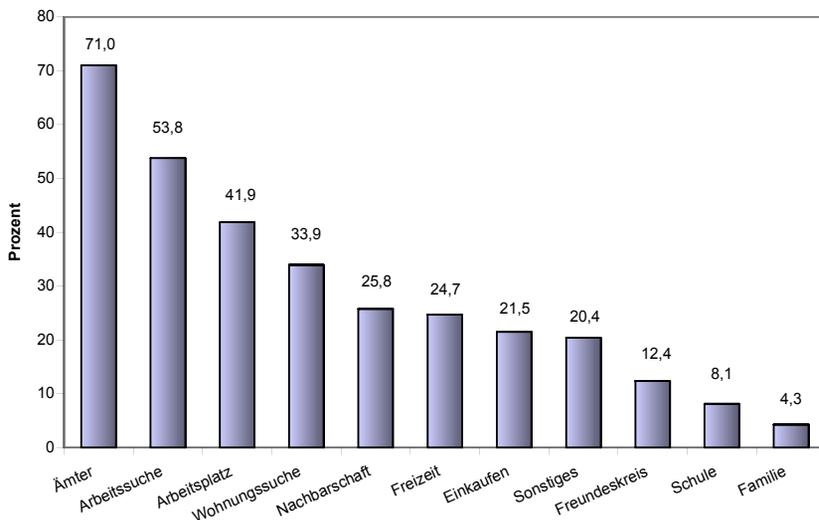


Abb. 19: Sprachprobleme in verschiedenen Lebensbereichen

Die ersten vier Bereiche, in denen die meisten Befragten Sprachprobleme erleben, gehören zu den „offiziellen“ Lebensbereichen, in denen neben der Alltagssprache auch formal- und fachsprachliche Kompetenzen erforderlich sind. Außerdem sind in der Regel auch adäquate Schreibkompetenzen, z.B. beim Ausfüllen von Formularen, notwendig.

Die Unsicherheiten im Sprachgebrauch werden durch bürokratische und strukturelle Hindernisse anscheinend verstärkt. So haben 71% der Befragten angeführt, Probleme in der sprachlichen Verständigung mit Behörden und Ämtern zu haben. Mehr als die Hälfte bezeichnet die Arbeitsplatzsuche aufgrund der mangelnden Sprachbeherrschung als schwierig und weitere 42% erleben Sprachschwierigkeiten am

Arbeitsplatz, während ein Drittel der Befragten Sprachprobleme bei der Wohnungssuche angeben.

Im Bereich der sozialen Integration bestehen erheblich weniger Schwierigkeiten, sich sprachlich zu verständigen. Zudem lässt sich feststellen, dass die Probleme abnehmen, je mehr sich die Kommunikation im privaten Sektor abspielt. Während in der Kommunikation mit Nachbarn und im Freizeitbereich noch rund ein Viertel der Befragten Probleme sieht, halbiert sich dieser Anteil in Bezug auf den eigenen Freundeskreis auf 12,4%.

Zur genaueren Analyse der Daten erfolgt zunächst eine Aufschlüsselung des Sprachstands nach Teilgruppen hinsichtlich Status und Geschlecht.

Eine separate Betrachtung der deutschen Sprachkenntnisse der Asylberechtigten und der Jüdischen Kontingentflüchtlinge zeigt eine deutliche Differenz: Mehr als die Hälfte (56,9%) der Asylberechtigten haben nach eigener Einschätzung keine Sprachprobleme mehr. Dagegen lag dieser Anteil bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen bei nur knapp 10%; hier hat also eine sehr große Mehrheit (90,8%) immer noch Sprachprobleme.

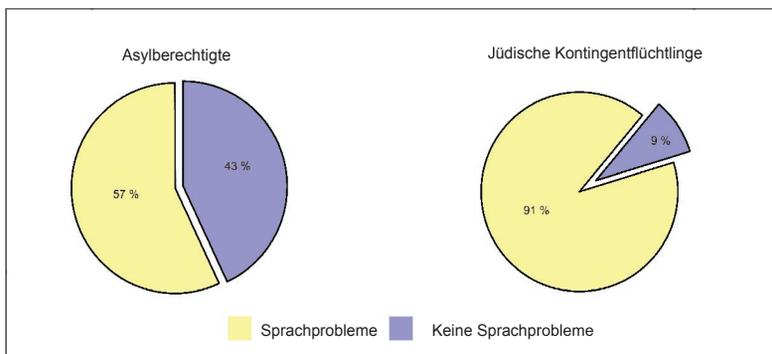


Abb. 20: Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkompetenz (nach Statusgruppen)

Dass die Asylberechtigten besser Deutsch können als die Jüdischen Kontingentflüchtlinge könnte auf die längere Aufenthaltsdauer der Asylberechtigten zurückzuführen sein (s. Abb. 9, S. 47). Dies führt zu der Annahme, dass die Aufenthaltsdauer eine wichtige Rolle für das

Niveau der Sprachkenntnisse spielt. Je länger die Befragten in Deutschland leben, umso besser sind ihre Deutschkenntnisse. Hinsichtlich der Sprachschwierigkeiten in den verschiedenen Lebensbereichen der beiden Gruppen zeigt der Datenvergleich keine große Abweichung. Beide Gruppen haben mehr Sprachprobleme in der Verständigung mit Behörden und Ämtern sowie bei der Arbeits- und Wohnungssuche als in privaten Bereichen (Nachbarn, Freundeskreis usw.).

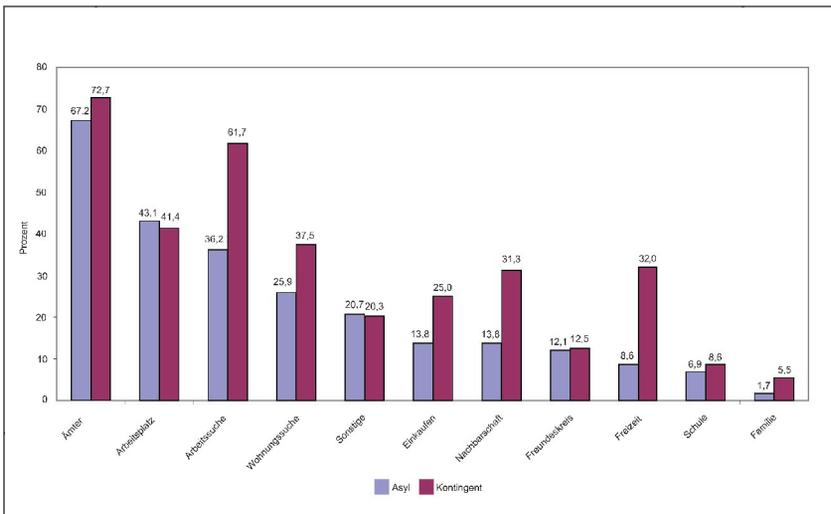


Abb. 21: Ausgewählte Sprachproblembereiche (nach Statusgruppen; Mehrfachantworten)

Sehr viel stärker sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede ausgeprägt: Aus der Gruppe der Befragten, die keine Sprachprobleme mehr hat, sind 63,2% männlichen und 35,1% weiblichen Geschlechts, obwohl die Geschlechter in der Gruppe der Befragten fast paritätisch vertreten sind (49% vs. 51%). Dass die Sprachkompetenz bei Männern etwas ausgeprägter ist als bei Frauen, hat seine Ursache vermutlich darin, dass die Erwerbsquote der Männer höher liegt als die

der Frauen und Erwerbstätige in fast allen vorgegebenen Situationen häufiger Deutsch sprechen oder rezipieren als Nichterwerbstätige. Dieser Sachverhalt kann auch als Indiz für geschlechtsspezifische Unterschiede im Integrationsprozess nach Abschluss der Deutschkurse aufgefasst werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1999, S. 147).

5.3 Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen

Auf die Frage, wie sie Deutsch gelernt haben, gaben 87,2% der Befragten an, dass sie einen Sprachkurs in Deutschland absolviert haben⁷.

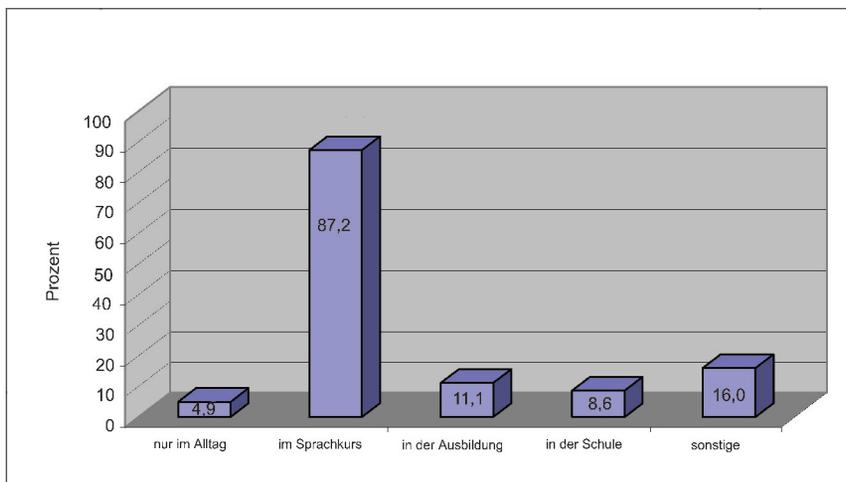


Abb. 22: Lernorte des Spracherwerbs (Mehrfachantworten)

Die hohe Teilnahmequote spiegelt das staatliche Sprachkursangebot wider, auf das Asylberechtigte und Jüdische Kontingentflüchtlinge einen Anspruch haben, und zeigt sich in der Tatsache, dass eine Minderheit von 5% die deutsche Sprache nur im Alltag „gelernt“ hat.

⁷ Hier wurde nicht gefragt, ob die Kurse bis zum Ende besucht wurden. Die Dropout-Quote bei den Sprachverbandskursen lag zwischen 42-44% (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1999, S.161).

Weiterhin zeigen die Daten, dass fast jeder Fünfte der Befragten die deutsche Sprache in der Schule oder im Rahmen einer Ausbildung gelernt hat.

Die subjektive Sprachkompetenz ist stark davon abhängig, wo bzw. wie die Befragten ihre Kenntnisse erworben haben. Betrachtet man die Lernorte der Gruppe der Befragten, die in den verschiedenen Sprachdimensionen ihre Kenntnisse mit „gut“ oder „sehr gut“ bewertet haben, so zeigen diese Daten einen überproportionalen Anteil derjenigen, die ihre deutschen Sprachkenntnissen schon in der Ausbildung oder in der Schule in Deutschland erworben haben. Dies könnte zum einen mit dem noch jungen Lebensalter und dem regelmäßigen Kontakt im Lernalltag zu gleichaltrigen deutschen Schülern und Schülerinnen zu tun haben, aber auch mit der Aneignung der Sprache über einen längeren Zeitraum hinweg.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass drei Viertel der Befragten weiterhin auf Sprachschwierigkeiten in der deutschen Gesellschaft stoßen, obwohl die Sprachkurse in hohem Maße besucht wurden.

Die sechsmonatigen Sprachkurse vermitteln vielen Zuwanderern keine ausreichende Sprachkompetenz. Dies ist ein wesentlicher Grund für die häufig auftretenden Sprachprobleme. Die Ineffizienz der Sprachkurse wird auch durch das Gutachten der Universität Osnabrück über das bisherige Sprachsystem von erwachsenen Migranten bestätigt (vgl. Maas/ Mehlem 2002, S. 59 ff.).

Die hohen Erwartungen an die Sprachkompetenz von Zuwanderern in der Gesellschaft im Allgemeinen und für die berufliche Eingliederung im Besonderen zeigt, dass dem Spracherwerb eine große Bedeutung für die Integration im Aufnahmeland beigemessen wird. Misst man die Zugangsberechtigung, die Dauer und Qualität der Sprachkurse an diesen Erwartungen, zeigt sich dringender Handlungsbedarf. Die Kurse müssen in ausreichender Dauer für homogene Gruppen mit gut ausgebildeten Dozenten und einem qualitativ anspruchsvollen Curriculum für alle Dimensionen (Lesen, Schreiben, Hören, Sprechen) durchgeführt werden.

5.4 Bereitschaft zur Teilnahme an Deutschsprachkursen

Das Interesse der Befragten, ihre Sprachkompetenz zu verbessern, ist als sehr hoch zu bezeichnen. Das belegen die Antworten auf die Frage, ob sie an einem zusätzlichen Deutschkurs teilnehmen würden, obwohl, wie oben angeführt, 87% bereits einen solchen besucht haben.

Mit „ja“ antworteten insgesamt 75%, wovon 30% sogar mit „ja, unbedingt“ auf die Frage reagierten, und 25% würden bei passenden Angeboten einen weiteren Sprachkurs belegen.

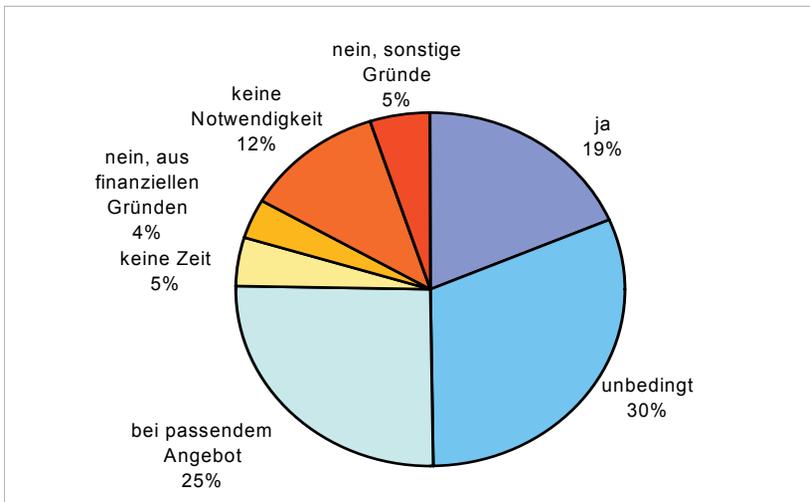


Abb. 23: Teilnahmebereitschaft an Sprachkursen

Die Abwägung, eine erneute Teilnahme abhängig von einem passenden, z.B. berufsorientierten Kurs zu machen, steht vermutlich im Zusammenhang mit den bisherigen Erfahrungen aus den Sprachkursangeboten bezüglich der Qualität und der Inhalte. An einer zusätzlichen Deutschförderung würden 14% aus finanziellen, zeitlichen oder sonstigen Gründen nicht teilnehmen. Nur 12% sehen keine Notwendigkeit, erneut an einem Deutschkurs teilzunehmen. Die Teilnahmebereitschaft ist sowohl bei den Asylberechtigten als auch bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen höher als bei denjenigen, die noch Sprach-

probleme haben. Fast die Hälfte (49,1%) wäre erneut bereit, an einem Sprachkurs teilzunehmen.

Das bedeutet, dass sogar Personen, die die deutsche Sprache gut beherrschen, ebenfalls einer erneuten Sprachkursteilnahme zustimmen. Dieses große Interesse am Erwerb bzw. an der Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse lässt eine hohe Motivation zur sprachlichen Integration erkennen und widerspricht dem gängigen Vorwurf, Migranten würden aus Eigenantrieb zu wenig für den Spracherwerb tun.

Nach den Motiven zur Teilnahme an einem Sprachkurs wurde nicht explizit gefragt. Es lässt aber vermuten, dass die Ergebnisse anderer empirischer Forschungen auch hier ihre Bestätigung finden. So hat eine Befragung ergeben, dass der wichtigste Grund für die Teilnahme am Deutschkurs für eine Mehrheit der Kursteilnehmer die Hilfe für den Alltag ist: 45% besuchen den Kurs, um im Alltag in Deutschland besser zurechtzukommen. Etwa jeder dritte Teilnehmer nennt berufsbezogene Motive. Dabei geht es meist darum, einen Arbeitsplatz zu finden (22%) und 11% wollen am Arbeitsplatz besser zurecht kommen. Etwa jeder Sechste nimmt teil, um die Kontakte zu Deutschen zu verbessern (18%). Andere Gründe werden selten genannt (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1999, S. 154).

5.5 Weitere Fremdsprachenkenntnisse

Zusätzlich zu ihren beruflichen Qualifikationen verfügen die höher qualifizierten Flüchtlinge über eine unschätzbar vielfältige Sprachkompetenz. Viele von ihnen beherrschen über die Mutter- und deutsche Sprache hinaus internationale Sprachen wie Englisch, Französisch und Russisch aber auch unzählige regionale Sprachen aus allen Erdteilen. Mehrsprachigkeit ist eine Ressource, die angesichts der Globalisierungsprozesse und wachsender Mobilität mehr und mehr an Bedeutung gewinnt.

43% verfügen über Englisch-, 2% über Französisch- und 20% über sonstige Fremdsprachenkenntnisse. Im Fragebogen wurde weder nach dem Grad noch Zeitpunkt des Erwerbs dieser Kenntnisse gefragt, allerdings ist davon auszugehen, dass ähnlich wie in Deutschland auch in den Herkunftsländern der Befragten der Erwerb einer

Fremdsprache eine Voraussetzung zum Erlangen eines höheren Bildungsabschlusses ist. Diese mitgebrachten Lernerfahrungen werden zusammen mit der allgemeinen Bildungsgewohnheit der Höherqualifizierten sicherlich dazu beigetragen haben, dass die Voraussetzungen zum Erwerb der deutschen Sprache gerade für diesen Personenkreis besonders günstig sind.

Wird nach dem Status der Flüchtlinge differenziert, zeigt sich, dass die Gruppe der Asylberechtigten insgesamt mehr Fremdsprachenerfahrungen hat.

Im Hinblick auf die Kategorie „Sonstige Fremdsprachen“, zu denen vor allem die jeweilige Staatssprache des Herkunfts- oder eines Nachbarlandes zählt, liegen die Werte mit etwa einem Fünftel der Befragten bei beiden Gruppen zwar annähernd gleich hoch, jedoch sprechen ungefähr doppelt so viele Asylberechtigte Englisch (60,3% vs. 31,3%) bzw. Französisch (2,9% vs. 1,4%) wie jüdische Kontingentflüchtlinge.

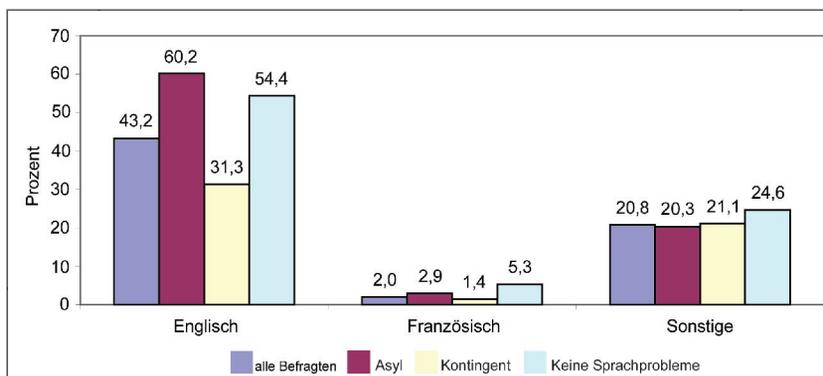


Abb. 24: Weitere Fremdsprachenkenntnisse (Mehrfachantworten)

Dies hängt vorwiegend damit zusammen, dass in den Bildungseinrichtungen der meisten Herkunftsländer der Asylberechtigten die erste bzw. zweite Fremdsprache entweder Englisch oder Französisch ist. In der Regel war den jüdischen Kontingentflüchtlingen diese Lernmöglichkeit zumindest bis zum Ende der UdSSR nicht gegeben.

Schon an den Hauptherkunftsländern (Ukraine, Russland, Irak, Iran, Afghanistan) wird deutlich, dass für viele Befragte die Alphabetisierung in ihrer Erstsprache nicht mit lateinischen Schriftzeichen erfolgte. Für die Mehrheit der Zielgruppe ist daher der Erwerb der deutschen Sprache nicht nur mit dem Erlernen grammatischer, syntaktischer und phonetischer Kenntnisse sowie der Aneignung eines möglichst großen Wortschatzes verbunden, sondern bedeutet auch das Vertrautwerden mit einem anderen Schriftsystem.

5.6 Sprache als der Integrationsfaktor?

Entsprechend der eingangs formulierten These zur Bedeutung des Spracherwerbs für den Integrationsprozess ist daher im weiteren Verlauf der Auswertung zu prüfen, ob und inwieweit bei einer Sprachkompetenz von einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gesprochen werden kann. Für eine dahingehende Analyse der Daten bieten sich als unmittelbare Vergleichsgruppen die Personen an, die nach eigener Einschätzung keine Sprachprobleme mehr haben bzw. diejenigen, die noch Sprachprobleme haben.

Da eine sichere Beherrschung der Sprache in der Regel als eine Schlüsselkompetenz in den meisten Berufsfeldern für Höherqualifizierte gilt, ist im Folgenden zu untersuchen, in welchem Maße sich die Sprachkompetenz auf die berufliche Integration auswirkt.

Ein Vergleich der Erwerbstätigkeitsquote der beide Gruppen bestätigt die Bedeutung der Sprachbeherrschung für die berufliche Integration. So zeigen die ermittelten Daten, dass im Falle vorhandener Sprachkompetenz die Erwerbstätigkeit (Vollzeit) fast dreimal so hoch ist (40,4% vs. 13,4%) wie bei fehlender Sprachkompetenz. Auch bei Teilzeit- und 325 Euro-Jobs liegt die Beschäftigungsrate bei guter Sprachbeherrschung höher.

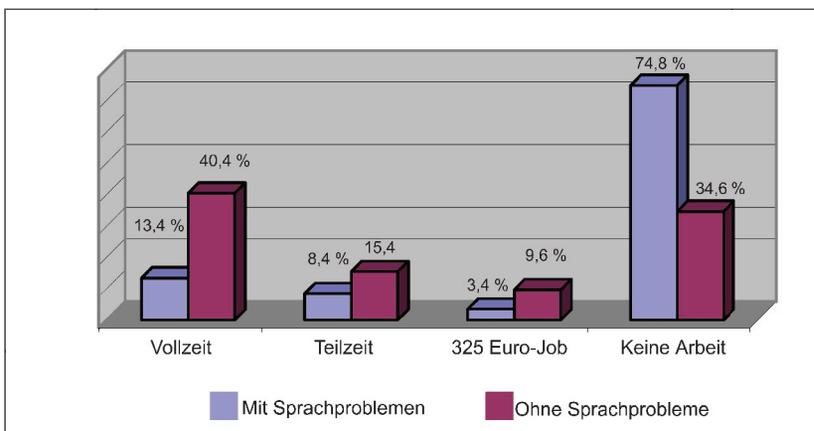


Abb. 25: Verhältnis Sprachkompetenz zu Erwerbstätigkeit

Dementsprechend verringert sich die Arbeitslosigkeit bei guter deutscher Sprachbeherrschung enorm, liegt aber noch immerhin mit 34,6% relativ hoch. Diese Daten führen zu der Annahme, dass die berufliche Integration durch eine gute Beherrschung der deutschen Sprache entscheidend verbessert wird, aber keineswegs automatisch eine gelungene berufliche Integration garantiert.

Die höhere Erwerbstätigkeit derjenigen, die keine Sprachprobleme mehr haben, gegenüber der Gruppe mit Sprachdefiziten drückt sich auch in unterschiedlichen Einkommensverhältnissen der beiden Gruppen aus:

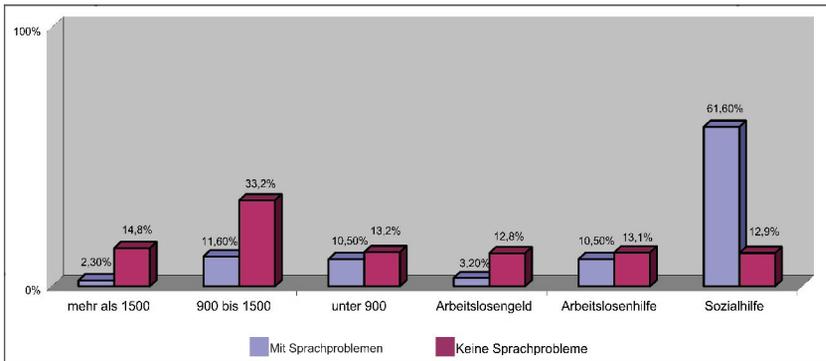


Abb. 26: Verhältnis Sprachkompetenz zum Einkommen

Während knapp 15% der Gruppe der Befragten mit hoher Sprachkompetenz einen monatlichen Nettoverdienst von mehr als 1500 Euro und jeder Dritte einen Nettoverdienst zwischen 900 und 1500 Euro aufweisen, verdienen nur 2,3% bzw. 11,6% derjenigen, die noch Sprachprobleme haben, vergleichbar viel Geld.

Weiterhin zeigen die gewonnenen Daten, dass drei von vier Personen (75,6%), die Sprachprobleme haben, auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Allein von Sozialhilfe ist fast jeder Dritte abhängig. Bei der Gruppe, die ausreichende deutsche Sprachkompetenzen erworben haben, reduziert sich die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts. So sind insgesamt 38,8% auf staatliche Leistungen angewiesen und „nur“ 12,9% auf Sozialhilfe.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die deutsche Sprachkompetenz zu Vollbeschäftigung und somit zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts aus eigener Kraft verhelfen kann, während Sprachdefizite zur Abhängigkeit von staatlichen Leistungen, zu Randständigkeit und zur Reduzierung der Lebensqualität auf ein Minimum führen kann.

Die Ergebnisse des Sprachstands sollen aber nicht nur in den Zusammenhang mit der beruflichen Situation der höherqualifizierten

Flüchtlinge gestellt werden. Für die Fragestellung des Projekts ist ebenso von Bedeutung, inwieweit sich die deutschen Sprachkompetenzen auf die soziale Integration der Zielgruppe auswirken.

Eine Dimension der sozialen Integration umfasst interkulturelle Kontakte zu einheimischen Deutschen, die über Grußkontakte hinausgehen. Auch hier sind Unterschiede zwischen der Gruppe der Befragten, die Sprachkompetenz erworben hat und der Gruppe derjenigen, die Sprachbarrieren aufweist, feststellbar. Hier gilt: je höher die Sprachkompetenz ist, desto größer ist der Grad der interethnischen Kontakte⁸.

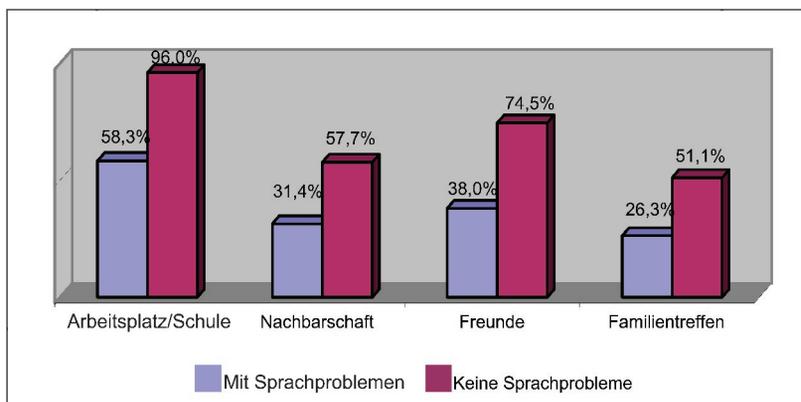


Abb. 27: Verhältnis Sprachkompetenz zu sozialen Kontakten (Mehrfachantworten)

Deutliche Unterschiede zeigen sich im Bereich Arbeitsplatz/Schule: während 96% derjenigen, die keine Sprachprobleme mehr haben, Kontakte zu Deutschen pflegen, liegt dieser Anteil bei knapp 60% derjenigen, die noch Sprachprobleme haben. Zusätzlich spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, dass diejenigen mit Sprachproblemen größtenteils nicht erwerbstätig sind.

8 Hier handelt es sich um die addierte Summen derjenigen, die angaben, täglich, mehrmals wöchentlich oder einmal wöchentlich Kontakte zu haben.

Aber auch in der Nachbarschaft, im Freundeskreis und bei Familientreffen pflegen fast doppelt so viele der Befragten ohne sprachliche Probleme Kontakte zu Deutschen.

Es zeigt sich nicht nur, dass der eher erzwungene Kontakt im Bereich Arbeitsplatz/ Schule stärker ausgeprägt ist, sondern auch, dass der weitgehend freiwillige Kontakt in der Nachbarschaft, im Freundeskreis und bei Familientreffen stärker gesucht wird. Erwartungsgemäß sind Personen, bei denen keine Sprachprobleme mehr bestehen und die dadurch an entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen besser teilhaben (Arbeit, Soziales), mit dem Verlauf ihres Integrationsprozesses in Deutschland zufriedener.

So geben knapp drei Viertel der Befragten, die keine Sprachprobleme mehr haben, an, mit ihrer Integration (sehr) zufrieden zu sein. Weniger nachvollziehbar ist die Tatsache, dass über 60% derjenigen, die noch sprachliche Probleme haben und somit über einen geringeren Grad an gesellschaftlicher Partizipation verfügen, trotzdem mit ihrem gesamten Integrationsverlauf in Deutschland (sehr) zufrieden sind.

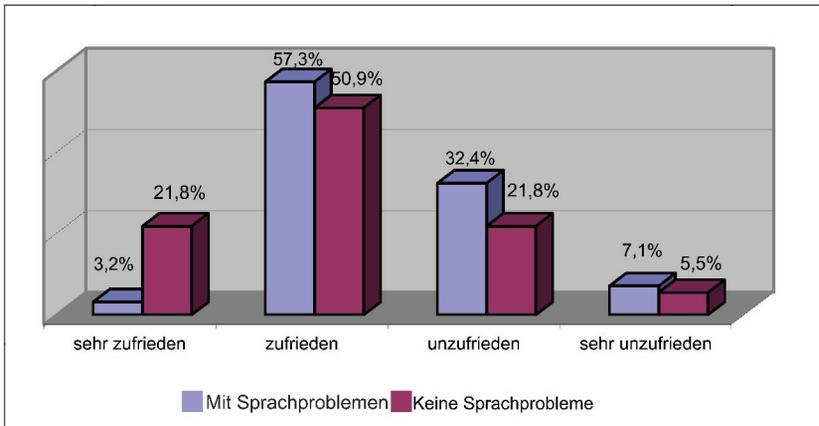


Abb. 28: Verhältnis Sprachkompetenz zu Integrationszufriedenheit

Auch die Entstehung des Gefühls, in Deutschland zu Hause zu sein, wird vom Grad der Beherrschung der deutschen Sprache beeinflusst. So fühlen sich über 70% der Befragten, die keine Sprachprobleme mehr haben, in Deutschland „zu Hause“ und davon ein Drittel voll und

ganz. Diesen höchsten Stand der Identifikation erreichte nur jeder Zehnte von der Gruppe der Befragten, die noch sprachliche Barrieren haben.

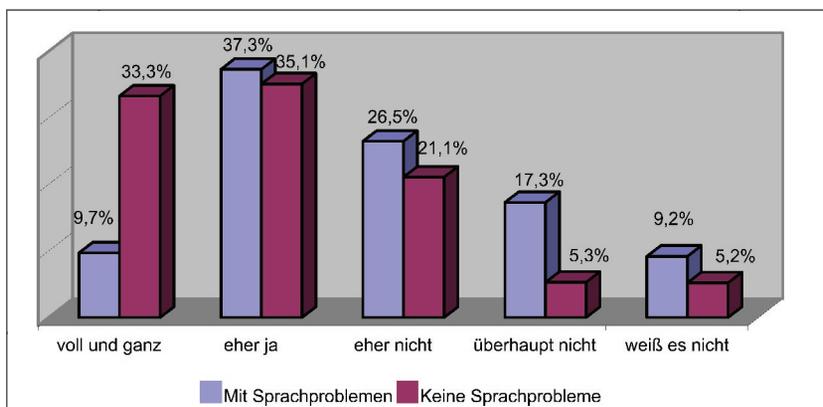


Abb. 29: Verhältnis Sprachkompetenz zu Entstehung „heimisches Gefühl in Deutschland“

Weiterhin zeigen die Daten, dass trotz des Vorhandenseins von sprachlichen Barrieren etwa knapp die Hälfte (47%) das Gefühl des Zuhauseesens in Deutschland entwickelt. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als allgemein angenommen worden ist, dass eine „identikative Assimilation“ eine Endphase des Integrationsprozesses darstelle. Diese Daten können dahingehend interpretiert werden, dass auch ohne Beherrschung der deutschen Sprache Zuwanderer sich in Deutschland wie „zu Hause“ fühlen, was anscheinend die zentrale Bedeutung der Sprachbeherrschung in gewissem Maße einschränkt. Hier ist anzunehmen, dass die „ethnischen communities“ und ihre sozialen Netzwerke einen entscheidenden Einfluss haben.

Fazit

Obwohl die Mehrzahl der Befragten Sprachkurse absolvierten, treten bei drei Viertel der höher qualifizierten Flüchtlinge noch Sprachschwierigkeiten in verschiedenen Handlungsfeldern auf.

Insbesondere in der sprachlichen Verständigung mit Behörden und Ämtern, bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche bestehen noch für viele der Befragten erhebliche Probleme. Weniger Verständigungsschwierigkeiten bestehen in der Kommunikation mit Nachbarn, im Freizeitbereich und in Bezug auf den eigenen Freundeskreis (Privatbereich). Hier wird offensichtlich die Möglichkeit genutzt, sich die Gesprächspartner und -situationen selbst auszusuchen.

Die Analyse des Sprachstandes der Befragten zeigt, dass darüber hinaus Unterschiede nach Sprachdimensionen bestehen. Während die Hälfte der Befragten große Sicherheit bei der passiven Anwendung der Sprache (Lesen, Hörverstehen) erlangte, bestehen größere Schwierigkeiten hinsichtlich des mündlichen wie auch schriftlichen Formulierens. Dieses Ergebnis zeigt die Notwendigkeit der Konzeptionierung von speziellen Sprachkursen, die sowohl das Sprechen als auch das Schreiben und damit das Formulieren im Deutschen einüben.

Eine wichtige Rolle für das Niveau der Sprachkenntnisse spielt die Aufenthaltsdauer. Je länger die Befragten in Deutschland leben, umso besser sind ihre Deutschkenntnisse. Eine separate Betrachtung der deutschen Sprachkenntnisse nach Statusgruppen zeigt, dass die Asylberechtigten besser Deutsch können als die jüdischen Kontingentflüchtlinge, was auf die längere Aufenthaltsdauer der Asylberechtigten zurückzuführen ist.

Weiterhin sind geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar. Die Sprachkompetenz bei Männern ist ausgeprägter als bei Frauen. Dies hat seine Ursache vermutlich darin, dass Männer häufiger erwerbstätig sind als Frauen – wodurch sie häufiger deutsch sprechen und rezipieren.

Die subjektive Sprachkompetenz hängt wesentlich davon ab, wo bzw. wie die Sprachkenntnisse erworben worden sind. In der Gruppe mit guter Sprachkompetenz sind Personen, die ihre Sprachkenntnisse in Deutschland in der Ausbildung oder in der Schule erworben haben,

überproportional vertreten. Insgesamt belegen die Befunde, dass die alleinige Teilnahme an den angebotenen Sprachkursen keine ausreichende Sprachkompetenz vermittelt.

Sprache gilt in den meisten Berufsfeldern für höher qualifizierte Flüchtlinge als Schlüsselkompetenz. Gemessen daran, welche Chancen auf qualifizierte Beschäftigung sie eröffnet, besteht hier dringender Handlungsbedarf, die Qualität der Kurse durch längere Dauer mit gut ausgebildeten Lehrkräften und einem anspruchsvollen Lehrplan nachhaltig zu verbessern.

Hierfür besteht bei den Befragten eine hohe Motivation und Bereitschaft, ihre Sprachkompetenz zu verbessern. Drei Viertel der Befragten erklären ihre Bereitschaft, an einem zusätzlichen Deutschkurs teilzunehmen. Die Teilnahmebereitschaft ist höher als die Zahl derjenigen, die nach eigenen Angaben noch Sprachprobleme haben. Diese Befunde widersprechen dem gängigen Vorwurf, Migranten würden aus Eigenantrieb zu wenig für den Spracherwerb tun.

Die Frage, ob und inwieweit Sprachkompetenz eine gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation garantiere, bleibt auch nach Analyse der Befragung ambivalent. Zwar verbessert sich die Erwerbstätigkeit bei vorhandener Sprachkompetenz entscheidend, bietet aber, auch bei den höheren Qualifikationen der Befragten, keineswegs per se eine Garantie für eine gelingende berufliche Integration.

Weniger ausgeprägt ist die Funktion der Sprache für die soziale Integration, die hier ihren Ausdruck findet im Grad der Kontakte mit Deutschen, dem Grad der Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration und dem Grad der Entwicklung des Gefühls, „in Deutschland zu Hause zu sein“.

Personen mit hoher deutscher Sprachkompetenz pflegen öfter Kontakte zu einheimischen Deutschen. Hier gilt: je höher die Sprachkompetenz ist, desto größer ist der Grad der interethnischen Kontakte. Das heißt keineswegs, dass fehlende Sprachkompetenz automatisch zur Segregation führt, denn über ein Drittel der Befragten, die Sprachbarrieren haben, pflegen trotzdem Kontakte zu Deutschen. Dies gilt nicht nur beim eher erzwungenen Kontakt am Arbeitsplatz oder in der Schule, sondern auch in den weitgehend freiwilligen Bereichen wie Nachbarschaft und Freundeskreis.

Erwartungsgemäß sind Personen mit großer Sprachkompetenz mit dem Verlauf ihrer Integration zufriedener und fühlen sich öfter in Deutschland „zu Hause“. Dies betrifft auch überraschenderweise fast die Hälfte der Befragten, die noch keine Sprachkompetenz erworben haben.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration, garantiert aber keine berufliche Eingliederung. Sie verbessert die soziale Integration entscheidend, ihr Fehlen führt aber nicht automatisch zu Segregation, wenn Integration nicht ausschließlich als Anpassung an ein Umfeld von deutschen Muttersprachlern verstanden wird.

6 Eingliederungsmaßnahmen

Die Neuzugewanderten kommen aus den unterschiedlichsten Motiven nach Deutschland. Sie suchen nicht nur Schutz und Aufnahme, sondern hoffen auch darauf, durch Arbeitsmöglichkeiten und Berufstätigkeit einen besseren Lebensstandard zu erlangen.

Integrationsangebote, die längst nicht für alle Zuwanderergruppen zugänglich sind, sondern lediglich Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlingen offenstehen, sollten auf die hohe Motivation dieser Zuwanderer ausgerichtet sein.

Im Rahmen dieser Studie haben wir den Informationsstand der Befragten über die ihnen offenstehenden Eingliederungsmaßnahmen sowie ihre Beteiligung an den Maßnahmen und den Grad der Inanspruchnahme von Diensten der Arbeitsämter untersucht.

6.1 Informationsquellen

Für die berufliche Integration ist eine konsistente und kontinuierliche Beratung unerlässlich. Wünschenswert ist eine durchgehend kompetente Begleitung der Zuwanderer bei allen notwendigen Schritten. Von der Planung, unter Berücksichtigung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen (d.h. oft genug Reglementierungen und Einschränkungen), über die bewusste Entscheidungsfindung zwischen Alternativen, sollte sie informiert und bei allen auftretenden Fragen beraten werden. Der gesamte Zeitraum vom Zuzug nach Deutschland bis zum Eintritt ins Erwerbsleben sollte begleitet werden, um Zeitlöcher zu vermeiden und die Maßnahmen inhaltlich aufeinander abzustimmen. Daher darf sich die Beratung nicht nur mit einzelnen Schritten begnügen, sondern muss in sich konsistent sein und einzelfallbezogene Koordinierungsaufgaben übernehmen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Teilnahme an einer Maßnahme zur Integration ist für beide Zielgruppen, dass sie über geeignete Informationen über die ihnen offenstehenden Angebote zur Eingliederung verfügen. 19% der Befragten erhielten keinerlei Informationen über die Eingliederungsmaßnahmen, während immerhin 81% auf das Angebot hingewiesen wurden.

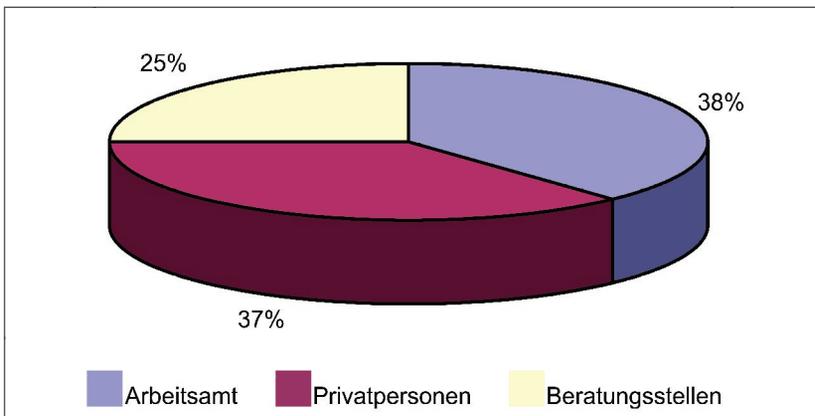


Abb. 30: Quelle der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen

Für die Gruppe, die Informationen erhielten, ist festzustellen, dass sie vom Arbeitsamt (38%) und von Privatpersonen, meistens von Freunden, Verwandten oder Bekannten (37%), annähernd gleichhäufig über ihre Ansprüche auf Maßnahmen zur Integration informiert worden sind. Von den verschiedenen Beratungsstellen und Sozialdiensten der Wohlfahrtsverbände wurden lediglich 25% aller Befragten informiert.

Eine separate Betrachtung der beiden Zielgruppen verdeutlicht, dass die Gruppe der Asylberechtigten am häufigsten (43%) von den Beratungsstellen informiert wurden, während die jüdischen Einwanderer dort am seltensten (15%) Auskünfte über den Maßnahmenkatalog erhielten. Stattdessen bezogen die Kontingentflüchtlinge ihre Informationen am häufigsten (zu 44%) aus privaten Quellen und am zweithäufigsten vom Arbeitsamt (41%). Asylberechtigte wurden dagegen nur zu 32% von den Arbeitsämtern über ihre Ansprüche unterrichtet.

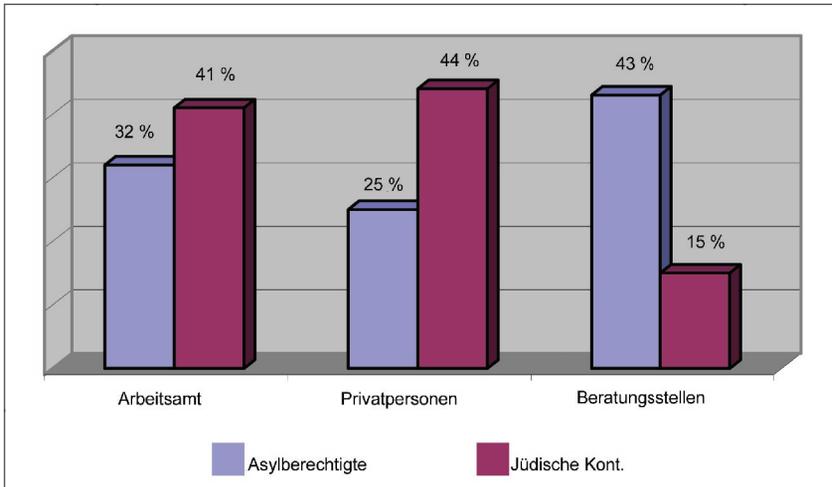


Abb. 31: Quelle der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen (nach Statusgruppen)

Demnach unterscheiden sich die Informationsquellen und der Grad an Informationen je nach Zielgruppe enorm.

6.2 Informationsstand und Teilnahme an Integrationsmaßnahmen

Diejenigen, die Informationen über ihre Ansprüche erhielten, wurden in der überwiegenden Mehrheit (76%) lediglich auf die Möglichkeit zur Teilnahme an einem deutschen Sprachkurs hingewiesen. Im Gegensatz dazu wurden nur 25% auf die Möglichkeit einer Umschulungsmaßnahme aufmerksam gemacht, 21% auf eine Weiterbildungsmöglichkeit, 15% auf ein Studium, 12% auf das Anerkennungsverfahren der mitgebrachten Qualifikationen und weitere 11% auf die Möglichkeit des Besuchs eines Studienkollegs.

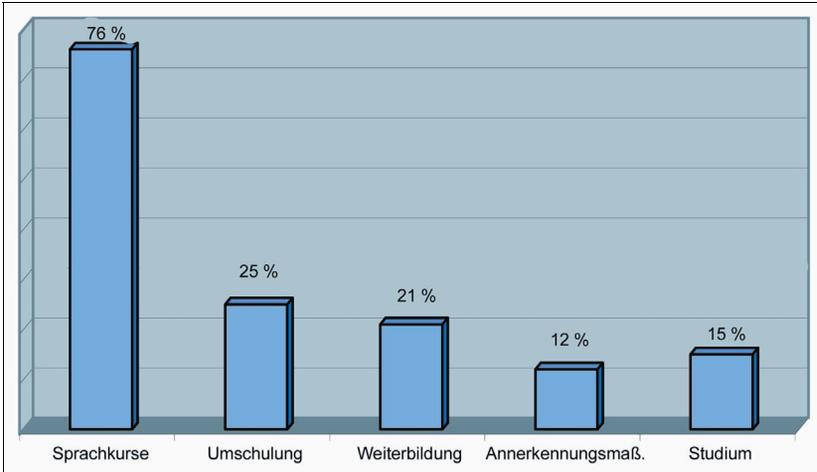


Abb. 32: Stand der Informationen über Eingliederungsmaßnahmen (Mehrfachantworten)

Die einseitige, überwiegend auf den Sprachkurs beschränkte Informationsweitergabe ist des Weiteren ausschlaggebend für die tatsächliche Teilnahme der Flüchtlinge an den für sie offenstehenden Angeboten. (Abb. 33) 81% der Befragten nahmen an einem Deutschkurs teil, während nur 41% an einem zusätzlichen Qualifizierungsangebot partizipierten. Am häufigsten wurden hiervon Weiterbildungsmassnahmen (12%) der Befragten besucht, gefolgt von jeweils 9%, die entweder Umschulungen besuchten oder ein Studium aufnahmen. An Massnahmen zur Anerkennung der mitgebrachten Qualifikationen nahmen weitere 6% teil.

Eine Ursache für die geringe Teilnahme an den Angeboten ist auch in der durchschnittlich sehr kurzen Aufenthaltsdauer der Untersuchungsgruppe begründet. Nur 25,6%, d.h. ein Viertel aller Befragten, hält sich erst bis zu einem Jahr in Deutschland auf. Daraus erklärt sich, weshalb die an den Sprachkurs anschließenden Massnahmen zum großen Teil noch nicht besucht wurden.

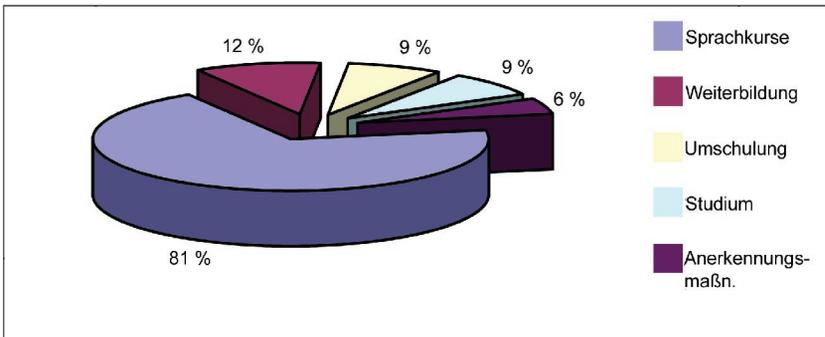


Abb. 33: Teilnahme an Eingliederungsmaßnahmen (Mehrfachantworten)

6.3 Zufriedenheit über Integrationsmaßnahmen

Die Antworten auf die Frage nach dem Zufriedenheitsgrad über das Integrationsangebot fallen überaus positiv aus. Mit 61% sind die Befragten, die selber an einer Maßnahme teilnahmen, mehrheitlich mit dem Angebot „zufrieden“ und weitere 9% äußerten sich darüber hinaus „sehr zufrieden“ über die Maßnahmen, wenngleich die meisten – wie oben dargestellt – bislang nur an einem Sprachkurs teilnahmen. Rund ein Drittel war dagegen mit den Eingliederungsmaßnahmen, an denen sie teilnahmen, unzufrieden, wovon eine kleine Gruppe von 5% das Angebot sogar als sehr unbefriedigend beurteilte.

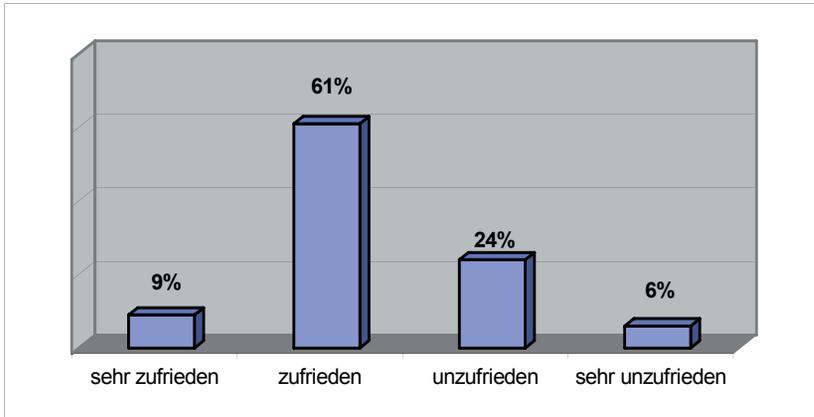


Abb. 34: Zufriedenheit mit der Integrationsmaßnahme

6.4 Motivation zur beruflichen Weiterbildung

Insgesamt 70% der Befragten würden, wenn sie könnten, generell an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen, 6% sind unentschlossen und 24% verneinen eine weitere berufliche Weiterbildung, wobei dies überwiegend auf Personen im Rentenalter zutrifft.

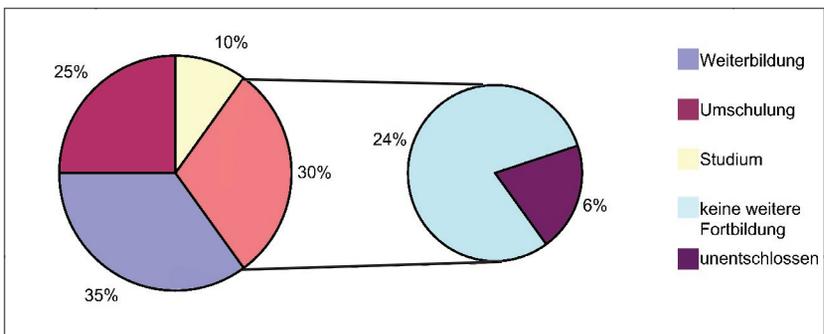


Abb. 35: Motivation zur beruflichen Weiterbildung

Am häufigsten wird von 35% der befragten Personen als Motiv benannt, sich im erlernten Beruf weiterzubilden. 25% würden an einer Umschulungsmaßnahme teilnehmen und 10% streben ein Studium zur Weiterbildung an.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass rund drei Viertel der bereits höher qualifizierten Personen auch weiterhin eine hohe Motivation zeigen, sich weiterzubilden; eine signifikante Unterscheidung der Gruppe der Asylberechtigten und Jüdischen Kontingentflüchtlinge lässt sich dabei nicht konstatieren. Gleichzeitig unterstreicht das Ergebnis die Annahme, dass die Inanspruchnahme der Eingliederungsmaßnahmen mit Zunahme der Aufenthaltszeiten ansteigen würde.

Eine genauere Betrachtung des Alters des Personenkreises, von dem 70% grundsätzliches Interesse an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme bekunden, zeigt eine Reihe weiterer interessanter Ergebnisse auf. 65% befinden sich im mittleren Lebensalter zwischen 31 und 50 Jahren und stellen damit die Mehrheit dar. 22% sind jünger als 30 Jahre und weisen ebenfalls wie 13% der über 51-jährigen die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung auf. Ein unterschiedliches Interesse je nach Geschlecht ist nicht feststellbar, da sowohl Männer als auch Frauen im gleichen Umfang die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung signalisiert haben. Auffällig ist dagegen, dass 64% der Befragten, die sich für eine Weiterqualifizierung aussprachen, arbeitslos sind. Vermutlich versprechen sie sich dadurch einen leichteren Einstieg in das Berufsleben. Weitere 32% sind trotz Erwerbstätigkeit ebenfalls an Weiterbildungen interessiert, wofür möglicherweise der hohe Anteil an Akademikern ausschlaggebend ist. Der Personenkreis, der bestrebt ist, sich weiter zu qualifizieren, weist zu 67% einen Hochschulabschluss auf oder hat seine Schullaufbahn (33%) beendet. Demnach kann festgestellt werden, dass diese Personen sich von zwei Motiven zu einer beruflichen Weiterqualifizierung leiten lassen: Die Befragten wollen einerseits die bisherigen Ressourcen ausbauen, z.B. durch eine Spezialisierung in ihrem Fachgebiet, und damit ihre Lernbiographien vervollständigen; andererseits wird durch Arbeitslosigkeit im jungen und mittleren Alter die Bereitschaft zur Fortbildung verstärkt. Insofern sollten zukünftige Qualifizierungsmaßnahmen die hohe Lernmotivation, die mitgebrachten Ressourcen sowie die beruflichen Perspektiven der Zugewanderten berücksichtigen und

entsprechend fördern, anstatt ausschließlich die deutsche Sprachkompetenz verbessern zu wollen.

6.5 Inanspruchnahme von Diensten der Arbeitsämter

Viele Zuwanderer sind bei ihrer Integration – insbesondere in der Anfangszeit nach der Zuwanderung – auf die Beratung und Begleitung durch Institutionen und Personen im Aufnahmeland angewiesen. Für die berufliche Integration bieten sich die Arbeitsämter als geeignete Stellen an, zumal dies zu ihrem originären Aufgabenbereich gehört; sie können die Kontakte zu der Zielgruppe halten und sollten die fachliche Kompetenz haben.

Die Dienstleistungen der Arbeitsämter werden von insgesamt 68% der Befragten in Anspruch genommen, während 32% keinerlei Kontakte zu Arbeitsämtern halten. Es zeigt sich jedoch, dass von denjenigen, die die Hilfe der Arbeitsämter nutzen, mehr als die Hälfte (51,3%) lediglich auf Grund der Arbeitssuche bzw. Arbeitsvermittlung in Kontakt zum Arbeitsamt steht. Die speziellen Beratungsangebote werden hingegen nur von einer geringen Anzahl von Flüchtlingen in Anspruch genommen.

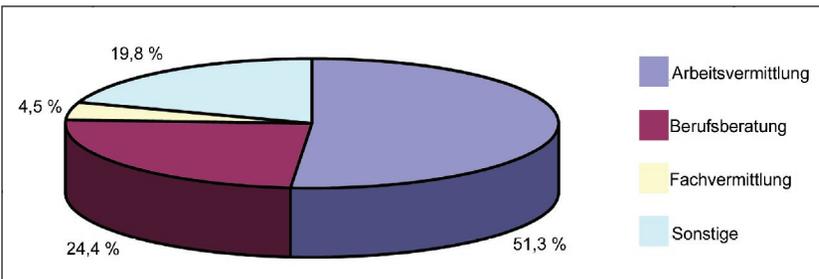


Abb. 36: Inanspruchnahme von Diensten der Arbeitsämter

Während immerhin 24,4% die Berufsberatung nutzen, wurde die Fachvermittlung mit 4,5% am seltensten wahrgenommen. Beide Dienstleistungen bilden jedoch die Grundlage für die Vermittlung in eine qualifizierte Tätigkeit, werden aber vermutlich auf Grund der mangelnden Kenntnisse über das Beratungsangebot nicht von den Migranten genutzt. Dies ist möglicherweise auch der Grund dafür,

dass 32% der Gesamtgruppe keinen Kontakt zum Arbeitsamt hält, obwohl die Arbeitslosenquote der Untersuchungsgruppe bei 65,9% liegt.

Eine genauere Betrachtung lässt allerdings erkennen, dass der Kontakt zum Arbeitsamt in Abhängigkeit zur Qualifizierungsbereitschaft steht. Die Personen, die sich im erlernten Beruf oder im Rahmen einer Umschulung weiterbilden möchten, haben insgesamt fast doppelt so häufig Kontakt zum Arbeitsamt wie z.B. jene, die ein Studium aufnehmen möchten oder für die keine Weiterbildung mehr in Betracht kommt.

Fazit

Viele der Befragten sind über die ihnen offenstehenden Angebote zur Eingliederung in die deutsche Gesellschaft nicht ausreichend informiert. Die Informationsweitergabe beschränkt sich überwiegend auf die Sprachkurse. Dies ist ausschlaggebend für die hohe Teilnahme der Flüchtlinge an Sprachkursen im Gegensatz zu den sonstigen Integrationsangeboten.

Die Ergebnisse zeigen, dass trotz der hohen Motivation der bereits höher qualifizierten Flüchtlinge an beruflicher Weiterbildung nur in den seltensten Fällen auch die Maßnahmen in Anspruch genommen werden, die ihrem Qualifikationsprofil und -potential entsprechen.

Die Mehrheit aus dem Personenkreis, der bestrebt ist, sich weiter zu qualifizieren, verfügt schon über einen Hochschulabschluss. Ihre Interessen lassen sich von zwei Motiven leiten: Die Befragten wollen einerseits die bisherigen Ressourcen ausbauen, z.B. durch eine Spezialisierung in ihrem Fachgebiet, und damit ihre Lernbiographien vervollständigen; andererseits wird durch Arbeitslosigkeit im jungen und mittleren Alter die Bereitschaft zur Fortbildung verstärkt.

Nur selten findet im Anschluss an einen Sprachkurs eine befriedigende weiterführende Beratung statt, die eine langfristige Planung ermöglicht. Somit kann nicht die Rede davon sein, dass die bestehenden Beratungsangebote den Anforderungen der beruflichen Integration hinreichend genügen. Die staatliche und institutionelle Unterstützung des aufnehmenden Landes ist häufig nicht vorhanden oder nur mangelhaft.

7 Indikatoren der wirtschaftlichen Integration

Alle statistischen Daten zur Erwerbstätigkeit in Deutschland zeigen, dass Migranten von Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind als deutsche Arbeitskräfte – unabhängig von der Konjunkturlage. Migranten fungieren immer noch als Struktur- und Konjunkturpuffer am Arbeitsmarkt. Bei Konjunktur- und Beschäftigungseinbrüchen sind Migranten die am stärksten von Entlassung und Arbeitslosigkeit betroffene Gruppe und ihre Beschäftigungschancen sind bei Konjunkturaufschwüngen deutlich schlechter als die von deutschen Beschäftigten. So zeigen z.B. die Daten des Landesarbeitsamtes Niedersachsen und Bremen, dass im Juli 1999 10,4% der deutschen, aber 25,6% der ausländischen Staatsangehörigen Arbeitslosenunterstützung bezogen haben (vgl. NLS 2000, S. 9 f.).

Offt wird die höhere Arbeitslosigkeit der Migranten mit einer – für den deutschen Arbeitsmarkt – schlechteren Qualifikation erklärt. Dies trifft tatsächlich für die gesamte Gruppe der Migranten in Niedersachsen zu. Eine genauere Betrachtung der Daten zeigt, dass es in dieser Bevölkerungsgruppe einen hohen Anteil nicht ausgebildeter Arbeitskräfte sowie einen hohen Anteil von Nichtfacharbeitern gibt (vgl. NLS 1999, S. 25). Folgte man konsequent diesem Erklärungsmuster, so müsste die Arbeitslosigkeit bei der befragten Zielgruppe „höher qualifizierte Flüchtlinge“ niedriger liegen. Die aus der Befragung gewonnenen Daten widersprechen dieser Annahme jedoch eindeutig.

7.1 Arbeitserfahrung in Deutschland

Mehr als die Hälfte der Befragten (52,1%) haben nach ihren Angaben noch nie in Deutschland gearbeitet, während 47,9% Arbeitserfahrung in Deutschland gesammelt haben. Ein großer Teil (36,9%) von ihnen arbeitet in ausbildungsfremden Berufen und nur eine Minderheit von 11% arbeitet in ihrem erlernten Beruf.

Bei der Gruppe derjenigen, die in Deutschland noch nie gearbeitet haben, handelt es sich nicht zwangsläufig um Langzeitarbeitslose. Um diese Angaben nicht falsch zu interpretieren, muss man berücksichtigen,

sichtigen, dass 38,4% der Befragten erst seit einem Zeitraum von maximal drei Jahren in Deutschland leben.

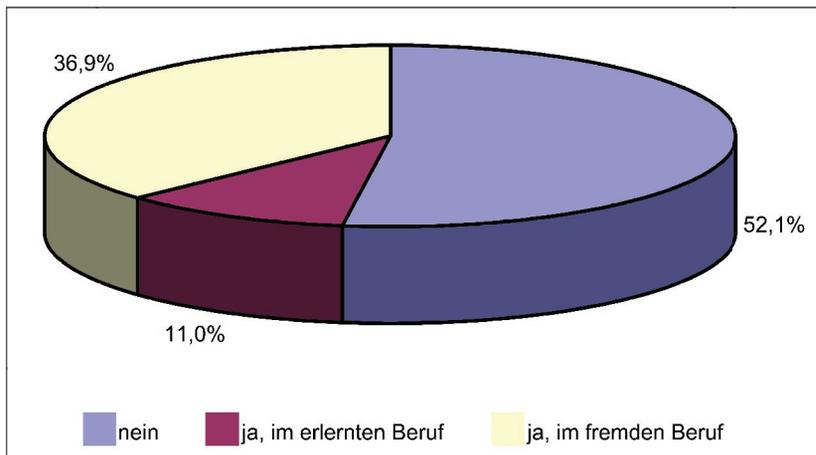


Abb. 37: Arbeitserfahrung in Deutschland

Berücksichtigt man weiterhin, dass die – insbesondere in Deutschland gesammelte – Berufserfahrung die berufliche Perspektive beeinflusst, ist die niedrige Zahl der Befragten, die in Deutschland in ihrem erlernten Beruf arbeiten können oder gearbeitet haben, besonders gravierend. Bei der Planung von Förderprogrammen und beruflichen Eingliederungsmaßnahmen für höher qualifizierte Flüchtlinge muss diese Tatsache berücksichtigt werden.

7.2 Erwerbstätigkeit

19,4% der Befragten sind erwerbstätig und haben eine Vollzeitstelle; 10,1% sind als Teilzeitarbeitskraft und 4,6% sind geringfügig (auf 325 Euro-Basis) beschäftigt. 65,9% der Befragten haben keine Beschäftigung, davon gibt jeder fünfte an, auch keine Arbeit zu suchen.⁹

9 Bei dieser Gruppe handelt es sich überwiegend um Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie das Rentenalter erreicht haben oder kurz davor stehen oder junge Mütter sind und um Personen, die wegen Behinderung oder Erkrankung arbeitsunfähig sind.

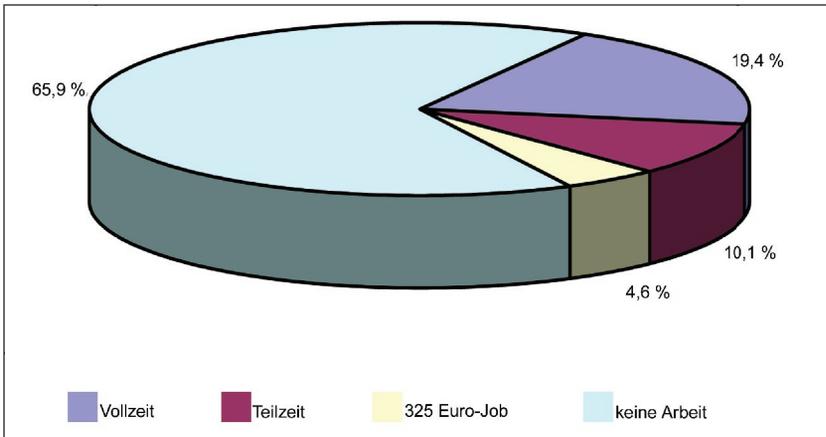


Abb. 38: Erwerbstätigkeit

Besonders auffällige Unterschiede zeigen sich bei einem Vergleich der Art der Erwerbstätigkeit zwischen den befragten Männern und Frauen. Während fast jeder dritte männliche Befragte eine Vollzeitbeschäftigung hat, verfügt nur jede zehnte befragte Frau über eine Vollzeit-Arbeitsstelle. Beinahe identisch ist der Anteil der Männer und Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben oder auf 325 Euro-Basis „geringfügig beschäftigt“ sind.

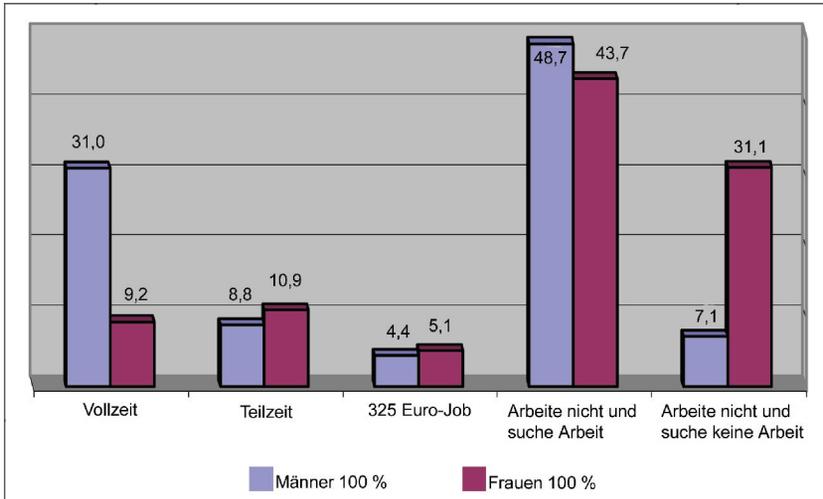


Abb. 39: Erwerbstätigkeit verteilt nach Geschlechtern

Sind es bei den befragten Männern 55,8%, die keine Arbeit haben, beträgt dieser Anteil bei den befragten Frauen 74,8%. Hier ist zu berücksichtigen, dass 31,1% der befragten Frauen ihren Angaben nach keine Arbeitsstelle suchen. Da der größte Teil der befragten Frauen verheiratet ist und Kinder hat, liegt die Vermutung nahe, dass viele dieser Frauen als Hausfrauen tätig sind und somit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Betrachtet man die Erwerbstätigkeit nach den verschiedenen Altersgruppen, so zeigen die gewonnenen Daten nur geringfügige Unterschiede in der Altersschichtung der Beschäftigten.

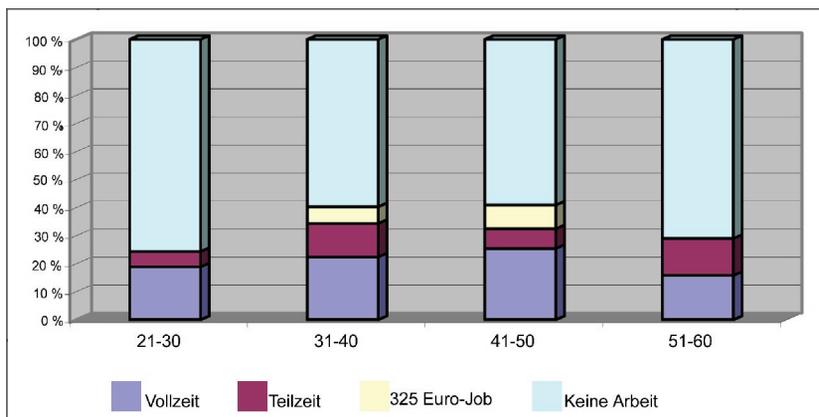


Abb. 40: Erwerbstätigkeit verteilt nach Alterskategorien

So finden sich am meisten Vollzeit-Beschäftigte in der Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen mit 25,4%, gefolgt von der Altersgruppe der 31- bis 40-Jährigen mit 22,4%. Bei den Befragten in der Altersgruppe zwischen 21 und 30 Jahren haben 18,9% eine Vollzeitbeschäftigung. Die geringste Zahl der Vollzeitbeschäftigten weist die Gruppe der 51- bis 60-Jährigen mit nur 15,8% der Befragten aus.

Auf die Frage, ob die Aufenthaltsdauer einen Einfluss auf die Beschäftigung hat, ergibt sich folgendes Bild: je länger die Aufenthaltsdauer ist, desto höher ist der Anteil der Vollzeit-Beschäftigten, je kürzer die Dauer des Aufenthalts, desto höher ist der Anteil derjenigen, die keine Arbeit haben. So geht der Anteil der Vollzeitbeschäftigten bei der Gruppe, die nur bis drei Jahre Aufenthaltsdauer vorweisen, gegen Null. Bei einer Aufenthaltsdauer zwischen 4 und 6 Jahren liegt der Anteil bei 23,8%; zwischen 7 und 9 Jahren bei 28,6%; zwischen 10 und 19 Jahren bei 34,0% und bei der Gruppe derjenigen, die eine Aufenthaltsdauer von 20 Jahren und länger vorweisen, beträgt die Vollzeitbeschäftigung 53,8%.

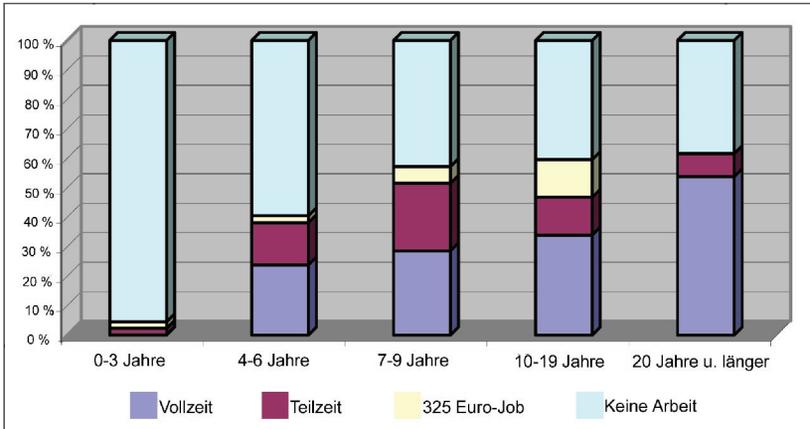


Abb. 41: Erwerbstätigkeit verteilt nach Aufenthaltsdauer

Migranten benötigen nach der Zuwanderung eine gewisse „Orientierungsphase“ in der neuen Gesellschaft, bevor vorhandene Integrationsmechanismen greifen können. In dieser Phase bemühen sich Zuwanderer und Zuwanderinnen, die Sprache des Aufnahmelandes zu lernen, ihre Bildungsabschlüsse anerkennen zu lassen oder die mitgebrachten Qualifikationen dem hiesigen Arbeitsmarkt anzupassen. Bei der Gruppe der Asylberechtigten verlängert sich diese Phase dadurch, dass der Anspruch auf Integrationsmaßnahmen (z.B. Sprachkurse) erst nach der förmlichen Anerkennung besteht, während in der Zeit des Asylverfahrens der Zugang zu Integrationsmaßnahmen verwehrt bleibt.

Der Bedarf nach einer „Orientierungsphase“ erklärt die niedrige Beschäftigungsrate derjenigen, die erst eine kurze Aufenthaltsdauer aufweisen. Dies kann aber nicht als Erklärung dafür dienen, dass bei Personen, die 20 Jahre und länger in Deutschland leben, die Beschäftigungsrate um 20% höher liegt als bei Personen, die eine Aufenthaltsdauer zwischen 10 und 19 Jahren vorweisen. Ebenso wenig erklärt dieses Phänomen, dass sie fast doppelt so hoch liegt wie bei Personen, die eine Aufenthaltsdauer zwischen 7 und 9 Jahren vorweisen.

7.3 Stellung im Beruf

Auf die Frage nach den Qualifikationsprofilen kann eine hohe Zahl der Befragten (60,8%) auf einen akademischen Abschluss verweisen. Hieraus ließe sich schließen, dass die Mehrzahl der Erwerbstätigen – gleich ob Voll- oder Teilzeitbeschäftigte – im Beamten- oder Angestellten-Verhältnis beschäftigt ist. Die tatsächliche berufliche Stellung der Befragten zeigt jedoch ein völlig anderes Ergebnis.

Demnach sind nur 1,9% als Beamte, immerhin 35,2% als Angestellte, am meisten aber (55,5%) als Arbeiter beschäftigt. 7,4% sind selbstständig.

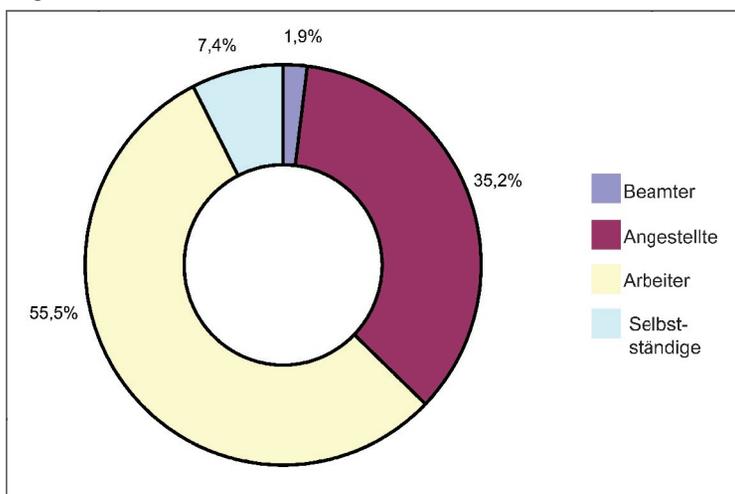


Abb. 42: Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf

Der hohe Anteil der Arbeiter lässt den Schluss zu, dass viele der Befragten nicht in ihrem erlernten Beruf tätig sind, sondern Tätigkeiten in ausbildungsfremden Berufen ausüben. Dieser Eindruck wird durch die Erfahrungen aus der Flüchtlings- und Migrationssozialarbeit in Niedersachsen bestätigt: viele der höher qualifizierten Flüchtlinge üben eine unqualifizierte Tätigkeit, häufig z.B. im Gastronomiebereich, aus.

Zwar liegt der Anteil der Selbständigen aus der Gruppe der Personen mit einem akademischen Abschluss mit 7,4% niedriger als der Anteil von Selbständigen bezogen auf alle ausländischen Erwerbstätigen

bundesweit (9,8%), doch lässt sich auch hier, wie auf Bundesebene, eine steigende Tendenz feststellen. Dennoch können die gewonnenen Daten keinen Aufschluss darüber geben, ob es sich bei der relativ hohen Zahl von Selbstständigen um die Entwicklung innovativer Wirtschaftsbereiche handelt oder um die bekannten Aspekte von „ethnic business“ bzw. „Nischen-Ökonomie“, die oft als Flucht aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit definiert werden (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, S. 135 f.).

Ein weiterer Aspekt, der die Analyse der Beschäftigungsverhältnisse der Befragten vervollständigt und Aufschluss über den Grad der Eingliederung in den Arbeitsmarkt geben kann, ist die Frage nach der Art der Arbeitsverträge bei der Gruppe der Voll- und Teilzeitbeschäftigten.

Eine nahezu gleich hohe Anzahl der Beschäftigten hat unbefristete Arbeitsverträge (38,5%) oder befristete Arbeitsverträge (38,6%) (hierbei handelt es sich häufig um ABM-Stellen oder Arbeitsstellen nach § 19 BSHG, die in der Regel auf ein Jahr befristet sind). Sonstige Arbeitsverträge, das sind Arbeitsverträge auf Honorarbasis oder Werkverträge, besitzen 20,1% der Beschäftigten. 2,8% der Beschäftigten arbeiten ohne jeglichen Arbeitsvertrag.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass nur 38,5% der Voll- und Teilzeitbeschäftigten eine langfristige Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt erreicht haben. Bei den übrigen Beschäftigten handelt es sich um eine kurzfristige und befristete Eingliederung, zu meist in den Zweiten Arbeitsmarkt.

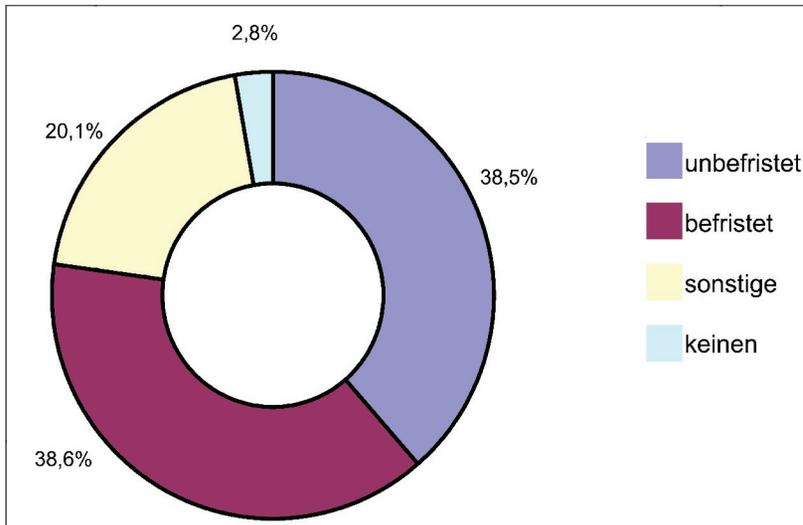


Abb. 43: Erwerbstätige nach Vertragsverhältnis

7.4 Einkommenssituation

Die Lebenssituation der Menschen wird maßgeblich vom Einkommen bestimmt. Der nachgewiesene hohe Anteil der Nicht-Beschäftigten oder Beschäftigten in gering-qualifizierten Jobs einerseits und der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten andererseits, drückt sich auch in der Höhe des monatlichen Einkommens der Befragten aus.

Durch eigene Erwerbstätigkeit haben 5,2% der Befragten mehr als 1.500 Euro an monatlichem Netto-Verdienst, 16,3% verdienen zwischen 900 und 1500 Euro und 11,2% unter 900 Euro. Bedenkt man, dass es sich bei den Befragten um höher qualifizierte Fachkräfte handelt, sollte eigentlich der Anteil derjenigen Beschäftigten, die zu der obersten Verdienstkategorie gehören, höher liegen. Dass dieser Tatbestand nicht zutrifft, kann als weiteres Indiz verstanden werden, dass nur wenige Personen eine ihrer Qualifikation adäquate berufliche Eingliederung erreicht haben.

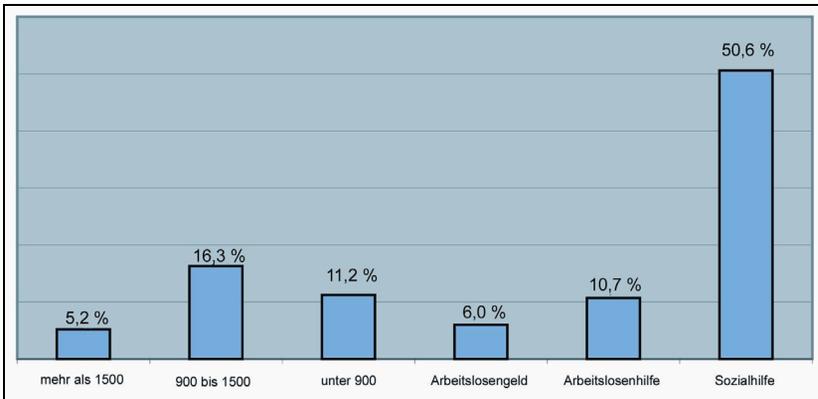


Abb. 44: Einkommensverhältnisse

Die soziale Marginalität drückt sich auch in der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen aus. 67,3% der Befragten beziehen Sozialleistungen. Allein auf Sozialhilfe ist jeder Zweite der Befragten angewiesen.

Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird definiert als Hilfe für in Not geratene Bürger, um ihnen ein Minimum an menschenwürdiger Lebensführung zu ermöglichen. Viele der Befragten sind trotz ihrer Qualifikationspotentiale aus eigenen Kräften nicht dazu in der Lage, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Weiterhin ist festzustellen, dass ihre Lebensqualität auf ein Minimum beschränkt ist. Aufgrund ihrer Einkommenssituation gehört die Mehrzahl der Befragten zu den am unteren Ende der sozialen Schichtungsskala angesiedelten Personen in Deutschland, während sie in ihren Herkunftsländern zur Mittelschicht gehörten. Somit zählen sie faktisch zu den „Verlierern“ der Migration.

7.5 Wohnverhältnisse

Zahlreiche Studien weisen nach, dass die Versorgung mit Wohnraum bei Migranten schlechter ist als bei deutschen Haushalten mit vergleichbarem sozialem Status. Migranten sind für viele eine unliebsame Mietergruppe und so haben sie große Schwierigkeiten, auf dem freien Wohnungsmarkt angemessenen Wohnraum zu finden. Insbesondere

gilt dies für Empfänger von Sozialleistungen, zu denen zwei Drittel der Befragten gehören. Sie sind in erster Linie auf die Zuweisung von Sozialwohnungen angewiesen, die in der Regel nur das Minimum an Wohnqualität, Ausstattung und Größe pro Person bieten.

Die durchschnittliche Wohnfläche der Haushalte der Befragten beträgt 24,8 qm pro Person. Zum Vergleich: Für die Gesamtbevölkerung in Niedersachsen standen 1993 aber 39,3 qm Wohnraum pro Person zu Verfügung (vgl. Niedersächsischen Landesamt für Statistik 1999, S. 31). Besonders gravierend ist dieser Unterschied bei Haushalten mit größeren Personenzahlen.

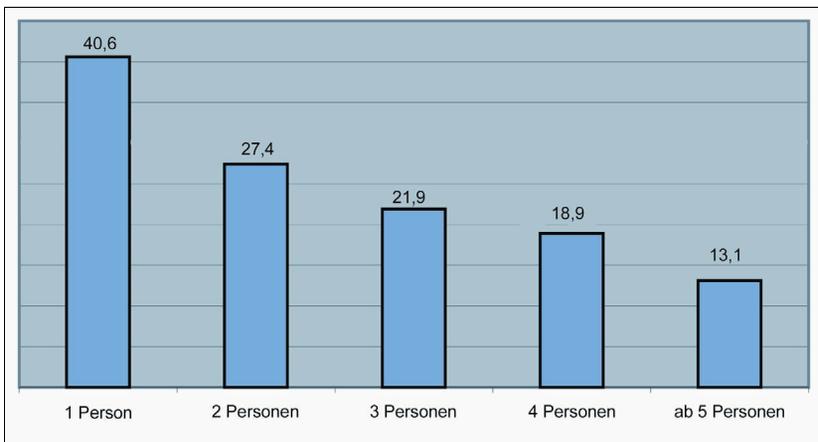


Abb. 45: Wohnfläche pro Person in qm verteilt nach Haushaltsgröße

Die Wohnverhältnisse der Befragten sind in großem Maße von der Größe der Haushalte abhängig. Stehen allein Wohnenden immerhin durchschnittlich 40,6 qm Wohnraum zur Verfügung, so verringert sich dieser mit zunehmender Personenanzahl pro Haushalt. Hier gilt: je größer die Familien, desto geringer ist der Wohnraum pro Person.

Meist sind die Wohnungen mit weniger Zimmern ausgestattet als die Zahl der tatsächlich dort wohnenden Personen. Dies trifft in besonderer Weise auf größere Familien zu, wie die folgende Tabelle zeigt.

Tab. 3: Durchschnittliche Anzahl der Zimmer verteilt nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	durchschnittliche Anzahl der Zimmer
1 Person	1,7
2 Personen	2,3
3 Personen	3,0
4 Personen	3,6
5 Personen	3,8
6 Personen	4,0
7 Personen	4,0
8 Personen	4,3

In vielen Haushalten müssen Kinder und Eltern jeweils ein Schlafzimmer teilen, oft müssen einzelne Familienmitglieder im Wohnzimmer auf „Notbetten“ schlafen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Niedersachsen ist die mangelhafte Versorgung mit ausreichendem Wohnraum unter den Befragten gravierend. 1993 verfügten 23,5% der gesamten Haushalte in Niedersachsen über 7 und mehr Räume, obwohl die Haushalte der Deutschen in der Regel kleiner sind als die der Migranten (vgl. Niedersächsischen Landesamt für Statistik 1999, S. 30).

Fazit

Fast zwei Drittel der Befragten sind nicht erwerbstätig. Bei denjenigen, die eine Beschäftigung haben, ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten hoch. Eine Vollzeitbeschäftigung hat nur jeder fünfte der Befragten, meistens in einem ausbildungsfremden Beruf und oft weit unterhalb des Qualifikationsniveaus.

Erwerbstätigkeit ist außerdem nicht immer gleich bedeutend mit einer langfristigen Eingliederung in den Arbeitsmarkt, denn nur ein Drittel der Beschäftigten hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Die Erwerbstätigkeitsrate bei Männern ist viel höher als bei Frauen. Der hohe Anteil der Frauen, die keinen bezahlten Arbeitsplatz haben und gleichzeitig auch keine Arbeit suchen, deutet darauf hin, dass viele von ihnen als Hausfrauen tätig sind.

Die Unterschiede in der Altersschichtung der Nichterwerbstätigen sind geringfügig. Je länger allerdings die Aufenthaltsdauer ist, desto höher ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, und je kürzer die Aufenthaltsdauer, desto höher ist der Anteil derjenigen, die keine Arbeit haben.

Als ein zentrales Instrument der Integration hat der Arbeitsmarkt in dieser Funktion versagt, denn er hat eine steigende Zahl von arbeitslosen hochqualifizierten Flüchtlingen hervorgebracht.

Die Benachteiligung bei der Erwerbstätigkeit zieht häufig schlechte materielle Lebensbedingungen nach sich. Die Einkommensverhältnisse der Befragten zeigen, dass neben den zwei Dritteln, die Sozialleistungen beziehen, selbst diejenigen, die durch Arbeit für ihren Lebensunterhalt aufkommen, nur über ein geringes monatliches Nettoeinkommen verfügen.

Auch hinsichtlich der Wohnsituation der Befragten sind Defizite auszumachen. Dies gilt in besonderer Weise für die Wohnverhältnisse der größeren Familien. Dies macht sich oft durch fehlende eigene Zimmer für Kinder und Jugendliche und beengte Schlafmöglichkeiten bemerkbar.

Die Mehrzahl der Befragten ist also in hohem Maße von Armut und Unterversorgungsrisiken betroffen. Die gravierende Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen lässt sich insbesondere für die Bereiche Beschäftigung, Einkommen und Wohnen aufzeigen. Für die Bereiche Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe ließen sich mit großer Wahrscheinlichkeit ähnliche Ergebnisse feststellen.

Oft werden diese Determinanten der Marginalität dahingehend interpretiert, dass die Benachteiligung nicht von ausländer-, sondern von schichtspezifischer Ursache sei, weil Migranten überdurchschnittlich oft zu Berufs- und Sozialgruppen gehörten, die ohnehin gesellschaftlich benachteiligt seien. Die Datenbefunde dieser Studie widerlegen diese Auffassung. Sie zeigen, dass Flüchtlinge trotz ihrer hohen Qualifikationen und den vergleichsweise günstigen rechtlichen Rahmenbedingungen (im Hinblick auf den Anspruch auf Eingliederungsmaßnahmen) in ökonomischer Hinsicht in der Mehrzahl marginalisiert sind.

8 Soziale Kontakte und das Wohnumfeld

Für die soziale Integration ist die Etablierung interethnischer/interkultureller Netzwerke von großer Bedeutung. Dieses umfasst die Entstehung und die Pflege von Kontakten zwischen Migranten und einheimischen Deutschen, aber auch Kontakte zwischen Migranten der verschiedenen Nationalitäten. In diesem Kapitel geht es um die Frage, in welchem Maße die Befragten Kontakte zu Deutschen und Migranten anderer Nationalitäten haben und in welchen Lebensbereichen diese stattfinden. Dabei spielen Gelegenheitsstrukturen eine zentrale Rolle. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Struktur und die ethnische Zusammensetzung des Wohnumfeldes. Weiterhin ist die Frage von Bedeutung, ob und in wieweit dieser Ist-Zustand mit den Wünschen der Befragten kollidiert. Handelt es sich bei sozialer Distanzierung um selbst gewählte Isolation oder erfolgt diese aufgrund unbeeinflussbarer Rahmenbedingungen.

8.1 Kontakte zu Personen deutscher Herkunft

Geht man von der Kontakthypothese aus, so können Konflikte und Missverständnisse zwischen ethnischen Gruppen minimiert werden, wenn es gelingt, dass die Mitglieder dieser Gruppen miteinander in Kontakt treten. Diese Annäherung betrifft die Beziehungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten und könnte sich nach der Kontakthypothese generell positiv auf das Verhältnis der verschiedenen ethnischen Gruppen auswirken (vgl. Nauck/ Steinbach 2001, S. 22 f.).

Die beste Möglichkeit, sich mit Deutschen regelmäßig zu treffen, bietet nach den Ergebnissen dieser Erhebung der gemeinsame Arbeitsplatz bzw. der gemeinsame Schulbesuch. Rund drei Viertel der Untersuchungsgruppe hat durch die Erwerbstätigkeit oder eine schulische bzw. berufliche Ausbildung täglichen oder wöchentlichen Kontakt zu deutschen Kollegen. Zu 48% treffen die Befragten täglich Personen der Mehrheitsgesellschaft am Arbeitsplatz, für 15% findet der Kontakt zu Deutschen durch den Arbeitsplatz mehrmals wöchentlich statt und für weitere 4% zumindest einmal pro Woche.

Aber auch in den freiwilligen Bereichen finden interethnische Freundschaften statt. So gibt knapp die Hälfte (46,2%) der Befragten an, sich regelmäßig mit deutschen Freunden zu treffen.

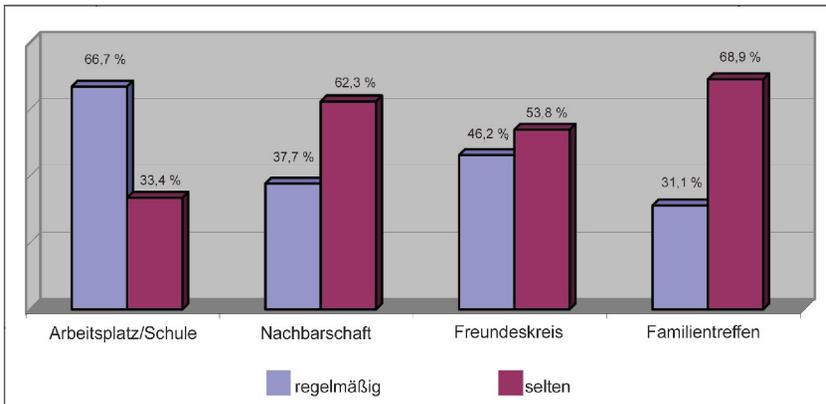


Abb. 46: Begegnung mit Personen deutscher Herkunft in verschiedenen Lebensbereichen

Die Tendenz, soziale Kontakte zu Deutschen in der Nachbarschaft und im Kreis der Familie zu finden, ist weniger ausgeprägt. In der Nachbarschaft treffen sich 37,7% der Befragten mit Deutschen regelmäßig und am seltensten findet eine Begegnung bei Familientreffen statt. Hierzu geben nur 31,1% der Befragten an, sich täglich oder mehrmals in der Woche mit Personen der Aufnahmegesellschaft zu treffen.

8.2 Kontakte zu Personen nicht-deutscher Herkunft

Auch das Zusammentreffen mit anderen Zugewanderten findet überwiegend am gemeinsamen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz statt. Insgesamt treffen sich dort 61% täglich oder mehrmals die Woche, während der Freundeskreis am zweithäufigsten (49%) die Möglichkeit bietet, regelmäßigen Kontakt zu anderen Migranten herzustellen. Am dritthäufigsten findet das Zusammentreffen bei Familientreffen statt (47%) und beinahe im gleichen Umfang, zu 45%, in der Nachbarschaft.

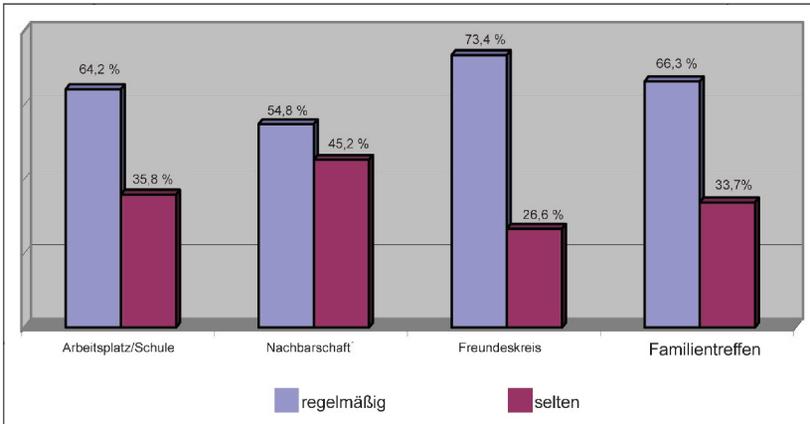


Abb. 47: Begegnung mit Migranten in verschiedenen Lebensbereichen

Insgesamt kann demnach festgestellt werden, dass die soziale Kontaktaufnahme, sowohl zu Personen deutscher als auch nicht-deutscher Herkunft, am häufigsten über den Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfolgt und ansonsten die Kontakte mit Zugewanderten untereinander gegenüber den Kontakten mit Personen deutscher Herkunft überwiegen.

8.3 Ethnische Zusammensetzung der Wohngegend

Auf die Frage, wie hoch der Anteil von Migranten in der Nachbarschaft der Befragten ist, zeigt sich folgende Zusammensetzung: Mehr als die Hälfte (53%) der Befragten gibt an, in einem deutsch geprägten Wohnumfeld zu leben. 17% leben in einer Wohngegend, die sich jeweils zur Hälfte aus Einheimischen und Zugewanderten zusammensetzt und 22% leben in einer Wohngegend, in der Migrantenfamilien die Mehrheit bilden. Dies deutet darauf hin, dass es nach wie vor Stadtteile gibt, in denen sich ethnisch stark geschlossene Quartiere manifestiert haben. Weitere 8% leben in Gegenden, die zu ca. einem Drittel aus Migranten bestehen.

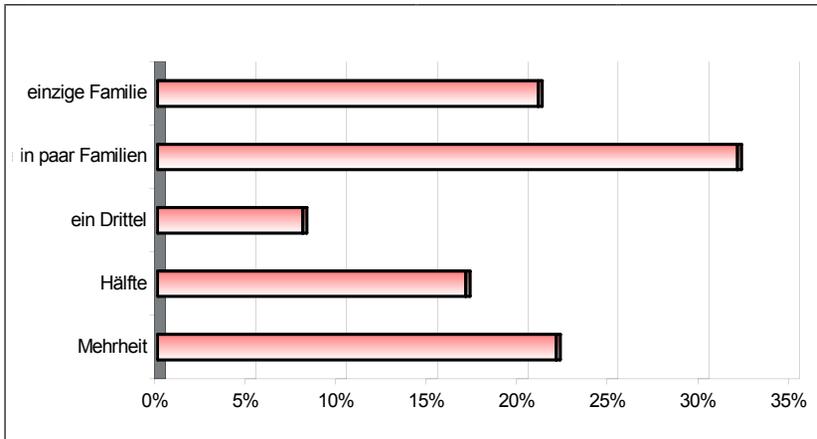


Abb. 48: Anteil der Migranten-Familien in der Nachbarschaft

Bei einer differenzierten Betrachtung des Wohnumfeldes nach Status zeigen die Daten, dass die jüdischen Kontingentflüchtlinge im Vergleich zu den Asylberechtigten häufiger in Gegenden wohnen, in denen der Anteil der Migranten überwiegt. So gaben 25% der jüdischen Einwanderer an, in Wohngebieten mit einer Mehrheit an Migranten zu wohnen, während der Anteil der Asylberechtigten mit dieser Angabe bei 17% lag. Hingegen stellen 28% der Asylberechtigten die einzige Migrantenfamilie in der Nachbarschaft dar, verglichen mit 16% der Kontingentflüchtlinge, die dies angaben.

Viele der Zuwanderer – als Empfänger von sozialen Leistungen – sinken allmählich in die schlechtesten Segmente des Wohnungsmarktes ab und ihre Segregation ist weit eher erzwungen als gewollt. Hier zeigt sich, dass vor allem das Zustandekommen der sozialräumlichen Segregation problematisch ist. Dennoch kann aufgrund dieser Daten von keiner Ghettoisierung oder Parallelisierung des Wohnumfeldes als allgemeingültiges Phänomen gesprochen werden.

8.4 Wunschkontakte

Dass die augenscheinliche soziale Distanz zu einheimischen Deutschen oft eher das Resultat mangelnder Gelegenheiten ist als Ausdruck einer Selbstethnisierungstendenz, zeigen die Antworten auf die Frage nach der Art der gewünschten sozialen Kontakte.

Auf die Frage, wen sich die Befragten als Nachbarn wünschen, favorisieren die Befragten an erster Stelle Personen deutscher Herkunft (52%). Weiteren 43% ist es unwichtig, aus welcher ethnischen Zusammensetzung die Nachbarschaft besteht, während eine relativ kleine Gruppe von 22% angibt, sich Landsleute als Nachbarn zu wünschen. Es sprechen sich jedoch gleichzeitig annähernd so viele (17 %) dafür aus, mit anderen Migranten in der Nachbarschaft zu leben.

Diese Tendenz bestätigt sich des Weiteren durch die Angabe zu freundschaftlichen Kontakten: Deutsche Freunde werden als wünschenswerteste Freundschaften für die eigenen Kinder bevorzugt (53%). 42% gaben an, dass die Herkunft der Freunde ihrer Kinder unwichtig sei.

Auf die Frage nach den eigenen bevorzugten Freundschaften zeigt sich allerdings ein anderes Bild: Den meisten der Befragten ist die Herkunft ihrer Freunde unwichtig (44%), während jedoch annähernd so viele mit 42% angaben, dass Landsleute als Freunde, noch vor deutschen Freunden (40 %), am wünschenswertesten seien.

Ein ähnliches Bild zeigt sich ebenfalls auf die Frage nach den Wunschpartnern für ihre Kinder. 43% ist es unwichtig, welcher Abstammung der Partner ist, während sich aber 41% klar dafür aussprechen, einen Partner der gleichen Herkunft zu bevorzugen. Nur lediglich 29% der Befragten wünschen sich einen deutschen Partner für ihre Kinder und 18% Partner anderer Nationalitäten.

Demgegenüber ist es der Hälfte der Befragten (51%) unwichtig, welcher Herkunft ihre Arbeitskollegen sind. Am zweithäufigsten werden deutsche Kollegen (42%) vor Migranten anderer Herkunft (23%) und Landsleuten (19%) bevorzugt.

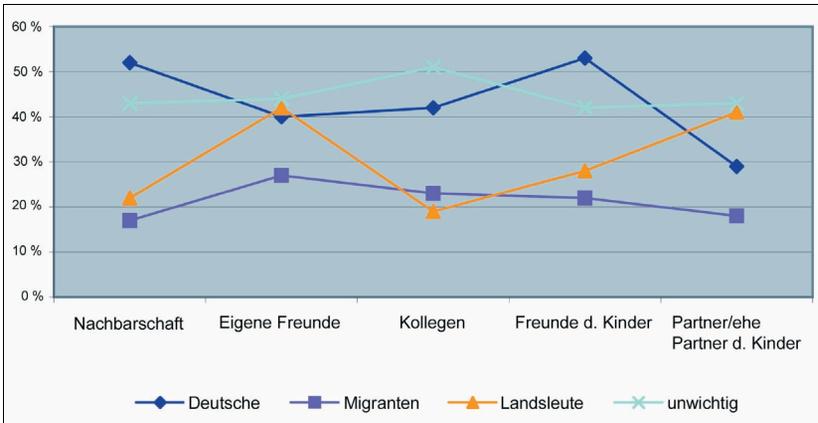


Abb. 49: Wunsch nach sozialen Kontakten (*Mehrfachantworten*)

Das bedeutet, dass die Untersuchungsgruppe mit ihren Wünschen nach sozialen Kontakten sich insgesamt offen für alle Menschen, unabhängig von der Ethnie, zeigt. Dennoch werden Personen der Aufnahmegesellschaft in der Nachbarschaft und als Freunde der Kinder favorisiert. Dagegen sind es die Familienbeziehungen, in denen zuletzt interethnische Beziehungen gewünscht werden. Hier werden die eigenen Landsleute als (Ehe-)Partner der Kinder bevorzugt.

Fazit

Die Wirklichkeit interethnischer Beziehungen zeigt, dass soziale Kontakte von den Gelegenheitsstrukturen, insbesondere von den kleinräumigen Lebensbedingungen abhängen. Dies gilt etwa für die Frage, ob es ohne Schwierigkeiten gelingt, genügend Bezugspersonen aus der eigenen ethnischen Gruppe zu finden und in wie weit dies das Interesse an interethnischen Beziehungen beeinflusst. Daher zeigen diese Befunde zu sozialen Kontakten auch gewisse Abschottungstendenzen der Mehrheitsgesellschaft. Ein gewünschtes Interesse an sozialen Kontakten mit Einheimischen garantiert noch nicht per se, dass dieses auch erwidert wird, weil zur Entstehung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen die Bereitschaft des Anderen notwendig ist.

Bei den hier gewonnenen empirischen Daten konnten keine Hinweise auf vorhandene Segregationstendenzen, auf schwache Eingliederungsbereitschaft oder auf Tendenzen von „Selbstethnisierung“ bei den Befragten ausgemacht werden.

Zwar werden am Arbeits- und Ausbildungsplatz am häufigsten Kontakte zu einheimischen Deutschen gepflegt, aber auch in den freiwilligen Bereichen (Freundeskreis, Familientreffen) kommen interethnische Sozialbeziehungen vor.

Dass die augenscheinliche soziale Distanz oft eher das Resultat mangelnder Gelegenheiten ist, zeigt die Tatsache, dass auf die Frage nach ihren Wunschkontakten, die Befragten sich insgesamt mehr interethnische soziale Kontakte wünschen. So werden Personen der Aufnahmegesellschaft in der Nachbarschaft und als Freunde der Kinder favorisiert. Dagegen sind es die Familienbeziehungen, in denen zuletzt interethnische Beziehungen gewünscht werden. Hier werden die eigenen Landsleute als (Ehe-)Partner der Kinder bevorzugt.

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, in einem deutsch geprägten Wohnumfeld zu leben. Die Tatsache, dass ein Drittel in einer Wohngegend lebt, in der mindestens die Hälfte aus Migranten-Familien besteht, deutet darauf hin, dass es nach wie vor Stadtteile gibt, in denen sich ethnisch stark geschlossene Quartiere manifestiert haben. Viele der Zuwanderer – zumal wenn sie Empfänger von sozialen Leistungen sind – sinken allmählich in die schlechtesten Segmente des Wohnungsmarktes ab und ihre Segregation ist weit eher erzwungen als gewollt.

Dennoch kann aufgrund dieser Daten von keiner Ghettoisierung oder Parallelisierung des Wohnumfeldes als allgemeingültiges Phänomen gesprochen werden.

9 Zufriedenheit

Viele Studien über Einwanderungsmotive zeigen übereinstimmend, dass neben dem objektiven Druck, der die Menschen dazu veranlasst, ihre Heimat zu verlassen, die Sogwirkung, die transnationale Nachrichtennetze und Mediensysteme ausüben, eine gewichtige Rolle spielt.

Aus der Erfahrung der Flüchtlingssozialarbeit ist bekannt, dass die transportierte bzw. aufgenommene Information nicht immer wirklichkeitsgetreu ist und oft „falsche Bilder“ über die tatsächlichen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland erzeugen.

Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen dieser Untersuchung die Frage nach der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben in Deutschland von relevantem Interesse. Die Ergebnisse spiegeln die subjektive Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation und die daraus resultierenden Planungen für einen kürzeren oder dauerhaften Verbleib in Deutschland wider.

9.1 Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland

Auf die Frage, ob sie noch einmal als Flüchtlinge nach Deutschland einwandern würden, geben 59,2% der Befragten eine positive Antwort (30,4% "auf jeden Fall", 28,8% „eher ja“), 21,4% haben diese hypothetische Option verneint (12,1% „auf gar keinen Fall“, 9,3% „eher nicht“) und 19,4% der Befragten wissen es nicht.

Auffallend ist der gravierende Unterschied bei der Gruppe der Asylberechtigten auf der einen und der der jüdischen Kontingentflüchtlinge auf der anderen Seite.

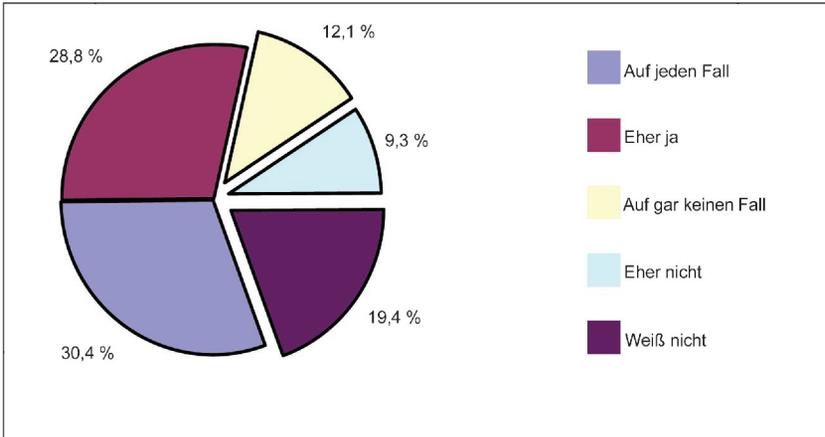


Abb. 50: Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland

Während nur 44% der Asylberechtigten die Frage nach einer möglichen Wiedereinwanderung nach Deutschland bejahen, sind fast 70% der jüdischen Kontingentflüchtlinge sicher bzw. eher bereit dazu. Dementsprechend ist der Anteil der befragten Asylberechtigten, die eine Wiedereinwanderung verneinten, mit fast 40% (25% „auf gar keinen Fall“, 13% „eher nicht“) hoch. Bei jüdischen Kontingentflüchtlingen sind es nur 10% (3% „auf gar keinen Fall“, 7% „eher nicht“) der Befragten.

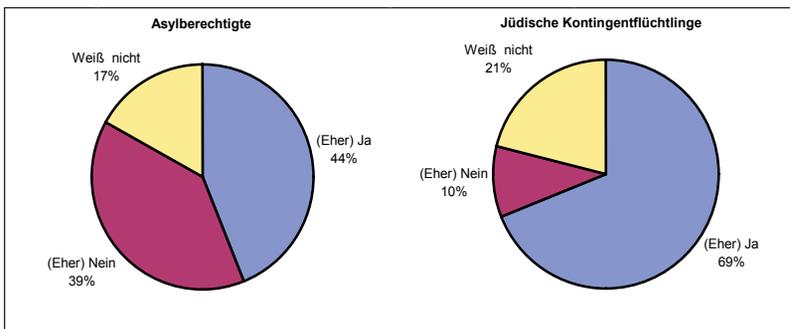


Abb. 51: Fiktiver Einwanderungswunsch nach Deutschland (nach Statusgruppen)

9.2 Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration

Eine zweite Frage untersucht den Grad der Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration in Deutschland. Fast zwei Drittel (64,1%) der Befragten sind mit ihrer Integration in Deutschland zufrieden. Davon sind 8,2% sehr zufrieden und 55,9% zufrieden. Unzufrieden sind dagegen 29,4% und sehr unzufrieden mit ihrer Integration in Deutschland ist nur eine kleine Minderheit von 6,5% der Befragten.

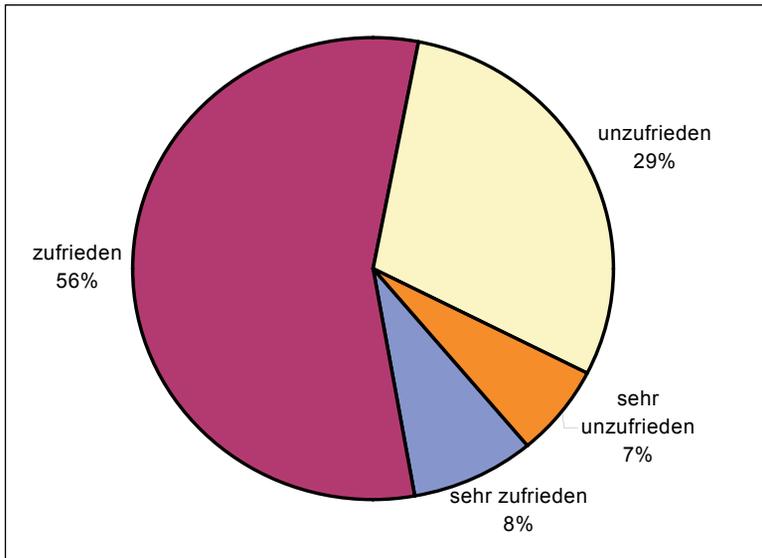


Abb. 52: Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration

Nennenswerte Unterschiede zwischen den Gruppen der anerkannten Flüchtlinge und der jüdischen Kontingentflüchtlinge wurden nicht festgestellt. Beide Gruppen sind fast gleichermaßen mit ihrer Integration zufrieden bzw. unzufrieden.

9.3 Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in verschiedenen Lebensbereichen

Noch aufschlussreicher sind die Angaben der Befragten über ihre Zufriedenheit mit ihrer Situation in bestimmten Lebensbereichen.

In den meisten ausgewählten Lebensbereichen, außer dem Arbeitsbereich und den Bildungsangeboten, überwiegt das Wohlbefinden.

Am stärksten zufrieden (79,2%) sind die Befragten mit ihrer Wohnsituation (64,3% zufrieden, 14,9% sehr zufrieden) und nur 20,8% sind damit unzufrieden. In Anbetracht der relativ schlechten Wohnverhältnisse der Befragten (vgl. Kapitel 7.4) überrascht dieser hohe Grad an Zufriedenheit. Die Untersuchung enthält aber keine Zusatzfrage, die hätte helfen können, diesen Widerspruch aufzuklären.

Weiterhin bekunden die Befragten große Zustimmung in den Bereichen Freizeitaktivitäten (67,5%), sozialer Kontakt (58,3%) und der eigenen kulturellen Betätigung (55,4%).

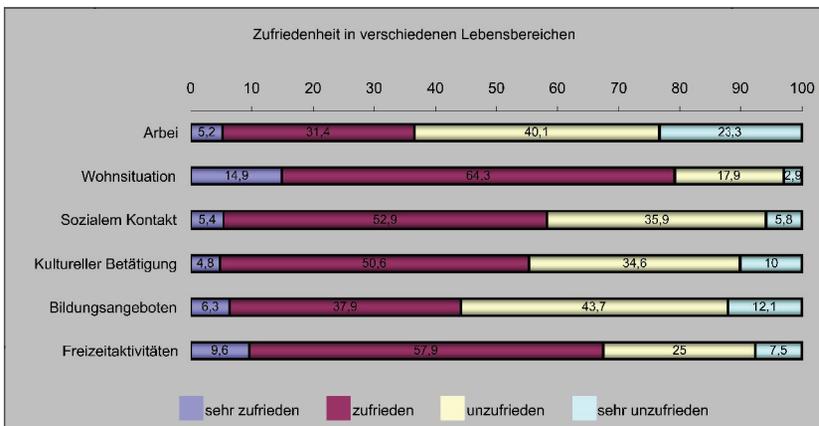


Abb. 53: Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in verschiedenen Lebensbereichen

Weniger zufrieden sind die Befragten mit den Bildungsangeboten (44,2%) und erwartungsgemäß am wenigsten mit dem Bereich Arbeit, wo sich nur noch 36,7% positiv äußern.

9.4 Niederlassungsabsichten und Rückkehrwünsche

Die Frage nach der dauerhaften Niederlassungsabsicht ist für die langfristige Lebens- und Berufsplanung von entscheidender Bedeutung. Rückkehr- und Weiterwanderungsabsichten oder -illusionen dürften die Auseinandersetzung mit der eigenen Situation im Aufnahmeland und das Interesse an langfristigen beruflichen Planungen vermindern. Dagegen ist davon auszugehen, dass eine Niederlassungsabsicht die Motivation des Einzelnen für eine bessere Integration erhöhen müsste.

In der Untersuchung wird nach dem Bleibe- bzw. Rückkehrwunsch gefragt. Mehr als die Hälfte (52%) der Befragten hat sich entschieden, für immer in Deutschland zu bleiben und ein Anteil von 13% will nur für einige Jahre bleiben. Gleich niedrig (4%) ist der Anteil derjenigen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren bzw. in ein anderes Land weiterwandern wollen.

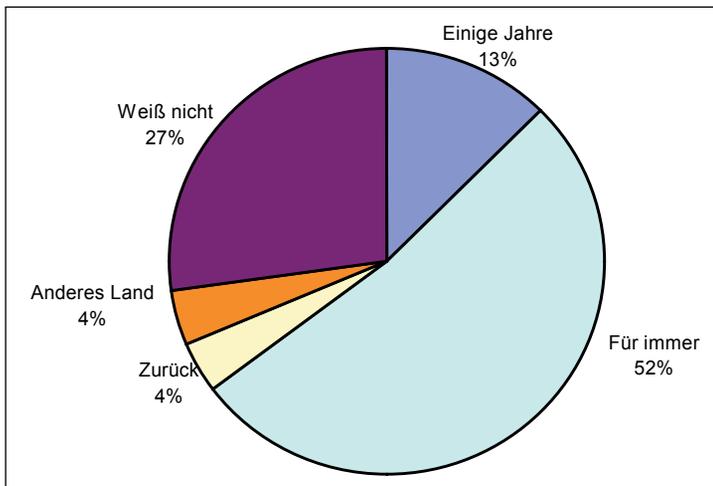


Abb. 54: Niederlassungsabsichten und Ausreisewunsch

Verblüffend hoch ist der Anteil der Befragten (27%), die noch nicht wissen, ob sie in Deutschland bleiben oder irgendwann einmal zurückkehren möchten. Die sich hierin ausdrückende starke Verunsicherung über die Zukunft in Deutschland ist möglicherweise eine

Reaktion auf die eingeschränkte berufliche Perspektive und/oder auf die erneute Zunahme von fremdenfeindlichen Übergriffen.

Bei einer differenzierten Betrachtung zeigen die Daten einige Unterschiede bei den Niederlassungsabsichten zwischen der Gruppe der Asylberechtigten einerseits und den jüdischen Kontingentflüchtlingen andererseits auf.

Rund 59% der befragten jüdischen Kontingentflüchtlinge wollen für immer in Deutschland bleiben, dagegen beträgt dieser Anteil bei den Asylberechtigten nur 42% der Befragten. Die Option für eine Reemigration oder Weiterwanderung halten sich 14% der Asylberechtigten und nur 4% der jüdischen Kontingentflüchtlinge offen. Allerdings beträgt der Anteil der Unentschlossenen 29% bei den Asylberechtigten und 26% bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen.

Unter Berücksichtigung der wesentlich kürzeren Aufenthaltsdauer der jüdischen Kontingentflüchtlinge in Deutschland können diese Daten als Indiz dafür verstanden werden, dass kein nennenswerter Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der Entscheidung über eine endgültige Niederlassung besteht.

Die wohl einzige plausible Erklärung für diesen deutlichen Unterschied zwischen den Populationsgruppen bezüglich der Niederlassungsabsicht dürfte in ihren unterschiedlichen Migrationsmustern und Migrationsmotiven liegen. Handelt es sich bei der Entscheidung zur Auswanderung bei Asylberechtigten meistens um fluchtartige Aufbrüche und einen evtl. zeitlich befristeten Aufenthalt, ist diese Entscheidung bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen i.d.R. mit einer gut bedachten Vorbereitung über eine lange Zeit verbunden. Oft wird diese Entscheidung von vornherein für immer getroffen.

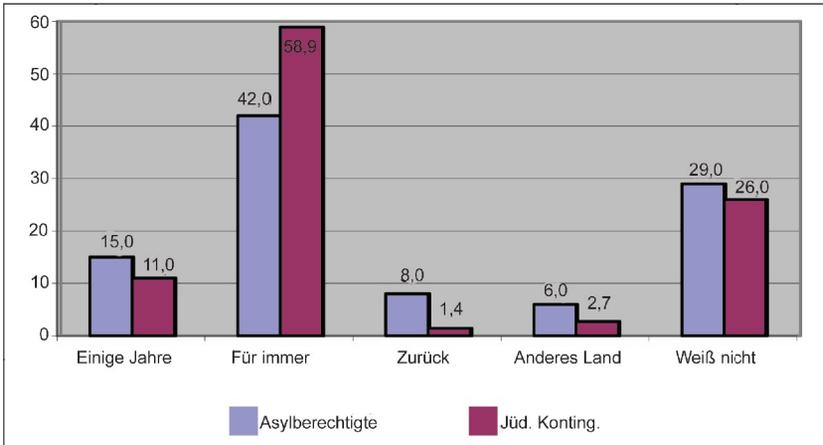


Abb. 55: Niederlassungsabsichten und Ausreisewunsch (nach Statusgruppen)

9.5 Heimische Verbundenheit zu Deutschland

Viele Wissenschaftler gehen von der identikativen Integration als Endstadium des Eingliederungsprozesses aus. Zu deren Ermittlung kann bei den Befragten auch das „Heimisch“-Fühlen in Deutschland als Indikator herangezogen werden.

Auf die Frage, ob sie sich in Deutschland zu Hause fühlen, antwortete jeder Zweite der Befragten mit ja. Davon fühlen sich 15% „voll und ganz zu Hause“ und 37% „eher ja“. Verneint haben es 40% der Befragten (15% „überhaupt nicht“, 25% „eher nicht“) und 8% der Befragten sind unentschlossen.

Um herauszufinden, welche Faktoren dieses Endstadium des Integrationsprozesses fördern und welche es verlangsamen oder verhindern, wird die Frage nach dem „Zu-Hause-Gefühl“ in Deutschland mit der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der gesamten Integration und den verschiedenen Lebensbereichen verknüpft. Dabei werden die beiden Antworten auf der Skala „sehr zufrieden“ und „sehr unzufrieden“ als Basis verwendet.

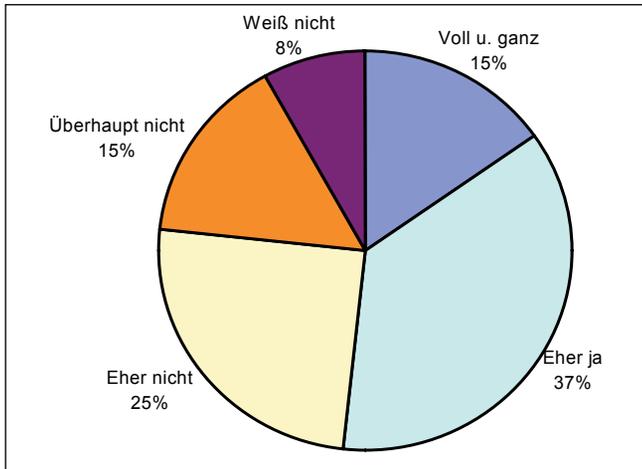


Abb. 56: Heimische Verbundenheit zu Deutschland

Erwartungsgemäß steht die Zufriedenheit mit dem eigenen Integrationsverlauf mit der Entstehung eines „heimischen“ Gefühls in Deutschland in Zusammenhang. Je zufriedener die Befragten mit ihrer Integration sind, desto mehr fühlen sie sich in Deutschland wie zu Hause.

Während alle Befragten, die angaben, mit ihrer gesamten Integration sehr zufrieden zu sein, sich auch in Deutschland zu Hause fühlen, gilt dies nur für 13% der Befragten, die mit ihrer Integration sehr unzufrieden sind. Hier sieht die Mehrzahl (81%) Deutschland nicht als ihr Zuhause an.

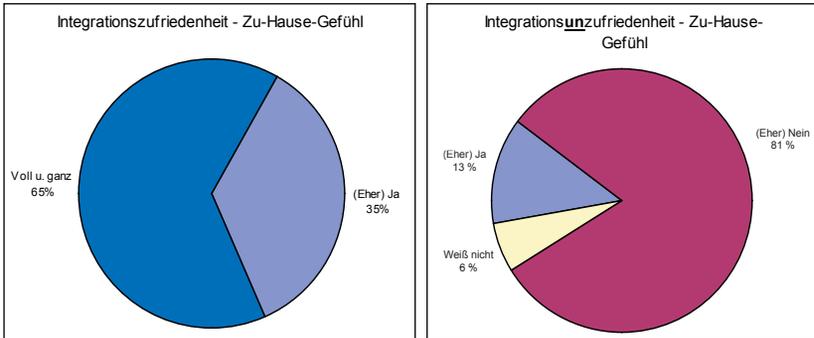


Abb. 57: Verhältnis von Zufriedenheit mit dem Verlauf der eigenen Integration zur Entstehung eines „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland

Weiterhin zeigen die Daten, dass die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation und den sozialen Kontakten vornehmlich bestimmend für die Entstehung eines „Heimischen Gefühls“ in Deutschland ist. In den anderen Lebensbereichen besteht selbstverständlich eine gewisse Beeinflussung, die aber nicht gravierend ist.

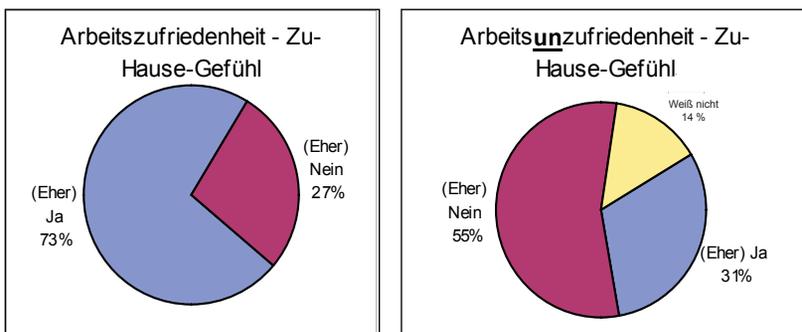


Abb. 58: Verhältnis von Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation zur Entstehung eines „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland

So fühlen sich 73% der Befragten, die mit ihrer Arbeitssituation sehr zufrieden sind, in Deutschland zu Hause. Dagegen beträgt dieser Anteil nur 31% bei denjenigen, die mit ihren Arbeitsverhältnissen sehr unzufrieden sind. Hier fühlen sich mehr als die Hälfte (58%) in

Deutschland nicht zu Hause und 14% können ihre Gefühle nicht eindeutig benennen.

Es lässt sich darüber hinaus ein linearer und noch stärker ausgeprägter Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den sozialen Kontakten feststellen. Je zufriedener die Befragten mit ihren sozialen Kontakten sind, um so mehr fühlen sie sich in Deutschland zu Hause.

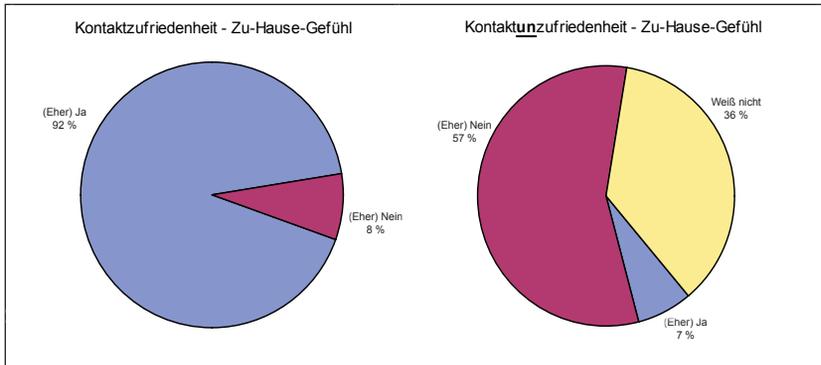


Abb. 59: Verhältnis von Zufriedenheit mit sozialen Kontakten zur Entstehung eines „Zu-Hause-Gefühls“ in Deutschland

92% der Befragten, die mit ihren Sozialkontakten sehr zufrieden sind, fühlen sich auch in Deutschland heimisch. Bei der Gruppe der Befragten, die mit ihren Sozialkontakten sehr unzufrieden sind, trifft dies nur auf eine kleine Minderheit von 7% zu. Mehr als die Hälfte (57%) von ihnen fühlt sich noch ‚fremd‘ und mehr als jeder Dritte (36%) „weiß es nicht“.

Fazit

Zwei Drittel der Befragten sind mit dem gesamten Verlauf ihrer Integration in Deutschland zufrieden. Dagegen ist die Zufriedenheit mit der persönlichen Situation in den verschiedenen Lebensbereichen ambivalent. Am häufigsten zufrieden sind die Befragten mit ihrer Wohnsituation, gefolgt von der Zufriedenheit mit den Freizeitaktivitäten und ihren sozialen Kontakten. Bei den Bildungsangeboten überwiegt die Unzufriedenheit. Mit der Arbeitssituation ist nur jeder Dritte zufrieden.

Die gewonnenen Daten zeigen, dass nur jeder Zweite sich für den endgültigen Verbleib in Deutschland entschieden hat. Auffallend höher ist diese Zahl bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen, die trotz ihres kürzeren Aufenthaltes Deutschland als ihren endgültigen Lebensmittelpunkt sehen. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass auch der Zuwanderungsgrund den Bleibe- und Ausreisewunsch mitbestimmt. Viele der Asylberechtigten begreifen ihr ‚Exilleben‘ als vorübergehend und konservieren den Wunsch nach Rückkehr. Dagegen ist bei vielen jüdischen Kontingentflüchtlingen von vornherein eine Entscheidung zur endgültigen Auswanderung getroffen worden.

Insgesamt aber ist ein starker Zusammenhang zwischen dem Grad an Zufriedenheit und dem Verbleib in Deutschland festzustellen: Je geringer die Zufriedenheit ist, um so eher neigen die Befragten zur Rückkehr oder Weiterwanderung.

Dagegen resultiert aus einer positiven Zukunftsperspektive ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland, was die Niederlassungsabsichten deutlich verstärkt. Die Befragten, die Rückkehr- oder Weiterwanderungsabsichten hegen, äußern sich zu allen Lebensbereichen weniger zufrieden als diejenigen, die in Deutschland für immer bleiben wollen.

Weiterhin zeigen die gewonnenen Daten, dass es einen dialektischen Zusammenhang zwischen dem Grad an Zufriedenheit und der Entstehung eines „heimischen“ Gefühls in Deutschland gibt. Insbesondere fühlen sich diejenigen auch in Deutschland „Zu-Hause“, die mit ihrer Arbeitssituation und ihren Sozialkontakten zufrieden sind.

11 Resümee

Auf der Basis der empirischen Befunde über die Möglichkeiten der beruflichen und sozialen Integration höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen lässt sich Folgendes feststellen:

Die gewonnenen Daten zeigen, dass die berufliche und soziale Integration vieler Flüchtlinge in Niedersachsen trotz ihrer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und des Anspruchs auf Eingliederungsmaßnahmen sowie trotz ihrer hohen Qualifikationsabschlüsse signifikant nicht gelungen ist.

Ein zentraler Aspekt von Integration, die Eingliederung in den hiesigen Arbeitsmarkt, ist bisher weitgehend nicht erreicht worden. Daraus resultiert bei vielen Betroffenen eine teils über Jahre andauernde Arbeitslosigkeit oder Unterforderung durch die Ausübung von unqualifizierten Tätigkeiten.

Angesicht der Tatsache, dass im jeweiligen Herkunftsland die Mehrheit der Befragten im erlernten Berufsfeld beschäftigt war, wird der dramatische Bruch innerhalb der beruflichen Laufbahn deutlich, den der überwiegende Teil der befragten Flüchtlinge durch die Migration erfahren hat.

Der geringe Grad an Integration von höher qualifizierten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt wird jedoch nicht nur durch die hohe Arbeitslosenquote indiziert, sondern auch durch die Art und Qualität der Arbeitsverträge. Nach Angaben der Befragten steht lediglich jeder Zehnte in einem Vollzeit- und unbefristeten Arbeitsverhältnis. Die Mehrzahl der Erwerbstätigen sind entweder geringfügig beschäftigt oder mit einem befristeten Arbeitsvertrag ausgestattet. Demnach kann selbst für die erwerbstätigen Flüchtlinge festgestellt werden, dass eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nur unzureichend stattgefunden hat.

Für das Aufnahmeland stellt diese Tatsache einen Verlust von Bildungspotentialen und eine wirtschaftliche Belastung dar; insbesondere in Zeiten, in denen der Bedarf an Fachkräften in vielen Bereichen sowohl von der Bundesregierung als auch von Wirtschaftsver-

bänden immer wieder hervorgehoben wird. Es widerspricht deshalb jeglicher ökonomischer Vernunft, dass nach Fachkräften in Indien und Süd-Ost Asien gesucht wird, während vorhandene Arbeitskraft-Ressourcen „direkt vor der Tür“ brach liegen.

Viele dieser Flüchtlinge bringen vielfältige Qualifikationen und berufliche Erfahrungen mit, die eine wesentliche Voraussetzung für eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft sein könnten. Gleichwohl finden häufig weder diese erworbenen Qualifikationen noch individuell vorhandene, soziale und kulturelle Kompetenzen ausreichend Berücksichtigung bei der Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Dies zeigt sich in der niedrigen Anerkennungsrate der im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen. So konnten sich nur ein Drittel der Befragten ihre beruflichen Qualifikationen ohne Auflagen in Deutschland anerkennen lassen. Ein weiteres Drittel der Befragten hat gar nicht erst den Versuch unternommen, eine Anerkennung zu erlangen.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die im Ausland erworbenen Qualifikationen anerkannt, angepasst bzw. weiter entwickelt werden, ist in erster Linie das Wissen der Flüchtlinge über diese Möglichkeiten.

Die gewonnenen Daten zeigen, dass bei der Mehrzahl der Befragten ein hohes Informationsdefizit hinsichtlich der ihnen offenstehenden Angebote an Eingliederungsmaßnahmen besteht. Dies erklärt die geringe Teilnahme an Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen trotz der festgestellten hohen Motivation der Befragten.

Ein weiterer Grund für die geringe Teilnahmequote ist darin zu sehen, dass bei Qualifizierungsmaßnahmen zumeist jene Flüchtlinge unberücksichtigt bleiben, die in ihrem Herkunftsland schulische oder berufliche Qualifikationen erworben haben, die mit einem gymnasialen bzw. akademischen Abschluss oder einer Berufsausbildung in Deutschland vergleichbar sind. Für diese Zielgruppe bedarf es einer besonderen Ausbildung zum Erhalt und Ausbau ihrer Qualifikationen auf einem höheren Niveau. Bislang gibt es für diesen Personenkreis keine besonderen Angebote, die ihren mitgebrachten Kompetenzen und Qualifikationen ausreichend Rechnung tragen. Selbst in den speziell geförderten Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen im Rahmen der Gemein-

schaftsinitiativen HORIZON und INTEGRA blieb ihre Höherqualifikation zumeist unberücksichtigt. Sofern sich überhaupt Zugangsmöglichkeiten für Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen, entsprechen sie in der Regel nicht ihren je individuellen Berufsfeldern.

Problematisch bleiben die noch immer nicht ausreichenden Sprachkenntnisse, die die Qualität und Intensität der beruflichen und sozialen Eingliederung in die hiesige Gesellschaft beeinflussen. Obwohl die Mehrzahl der Befragten Sprachkurse absolvierten, treten noch bei drei Viertel von ihnen Sprachschwierigkeiten in verschiedenen Handlungsfeldern auf.

Insbesondere bei der Gruppe der höher Qualifizierten gilt die Sprachkompetenz in den meisten Berufsfeldern als Schlüsselkompetenz. Gemessen daran, welche Bedeutung für bzw. welche Chancen auf qualifizierte Beschäftigung die Sprachkompetenz beinhaltet, besteht hier der dringende Handlungsbedarf, die Qualität der Kurse durch längere Dauer mit gut ausgebildeten Lehrkräften und einem anspruchsvollen Lehrplan nachhaltig zu verbessern.

An Motivation und Bereitschaft der Befragten, ihre Sprachkompetenz zu verbessern, mangelt es nicht. Drei Viertel der Befragten erklären ihre Bereitschaft, an einem Deutschkurs teilzunehmen. Die Teilnahmebereitschaft ist höher als die Zahl derjenigen, die nach eigenen Angaben noch Sprachprobleme haben. Diese Befunde widersprechen dem gängigen Vorwurf, Migranten würden aus Eigenantrieb zu wenig für den Spracherwerb tun.

Migranten sind zumeist mit dem ausdifferenzierten Versorgungssystem in Deutschland nicht vertraut. Daher sind sie, zumindest in der Orientierungsphase, auf Beratung und Begleitung angewiesen. Nur selten findet im Anschluss an einen Sprachkurs eine zufriedenstellende weiterführende Beratung statt, die eine langfristige Planung ermöglicht.

Somit kann nicht die Rede davon sein, dass die bestehenden Beratungs- und Begleitungsangebote den Anforderungen der beruflichen Integration hinreichend genügen. Der Inanspruchnahme von Regeldiensten stehen nach wie vor Barrieren im Wege, nicht zuletzt, weil Flüchtlinge möglicherweise Angst vor aufenthaltsrechtlichen Folgen der Hilfeleistung haben oder weil sie die Beratungsstelle mehr als Exekutivorgan denn als Unterstützungsmöglichkeit wahrnehmen.

Auch die vorhandenen gut vernetzten Migrationsdienste in Niedersachsen können diese Lücke nicht schließen, da ihre Beratungsangebote zum Teil immer noch defizitär orientiert sind.

Bei den hier gewonnenen empirischen Daten konnten keine Hinweise auf vorhandene Abschottungstendenzen oder auf eine schwache Eingliederungsbereitschaft bei den Befragten ausgemacht werden. Im Gegenteil ist ein außerordentlich hohes Interesse an beruflicher Weiterbildung und Verbesserung der sprachlichen Kompetenz festgestellt worden.

Tatsächlich dürften die vorliegenden Befunde hinreichend deutlich gemacht haben, dass die Befürchtungen hinsichtlich einer zunehmenden Selbstethnisierung von Migranten einer empirischen Prüfung nicht standhalten.

Zwar werden am Arbeits- und Ausbildungsplatz am häufigsten Kontakte zu einheimischen Deutschen gepflegt, aber auch in den freiwilligen Bereichen (Freundeskreis, Familientreffen) sind interethnische Sozialbeziehungen anzutreffen.

Dass die augenscheinliche soziale Distanz oft eher das Resultat mangelnder Gelegenheiten ist, zeigt die Tatsache, dass die Befragten sich auf die Frage nach ihren Wunschkontakten insgesamt häufigere interethnische soziale Kontakte wünschen. Weiterhin kann aufgrund der gewonnenen Daten von keiner Ghettoisierung oder Parallelisierung des Wohnumfeldes als allgemeingültiges Phänomen gesprochen werden.

Das hohe Interesse der Befragten zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und die vorhandenen Niederlassungsabsichten sind weitere Indikatoren für die Bereitschaft zur Integration. Weiterhin zeigen die gewonnenen Daten, dass es einen dialektischen Zusammenhang zwischen dem Grad der Zufriedenheit, der aus Zukunftsperspektiven entsteht, und der Entstehung eines „heimischen“ Gefühls in Deutschland gibt. Insbesondere fühlen sich diejenigen auch in Deutschland „zu Hause“, die mit ihrer Arbeitssituation und ihren Sozialkontakten zufrieden sind.

Die größten Risiken für den Erfolg des Integrationsprozesses gehen damit nicht von einer Selbstethnisierung bei den Befragten selbst aus, sondern von einem erschwerten Zugang zum Beschäftigungssystem

und damit von einer sozialen und ökonomischen Marginalisierung der Migranten aus.

Ebenso deutlich geworden ist auch, dass ein langfristiger Aufenthalt nicht gleichsam automatisch eine Integration der Flüchtlinge mit sich bringt. Die Integrationshemmnisse in die deutsche Gesellschaft werden auch nicht per se durch Einbürgerung gelöst, sondern Integration bedarf der aktiven Gestaltung. Die folgenden Empfehlungen sollen dazu dienen, die berufliche und soziale Integration höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen nachhaltig zu verbessern. Dabei geht es nicht nur um eine Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge, sondern um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft insgesamt. In diesem Zusammenhang wäre es zu kurz gedacht, die Integration allein auf eine arbeitsmarktorientierte Eingliederung zu reduzieren. Integration bedeutet soziale, politische und wirtschaftliche Chancengleichheit und muss somit als treibende Kraft einer dauerhaften gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung verstanden werden.

12 Handlungsempfehlungen

Für die Verbesserung der Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration für die höher qualifizierten Flüchtlinge in Niedersachsen ergeben sich aufgrund der vorliegenden empirischen Studie folgende Empfehlungen:

Informationsweitergabe (Informationstransfer)

Aus den Ergebnissen ergibt sich die dringende Notwendigkeit, Instrumentarien zu entwickeln, um diese Zielgruppe erheblich besser als bisher über die ihnen offenstehende Eingliederungsmaßnahmen, Möglichkeiten der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse und über bestehende Rechtsansprüche zu informieren. Da es sinnvoll ist, dass der Eingliederungsprozess direkt nach dem Eintreffen in Deutschland einsetzt, sollten die Informationen in den Muttersprachen der Zielgruppe verfasst werden. Der Abbau der Informationslücken würde auch dazu führen, die Flüchtlinge in die Lage zu versetzen, sich aktiv an der Anpassung und Weiterentwicklung ihrer mitgebrachten Qualifikationen zu beteiligen. Dies sollte langfristig zu strukturellen Veränderungen und zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Lage von Flüchtlingen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis in Niedersachsen (und den übrigen Bundesländern) führen.

Verfahren zur Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse müssen vereinfacht werden

Die bisherige Anerkennung bzw. die Prüfung der Gleichwertigkeit der mitgebrachten Zeugnisse erfolgt durch Einzelfallprüfungen bei der je nach Art des Zeugnisses zuständigen Stelle in dem jeweiligen Bundesland. In der Praxis hat sich dieses Anerkennungsverfahren als kompliziert und unübersichtlich gezeigt. Oft wissen die Betroffenen nicht, bei wem die Zuständigkeit liegt und nach welchen Kriterien die Entscheidungen getroffen werden. Nicht selten werden gleiche Zeugnisse je nach Bundesland unterschiedlich anerkannt. Hier wäre es ratsam, die Anerkennungsverfahren insgesamt zu vereinfachen und

die Zuständigkeit bei einer bundesweiten Zentralstelle anzusiedeln, die nach speziell festgeschriebenen Kriterien entscheidet. Insgesamt sollte eine neue Bewertung der Gleichwertigkeit der Bildungssysteme der Herkunftsländer stattfinden.

Verbesserung der Vermittlung von Sprachkompetenz

Problematisch bleiben die noch immer nicht ausreichenden Sprachkenntnisse, die die Qualität und Intensität der beruflichen und sozialen Eingliederung in die hiesige Gesellschaft beeinflussen. Insbesondere bei der Gruppe der höher Qualifizierten besteht der Anspruch, dass sie Sprachkenntnisse möglichst akzentfrei und perfekt erwerben. Misst man die Zugangsberechtigung, die Dauer und Qualität der Sprachkurse an diesem Anspruch, so zeigt sich dringender Handlungsbedarf. Die Kurse müssen in ausreichender Dauer für homogene Gruppen mit gut ausgebildeten Dozenten und einem qualitativ hochwertigen Curriculum für alle Dimensionen (Lesen, Schreiben, Hören, Sprechen) durchgeführt werden.

Besonders ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass Sprachkurse im betrieblichen Kontext besondere Erfolge zeigen. Es wäre mithin sinnvoll, entsprechende Konzepte auszuweiten und deren Erfolgsfaktoren, wenn möglich, auch auf Sprachkurse in außerbetrieblichen Kontexten zu übertragen.

Ressourcenorientierte Qualifizierungsmaßnahmen

Gute Arbeitsmarktchancen haben zukünftig nur noch Erwerbspersonen, die über formale Berufsabschlüsse verfügen und diese durch Fort- und Weiterbildung laufend ergänzen. Für diese Zielgruppe bedarf es einer besonderen Ausbildung zum Erhalt und Ausbau ihrer Qualifikationen auf einem höheren Niveau. Bisher gab es für diesen Personenkreis keine besonderen Angebote, die ihren mitgebrachten Kompetenzen und Qualifikationen ausreichend Rechnung tragen.

Hier sollte im Gegensatz zu den herkömmlichen Konzepten mit Defizitzuschreibung ein positiver Ansatz verfolgt werden. Ziel dabei ist es, eine langfristige berufliche Perspektive auf dem Ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Es ist daher wichtig, dass die verschiedenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden. So ließen sich Umwege und

fehlgeleitete teure Weiterbildungen vermeiden, die weder auf die Person noch auf den Arbeitsmarkt zugeschnitten sind. Die vorliegende tatsächliche Qualifikation und andere Kompetenzen müssen erkannt, gesichert und nutzbar gemacht werden, damit auf diese sinnvoll aufgebaut werden kann. Es bedarf hier der Entwicklung spezieller Module für die unterschiedlichen Berufsrichtungen. Bei der Entwicklung der Inhalte dieser Module sind Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsvertreter einzubeziehen, um sicher zu stellen, dass die vermittelten Qualifikationen dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen.

Vor dem Hintergrund des von Politik und Wirtschaft beklagten Fachkräftemangels ist die Nutzung der Potenziale von hochqualifizierten Flüchtlingen nicht nur ein Ziel, welches den subjektiven Bedürfnissen der Migranten, sondern auch den ökonomischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Bei den Kompetenzen von Flüchtlingen anzusetzen und ihren möglichen Beitrag für die Wirtschaftskraft des Aufnahmelandes zu betonen, würde darüber hinaus dem vorherrschend Defizit orientierten Bild von Flüchtlingen, die angeblich nur den Staatsetat belasten, entgegenwirken.

Verbesserung des Beratungs- und Begleitungssystem

Es sollte eine kritische Reflexion und ggf. Neukonzipierung der bisherigen Beratungsangebote und Eingliederungsmaßnahmen geben. Die Qualität der Beratung ist dringend zu verbessern um, sicherzustellen, dass – anstatt wie bisher – *alle* Migranten Kenntnisse über das gesamte Angebot an Eingliederungsmaßnahmen erhalten. Zudem muss ein Beratungs- und Begleitungssystem entwickelt werden, das sich auf den gesamten Zeitraum vom Zuzug nach Deutschland bis hin zum Eintritt ins Erwerbsleben erstreckt.

Die Beratung und Begleitung ist dringend zu optimieren, besonders im Hinblick auf die „Zeitlöcher“, auf die in der Fachliteratur häufig hingewiesen wird. Nur so kann die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowohl zeitlich als auch perspektivisch geplant werden, um Folgeschäden für den Einzelnen, die Familien und die Gesellschaft insgesamt zu vermeiden.

Koordinierung und Vernetzung

Dringend empfohlen wird die Einrichtung einer zentralen Fachstelle mit dem Ziel, die Schaffung, Wiederherstellung, Erhaltung und Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit von höher qualifizierten Asylberechtigten und Jüdischen Kontingentflüchtlingen in Niedersachsen zu fördern. Konkrete Aufgaben einer solchen Einrichtung sollen sein, in Zusammenarbeit mit den bestehenden Netzwerken der Migrationsarbeit und in Kooperation mit der Wirtschaft sowie einschlägigen landesweiten und regionalen Institutionen Projekte und Maßnahmen zu entwickeln und durchzuführen, die auf eine qualifizierte und nachhaltige Berufstätigkeit der Zielgruppe einführen.

Interkulturelle Öffnung der Regeldienste

Eine zentrale Rolle zur strukturellen Verbesserung nimmt die interkulturelle Öffnung der Regeldienste ein. Hierunter wird sowohl die gezielte Reduzierung von Barrieren, die Migranten von der Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen abhalten, als auch die fachliche und soziale Vorbereitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verwaltung und verschiedenen Diensten im Umgang mit Migranten verstanden.

Für diesen Prozess besteht ein großer Fortbildungsbedarf vor allem in der öffentlichen Regelversorgung. Außerdem sollten Menschen mit Migrationshintergrund zu einer Ausbildung im sozialen Bereich oder in der öffentlichen Verwaltung angeregt und unterstützt werden, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in den Regeleinrichtungen beschäftigen zu können. Schließlich sollte Interkulturalität als Bestandteil von Qualitätsmanagementmodellen in Einrichtungen, die Migranten zu ihrer Klientel zählen, verlangt werden.

Literatur

- BADE, Klaus/ MÜNZ, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2002. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt/ Main 2002.
- BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR AUSLÄNDERFRAGEN: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997.
- Dies.: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000.
- Dies.: Daten und Fakten zur Ausländersituation. 20. Auflage, Berlin 2002.
- BECKER, Franziska: Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozess russischer Juden, Berlin 2001.
- BROTZ, Jürgen/ DÖRING, Nicola: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 3. Auflage, Berlin/ Heidelberg 2002.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hg.): Evaluation der Sprachförderung Deutsch für ausländische Arbeitnehmer, Bonn 1999.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG: „Brain Gain statt Brain Drain“. Bundesregierung wirbt weltweit um die besten Köpfe in der Wissenschaft. Pressemitteilung vom 27.02.2001, Berlin. www.bmbf.bund.de.
- BUNDESAMT FÜR DIE ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER FLÜCHTLINGE: www.bafl.de
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin 2000.

- CARL V. OSSIEZKY UNIVERSITÄT OLDENBURG, Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen/ Zukunfts-Werkstatt (Hg.): Wegweiser zur Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Bildungsnachweise, Hannover 2000.
- DUYVENE` DE WIT, Thom/ KOOPMANS, Ruud: Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (NSB), 2001, Jg. 14, H. 1, S. 26-41.
- GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION (KG): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, in: Deutsches Ausländerrecht, Beck-Texte, 14. Auflage, München 2001, S. 187-202.
- GRUBER, Sabine: Die gesuchten Computer-Spezialisten sind zum Teil schon im Land. Wie Deutschland das Fachwissen und die Kompetenzen russischer Auswanderer vergeudet. Dokumentation. Frankfurter Rundschau Nr. 84 vom 08.04.2000.
- GRUBER, Sabina/ RÜßLER, Harald: Berufliche Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge – bisher misslungen?, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), H. 3/2002, S. 94-100.
- Dies.: Warum gute Qualifikation, hohe Motivation und großes Engagement von Zuwanderern nicht zum Wiedereinstieg ins Berufsleben führen, in: Zeitschrift für Migration und Sozialarbeit (IZA), H. 2/2002, S. 46-49.
- KÜHNE, Peter/ RÜßLER, Harald: Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland, Frankfurt/ New York 2000.
- KÜHNE, Peter: Arbeitsmarktintegration auch für Flüchtlinge, in: Mehrländer, Ursula/ Schulze, Günther (Hg.), Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege r - - S. 222-239.
- LANDESHAUPTSTADT HANNOVER: Bericht über die Angebote und Hilfsleistungen für ZuwanderInnen aus den GUS-Staaten in Hannover, Schriftenreihe 1, Hannover o.J.
- MAAS, Utz/ MEHLEM, Ulrich: Qualitätsanforderungen für die Sprachförderung im Rahmen der Integration von Zuwanderer. Vorläufige

Fassung vom 31.05.2002. Osnabrück 2002. <http://www.imis-osnabrouck.de> vom 02.06.2002.

NAUCK, Bernhard/ STEINBACH, Anja: Intergeneratives Verhalten und Selbstethnisierung von Zuwanderern. Expertise für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Chemnitz 2001.

NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESAMT FÜR STATISTIK (Hg.): Ausländer in Niedersachsen 1999, Hannover 1999.

SANTEL, Bernd/ HOLLIFIED, James F.: Erfolgreiche Integrationsmodelle? Zur wirtschaftlichen Situation von Einwanderern in Deutschland und den USA, in: Bommers, M./ Halfmann, J. (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten (IMIS-Schriften, Bd. 6), Osnabrück 1998, S. 123-145.

THRÄNHARDT, Dietrich: Einwanderungsland Deutschland – von der Tabuisierung zur Realität, in: Mehrländer, Ursula/ Schulze, Günther (Hg.): Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration, Bonn 2001, S. 41-64.

TREIBEL, Annette: Migration in modernen Gesellschaften – Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 2. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Weinheim/ München 1999.

WIENOLD, Hans: Empirische Sozialforschung. Praxis und Methode, Münster 2000.

www.nls.niedersachsen.de.

Anhang: Fragebogen



Europäischer Flüchtlingsfonds



Carl von Ossietzky Universität Oldenburg – Postfach 2503 – D-26111 Oldenburg

Telefon: 0441) 798-4289
Telefax: (0441) 798-2239
e-mail: anwar.hadeed@uni-oldenburg.de

Forschungsprojekt zur Integration höher qualifizierter Asylberechtigter und jüdischer Kontingentflüchtlinge

Fragebogen – Aktion



I • B • K • M

Institut für Bildung und Kommunikation
in Migrationsprozessen

Forschungsprojekt: Integration höher
qualifizierter Flüchtlinge

Projektleitung: Prof. Dr. Rolf Meinhardt
Anwar Hadeed M.A.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie herzlich um Ihre Unterstützung bitten. Wir sind gegenwärtig dabei, Projekte und Maßnahmen zu entwickeln, mit deren Hilfe die Integration von Asylberechtigten und jüdischen Kontingentflüchtlingen in Niedersachsen verbessert werden soll.

Ein wichtiger erster Schritt bei der Vorbereitung dieses Projektes besteht darin, möglichst genaue Informationen über die schulischen und beruflichen Qualifikationen sowie zu den beruflichen Wünschen der Betroffenen zu erhalten.

Wir möchten Sie bitten, uns hierbei zu unterstützen, indem Sie den folgenden Fragebogen ausfüllen.

Ihre Mitarbeit ist selbstverständlich absolut freiwillig. Wir versichern Ihnen, dass Ihre Antworten anonym und vertraulich behandelt werden.

Wir bedanken uns schon heute herzlich für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Rolf Meinhardt

Anwar Hadeed, M.A.

Fragebogen

I. Persönliche Daten

1. **Geschlecht:**
 - männlich
 - weiblich
2. **In welchem Land sind Sie geboren?** _____
3. **Wie alt sind Sie?** _____ **Jahre**
4. **Familienstand:**
 - ledig
 - verheiratet
 - unverheiratet, aber in einer Partnerschaft lebend
 - geschieden
 - verwitwet
5. **Haben Sie Kinder?**
 - Ja, wie viele ? _____
 - Nein
6. **In welchem Jahr sind Sie nach Deutschland gekommen?** _____
7. **Welche rechtliche Anerkennung haben Sie bekommen ?**
 - Asylberechtigte/r nach Artikel 16 Grundgesetz (großes Asyl)
 - jüdischer Kontingentflüchtling
8. **In welchem Jahr sind Sie anerkannt worden?** _____
9. **Wie alt waren Sie, als Sie nach Deutschland gekommen sind ?**

10. **Wie sind Sie nach Deutschland gekommen ?**
 - Alleine
 - mit Familie
11. **Sind später weitere Familienangehörige nachgekommen ?**
 - nein
 - ja
 - Ehepartner
 - Kinder
 - andere Verwandte

12. Welche Staatsangehörigkeiten besitzen Sie jetzt? _____
13. In welcher Stadt/Gemeinde in Niedersachsen wohnen Sie? _____

II. Sprachkenntnisse

14. Wie schätzen Sie Ihre Deutschkenntnisse ein? Bitte kreuzen Sie das Entsprechende an!

	sehr gut	gut	mittel	schlecht
Lesen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hörverstehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sprechen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Welche weiteren Sprachen (außer Deutsch und Ihrer Muttersprache) sprechen Sie?

- Englisch
 Französisch
 Sonstige _____

16. Wie haben Sie Deutsch gelernt ? (Mehrfachbeantwortung möglich)

- nur im Alltag
 im Sprachkurs
 in Verbindung mit einer Ausbildung
 in der Schule
 Sonstige _____

17. Wo erleben Sie noch Probleme aufgrund der Sprache?

(Mehrfachbeantwortung möglich)

- ich habe keine Sprachprobleme mehr
 Schule
 Behörden/Ämter
 Freizeit
- Freundeskreis
 Nachbarschaft
 Wohnungssuche
 Familie
- Arbeitsplatz
 Einkaufen und Dienstleistung
 Arbeitssuche
 Sonstige

18. Würden Sie an einem Deutschkurs teilnehmen?

- ja unbedingt
 bei passenden Angeboten
- nein, aus folgendem Grund: dazu habe ich keine Zeit
 aus finanziellen Gründen
 ich sehe dafür keine Notwendigkeit
 aus sonstigen Gründen

III. Berufliche Qualifikation

19. Welche Ausbildung hatten Sie vor der Einreise nach Deutschland?
(bitte den höchsten Stand ankreuzen)

- Dokortitel
- Zweiter Hochschulabschluss (M.A.)
- Erster Hochschulabschluss (B.A.)
- Abgeschlossene Berufsausbildung
(bitte genau benennen: _____)
- Abitur oder vergleichbarer Abschluss (Hochschulreife)
- 12 Jahre Schule (Fachhochschulreife)

20. Unter welchem Fach würden Sie Ihre Ausbildung einordnen ?

- Wirtschaftswissenschaftler
- Industrieller Bereich
- Landwirtschaftlicher Bereich
- Medizinischer Bereich
- Pädagogischer Bereich
- EDV-Bereich
- Künstlerischer Bereich
- anderer Bereich, nämlich: _____

21. Wurde Ihre mitgebrachte Ausbildung in Deutschland anerkannt?

- ja, ohne weiteres
- ja, ich musste aber zusätzliche Maßnahmen absolvieren
- nein
- ich habe es nicht versucht

22. Haben Sie in Ihrem Herkunftsland gearbeitet?

- ja, in meinem erlernten Beruf
- ja, in einem fremden Beruf
- nein

23. In welchem Land haben Sie Ihre letzte Ausbildung erhalten? _____

IV. Eingliederungsmaßnahmen

24. Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge haben Anspruch auf Maßnahmen zur Integration. Von wem wurden Sie darüber informiert?

- Arbeitsamt
- Beratungsstelle
- Privatpersonen
- Sonstige (bitte benennen) _____
- Ich weiß es nicht mehr
- Ich wurde nicht informiert

25. Über welche staatlich finanzierten Maßnahmen zur Integration wurden Sie informiert?

(Mehrfachbeantwortung möglich)

- Sprachkurse
- Umschulung
- Weiterqualifizierung
- Maßnahme zur Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen
- Studienkolleg
- Studium
- keine

26. An welchen Angeboten haben Sie teilgenommen?

(Mehrfachbeantwortung möglich)

- Sprachkurse
- Umschulung
- Weiterqualifizierung
- Maßnahme zur Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen
- Studienkolleg
- Studium
- keine

27. Wie sind Sie mit den Maßnahmen zur Integration zufrieden?

- sehr zufrieden
- zufrieden
- nicht zufrieden
- sehr unzufrieden
- habe an keiner Maßnahme teilgenommen

28. Haben Sie Kontakte zum Arbeitsamt?

- Nein
- Ja, nämlich:
 - Arbeitsvermittlung
 - Berufsberatung
 - Fachvermittlung
 - Sonstige

29. Würden Sie an einer Maßnahme zur beruflichen Weiterbildung teilnehmen?

- ja, in meinem erlernten Beruf
- ja, Umschulung für einen anderen Beruf
- ja, Studium
- nein
- weiß nicht

V. Berufliche und wirtschaftliche Situation

30. Haben Sie in Deutschland schon gearbeitet?

- ja, in meinem erlernten Beruf
- ja, in einem fremden Beruf
- nein

31. Haben Sie zur Zeit eine bezahlte Arbeitsstelle?

- Vollzeit
- Teilzeit
- 325 Euro-Job (630,- DM-Job)
- Ich arbeite nicht und suche auch keine Arbeit
- Ich arbeite nicht, suche aber nach einer Arbeit

32. Was für einen Arbeitsvertrag haben Sie?

- unbefristet
- befristet
- sonstige (bitte beschreiben, z.B. auf Honorarbasis, Werkvertrag) _____
- keinen

33. Welche berufliche Stellung haben Sie?

- Beamtin/Beamter
- Angestellte/r
- Arbeiter/in
- Selbstständige/r
- ABM-Stelle
- nach § 19 BSHG
- keine

34. Wie hoch ist Ihr monatlicher Nettoverdienst?

- unter 900 Euro
- 900 bis 1500 Euro
- mehr als 1500 Euro
- Empfänger von Sozialleistungen, nämlich:
 - Sozialhilfe
 - Arbeitslosengeld
 - Arbeitslosenhilfe

35. Wie viele Menschen leben in Ihrer Wohnung

(Sie mitgezählt)? _____

**36. Wie viele Zimmer hat Ihre gegenwärtige Wohnung? _____
Welche qm Zahl? _____**

VI. Soziale Kontakte

37. Wie oft treffen Sie sich mit Deutschen?

Ort	täglich	mehrmals wöchentlich	einmal wöchentlich	selten	überhaupt nicht
Arbeitsplatz/Schule	<input type="checkbox"/>				
Nachbarschaft	<input type="checkbox"/>				
Treffen mit Freunden	<input type="checkbox"/>				
Familientreffen	<input type="checkbox"/>				

38. Wie häufig treffen Sie sich mit anderen Migranten und Flüchtlingen ?

Ort	täglich	mehrmals wöchentlich	einmal wöchentlich	selten	überhaupt nicht
Arbeitsplatz/Schule	<input type="checkbox"/>				
Nachbarschaft	<input type="checkbox"/>				
Treffen mit Freunden	<input type="checkbox"/>				
Familientreffen	<input type="checkbox"/>				

39. Wie groß ist der Anteil der Migranten in Ihrer Nachbarschaft?

- die Mehrheit
- ungefähr die Hälfte
- ungefähr ein Drittel
- ein paar Familien
- Unsere Familie ist die einzige Migranten-Familie in unserer Nachbarschaft

40. Wen wünschen Sie sich als: (Mehrfachbeantwortung möglich)

	Einheimische Deutsche	Migranten aus anderen Ländern	Landsleute	Unwichtig
Nachbarn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freunde ihrer Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ihre eigenen Freunde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ihre Arbeits- oder Studienkollegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Partner/Ehepartner ihrer Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

VII. Zufriedenheit

41. Wenn Sie die Wahl hätten, würden Sie noch einmal als Flüchtling nach Deutschland einwandern?

- auf jeden Fall
- eher ja
- eher nicht
- auf gar keinen Fall
- weiß nicht

42. Wie sind Sie mit Ihrer gesamten Integration in Deutschland zufrieden?

- sehr zufrieden
- zufrieden
- unzufrieden
- sehr unzufrieden

43. Wenn Sie Ihre Situation in Deutschland einschätzen sollten, wie zufrieden sind Sie mit:

	sehr zufrieden	zufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnsituation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialem Kontakt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kultureller Betätigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungsangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freizeitaktivitäten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Möchten Sie in Deutschland bleiben?

- Ich will einige Jahre bleiben
- Ich will für immer bleiben
- Ich will zurück
- Ich will in ein anderes Land
- Ich weiß es nicht

45. Fühlen Sie sich in Deutschland zu Hause?

- ja, voll und ganz
- eher ja
- eher nicht
- nein, überhaupt nicht
- Ich weiß es nicht

Begleitbrief



Europäischer Flüchtlingsfonds



Carl von Ossietzky Universität Oldenburg – Postfach 2503 – D-26111 Oldenburg

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Telefon: (0441)AA798-4289
	IBKM-Schn	Telefax: (0441) 798-2239
		e-mail: anwar.hadeed@uni-oldenburg.de
		Datum: 09.06.2004

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wie Sie vielleicht schon wissen, planen wir ein Forschungsprojekt, das aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds finanziert wird.

Mit dem Projekt sollen die Möglichkeiten einer raschen und nachhaltigen Integration höher qualifizierter Asylberechtigter und jüdischer Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen untersucht werden. Um zunächst die Qualifikationsprofile dieser Menschen herauszufinden, haben wir den beiliegenden Fragebogen entwickelt. In weiteren Schritten wollen wir anhand der gewonnenen Daten – und unter Berücksichtigung der spezifischen Lage und Erfahrungen der Zielgruppe – Projekte und Maßnahmen entwickeln, mit deren Hilfe die Integration verbessert werden kann.

Die Zielgruppe haben wir folgend definiert: In Niedersachsen lebende Asylberechtigte (nach Artikel 16a GG) und jüdische Kontingentflüchtlinge, die mindestens über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder über Hochschulreife bzw. Hochschulreife verfügen.

Für die erfolgreiche Durchführung unseres Vorhabens bitten wir Sie herzlich um Ihre Unterstützung.

Aus unserer jahrelangen Zusammenarbeit wissen wir, dass Sie bei der genannten Zielgruppe ein hohes Maß



Institut für Bildung und Kommunikation
in Migrationsprozessen

Forschungsprojekt: Integration höher
qualifizierter Flüchtlinge

Projektleitung:
Prof. Dr. Rolf Meinhardt
Anwar Hadeed M.A.

an Vertrauen genießen. Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie ihre Kontakte zur Weitergabe des Fragebogens nutzen und durch Überzeugungsarbeit die betreffenden Personen zum Ausfüllen des Fragebogens motivieren können.

Weiter wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns die ausgefüllten Fragebogen gleich nach Erhalt **laufend** zurückschickten. Die Fragebogen-Aktion muß spätestens bis zum **15. Juli 2002** abgeschlossen sein.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns trotz Ihrer hohen Arbeitsbelastung bei diesem Vorhaben unterstützen könnten und danken Ihnen schon heute für Ihre Mitarbeit!

Bei weiteren Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Rolf Meinhardt

Anwar Hadeed, M.A.

SPSS Statistiken

1. Geschlecht

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte
männlich	120	49,0	49,0
weiblich	125	51,0	100,0
Gesamt	245	100	100

2. In welchem Land sind Sie geboren?

Land	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Afghanistan	15	6,0	6,0
Ägypten	1	0,4	6,4
Alb/Kos	1	0,4	6,8
Algerien	1	0,4	7,2
Äthiopien	2	0,8	8,0
Azerbaid	2	0,8	8,8
Chile	1	0,4	9,2
China	1	0,4	9,6
Dagistan	1	0,4	10,0
Estland	1	0,4	10,4
Irak	35	14,0	24,4
Iran	24	9,6	34,0
Jordanien	1	0,4	34,4
Kasachstan	3	1,2	35,6
Kosovo	6	2,4	38,0
Kurdista	1	0,4	38,4
Lettland	1	0,4	38,8
Libanon	3	1,2	40,0
Moldawien	7	2,8	42,8
Russland	42	16,8	59,6
Sri Lanka	3	1,2	60,8
Syrien	4	1,6	62,4
Türkei	4	1,6	64,0
Türkmeni	2	0,8	64,8
UdSSR	1	0,4	65,2

Ukraine	76	30,4	95,6
Usbekistan	2	0,8	96,4
Vietnam	1	0,4	96,8
Weißrussland	8	3,2	100,0
Gesamt	250	100	100

3. Wie alt sind Sie?

Altersgruppen	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
16 bis 20 Jahre	4	1,6	1,6
21 bis 30 Jahre	41	16,5	18,1
31 bis 40 Jahre	70	28,1	46,2
41 bis 50 Jahre	72	28,9	75,1
51 bis 60 Jahre	40	16,1	91,2
61 Jahre und älter	22	8,8	100,0
Gesamt	249	100,0	

4. Familienstand:

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ledig	38	15,3	15,3
verheiratet	181	72,7	88,0
unverheiratet, aber in Partnerschaft lebend	3	1,2	89,2
geschieden	21	8,4	97,6
verwitwet	6	2,4	100,0
Gesamt	249	100,0	

5. Haben Sie Kinder?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja, ein Kind	74	29,8	29,8
ja, zwei	87	35,1	64,9
ja, drei	16	6,5	71,4
ja, vier	9	3,6	75,0
ja, vier oder mehr	12	4,8	79,8
Summe ja	198	79,8	
nein	50	20,2	100,0
Gesamt	248	100	100

6. In welchem Jahr sind Sie nach Deutschland gekommen?

Jahr	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
1972	3	1,2	1,2
1974	3	1,2	2,4
1976	4	1,6	4,0
1979	4	1,6	5,6
1980	4	1,6	7,2
1981	3	1,2	8,4
1982	3	1,2	9,6
1984	3	1,2	10,8
1985	2	0,8	11,6
1986	4	1,6	13,2
1987	4	1,6	14,8
1988	4	1,6	16,4
1989	4	1,6	18,0
1990	6	2,4	20,4
1991	6	2,4	22,8
1992	10	4,0	26,8
1993	6	2,4	29,2
1994	9	3,6	32,8
1995	15	6,0	38,8
1996	13	5,2	44,0
1997	15	6,0	50,0
1998	15	6,0	56,0
1999	14	5,6	61,6
2000	32	12,8	74,4
2001	60	24,0	98,4
2002	4	1,6	100,0
Gesamt	250	100	100

7. Welche rechtliche Anerkennung haben Sie bekommen?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Asylberechtigte/r	103	41,2	41,2
jüd. Kontingentflüchtling	147	58,8	100,0
Gesamt	250	100	100

8. In welchem Jahr sind Sie anerkannt worden?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte
Fehlend	27	10,8	10,8
1975	1	0,4	11,2
1976	1	0,4	11,6
1980	1	0,4	12,0
1982	3	1,2	13,2
1983	6	2,4	15,6
1984	2	,8	16,4
1985	2	,8	17,2
1986	2	,8	18,0
1987	2	,8	18,8
1988	5	2,0	20,8
1989	4	1,6	22,4
1990	6	2,4	24,8
1991	5	2,0	26,8
1992	10	4,0	30,8
1993	3	1,2	32,0
1994	10	4,0	36,0
1995	15	6,0	42,0
1996	13	5,2	47,2
1997	16	6,4	53,6
1998	19	7,6	61,2
1999	12	4,8	66,0
2000	24	9,6	75,6
2001	56	22,4	98,0
2002	5	2,0	100,0
Gesamt	250	100,0	

10. Wie sind Sie nach Deutschland gekommen?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
allein	71	28,4	28,4
mit Familie	179	71,6	100,0
Gesamt	250	100	100

11. Sind später Familienangehörige nachgekommen?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	182	74,3	74,3
nein	63	25,7	100,0
Gesamt	245	100	100

12. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie jetzt?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Fehlend	10	4,0	4,0
afghanisch	9	3,6	7,6
albanisch	1	,4	8,0
algerisch	1	,4	8,4
azerbaid	3	1,2	9,6
deutsch	39	15,6	25,2
dt/iran	1	,4	25,6
dt/jug	3	1,2	26,8
estnisch	1	,4	27,2
irakisch	24	9,6	36,8
iranisch	8	3,2	40,0
iran/dt.	1	,4	40,4
jordanisch	1	,4	40,8
jugoslaw	2	,8	41,6
kasach	2	,8	42,4
kurd/ira	1	,4	42,8
libanesi	3	1,2	44,0
moldawis	8	3,2	47,2
persisch	1	,4	47,6
russisch	36	14,4	62,0
sri-lankisch	3	1,2	63,2
syrisch	5	2,0	65,2
türk/dt.	1	,4	65,6
türkisch	1	,4	66,0
türkmeni	1	,4	66,4
ukrainisch	78	31,2	97,6
usbekis	3	1,2	98,8
weißruss	3	1,2	100,0
Gesamt	250	100	100

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
deutsche	39	16,3	16,3
ausländische	195	81,2	97,5
dt/ausl.	6	2,5	100,0
Gesamt	240	100,0	

13. In welcher Stadt/Gemeinde in Niedersachsen wohnen Sie?

Stadt/Gemeinde	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Apen	1	0,4	0,4
Braunschweig	16	6,4	6,8
Cloppenburg	3	1,2	8,0
Delmenhorst	12	4,8	12,8
Emsland	2	0,8	13,6
Esens	1	0,4	14,0
Gleichen	1	0,4	14,4
Goslar	2	0,8	15,2
Göttingen	24	9,6	24,8
Hannover	111	44,4	69,2
Herzberg	1	0,4	69,6
Herzlake	1	0,4	70,0
Hildesheim	4	1,6	71,6
Laatzen	1	0,4	72,0
Leer	1	0,4	72,4
Lingen	1	0,4	72,8
LK. Wittmund	4	1,6	74,4
LK. Wolfebüttel	1	0,4	74,8
Meppen	7	2,8	77,6
Northeim	2	0,8	78,4
OHA	2	0,8	79,2
OHZ	2	0,8	80,0
Oldenburg	18	7,2	87,2
Osnabrück	16	6,4	93,6
Osterode	1	0,4	94,0
Peine	1	0,4	94,4
Rosdorf	1	0,4	94,8
Salzgitter	3	1,2	96,0
Vechta	3	1,2	97,2
Wolfenbüttel	2	0,8	98,0
Wolfsburg	4	1,6	99,6
Zeven	1	0,4	100,0
Gesamt	250	100	100

14. Wie schätzen Sie ihre Deutschkenntnisse ein?

	Befragte	sehr gut	gut	mittel	schlecht	Gesamt
Lesen	Häufigkeit	54	99	71	24	248
	Gültige in %	21,8	39,9	28,6	9,7	100,0
Schreiben	Häufigkeit	16	89	107	35	247
	Gültige in %	6,5	36,0	43,3	14,2	100,0
Hörverstehen	Häufigkeit	45	76	79	47	247
	Gültige in %	18,2	30,8	32,0	19,0	100,0
Sprechen	Häufigkeit	26	69	90	62	247
	Gültige in %	10,5	27,9	36,4	25,1	100,0

15. Welche weiteren Sprachen (außer Deutsch und ihrer Muttersprache) sprechen Sie? (Mehrfachantworten möglich)

	Gültige in %*		
	alle Befragten	nach Status	
		Asylberichtigte	Jüd. Kont.
Englisch	43,2	60,2	31,3
Französisch	2,0	2,9	1,4
Sonstige	20,8	20,3	21,1

16. Wie haben Sie Deutsch gelernt? (Mehrfachbeantwortung möglich)

	Häufigkeit*	Gültige in %
nur im Alltag	12	4,9
im Sprachkurs	212	87,2
in der Ausbildung	27	11,1
in der Schule	21	8,6
sonstige	39	16,0
Gesamtzahl	311	
* von insgesamt 243 Befragten		

17. Wo erleben Sie noch Probleme aufgrund der Sprache?
(Mehrfachbeantwortung möglich)

	Häufigkeit	Gültige in %
keine Sprachprobleme	57	23,5
in der Schule	15	6,2
mit Ämtern	132	54,3
in der Freizeit	46	18,9
im Freundeskreis	23	9,5
mit der Nachbarschaft	48	19,8
bei der Wohnungssuche	63	25,9
mit der Familie	8	3,3
am Arbeitsplatz	78	31,1
beim Einkaufen	40	16,5
bei der Arbeitssuche	100	41,2
Sonstige	38	15,6
Summe Sprachprobleme	186	76,5
Gesamt	243	100,0

18. Würden Sie an einem Deutschkurs teilnehmen?

	Anzahl d. Befragten	Gültige in %	Kumulierte %
unbedingt	123	49,8	49,8
bei passendem Angebot	63	25,5	75,3
Summe: JA	186	75,3	75,3
keine Zeit	11	4,5	79,8
nein, aus finanziellen Gründen	9	3,6	83,4
keine Notwendigkeit	29	11,7	95,1
nein, sonstige Gründe	12	4,9	100,0
Summe: NEIN	61	24,7	
Gesamt	247	100,0	100,0

19. Welche Ausbildung hatten Sie vor der Einreise nach Deutschland?
(bitte den höchsten Stand ankreuzen)

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Dokortitel	8	3,2	3,2
M.A.	46	18,5	21,8
B.A.	105	42,3	64,1
abgeschl. Berufsausbildung	35	14,1	78,2
Abitur o.ä.	30	12,1	90,3
12 Jahre Schule	24	9,7	100,0
Gesamt	248	100,0	100,0

20. Unter welchem Fach würden Sie ihre Ausbildung einordnen?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Wirtschaftswiss.	38	16,1%	16,0
indust. B.	61	25,6%	41,8
Landw. B.	8	3,4%	45,1
medizin. B.	19	8,1%	53,2
pädagog. B.	42	17,6%	70,9
EDV B.	16	6,8%	77,6
künstler. B.	17	7,2%	84,8
anderer B.	36	15,2%	100
Gesamt	237	100	

21. Wurde ihre mitgebrachte Ausbildung in Deutschland anerkannt?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja, ohne weiteres	49	20,2	20,2
ja, plus Maßnahmen	35	14,5	34,7
Summe ja	84	34,7	
nein	93	38,4	73,1
nicht versucht	65	26,9	100,0
Gesamt	242	100,0	

22. Haben Sie in ihrem Herkunftsland gearbeitet?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja, im erlernten Beruf	176	71,8	71,8
ja, im fremden Beruf	34	13,9	85,7
Summe ja	210	85,7	
nein	35	14,3	100,0
Gesamt	245	100,0	100,0

23. In welchem Land haben Sie ihre letzte Ausbildung erhalten?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Deutschland	22	10,0	10,0
Herkunftsland/ Ausland	198	90,0	100,0
Gesamt	220	100,0	100,0

24. Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge haben Anspruch auf Maßnahmen zur Integration. Von wem wurden Sie darüber informiert?
(Mehrfachbeantwortung möglich)

	Häufigkeit	Gültige in %
durch Arbeitsamt	92	37,2
durch Beratungsstelle	61	24,7
durch Privatpersonen	89	36,0
durch sonstige	29	11,7
Summe informiert	191	77,3
weiß nicht mehr	10	4,0
nicht informiert	46	18,7
Gesamt	247	100

durch Arbeitsamt

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	92	37,2	37,2
nein	155	62,8	100,0
Gesamt	247	100	100

durch Beratungsstelle

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	61	24,7	24,7
nein	186	75,3	100,0
Gesamt	247	100	100

durch Privatpersonen

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	89	36,0	36,0
nein	158	64,0	100,0
Gesamt	247	100	100

durch sonstige

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	29	11,7	11,7
nein	218	88,3	100,0
Gesamt	247	100	100

weiß nicht mehr

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	10	4,0	4,0
nein	237	96,0	100,0
Gesamt	247	100	100

nicht informiert

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja	46	18,7	18,7
nein	201	81,3	100,0
Gesamt	247	100	100

25. Über welche staatlich finanzierten Maßnahmen zur Integration wurden Sie informiert? (Mehrfachbeantwortung möglich)

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
über Sprachkurse	187	76,0	
über Umschulung	61	24,8	
über Weiterbildung	52	21,1	
über Anerkennung mitgebrachte Qualifikationen	30	12,2	
über Studienkolleg	27	11,0	
über Studium	37	15,0	
Summe	213	86,6	86,6
gar keine Informationen	33	13,4	100,0
Gesamt	246	100	100

26. An welchen Angeboten haben Sie teilgenommen? (Mehrfachbeantwortung möglich)

Maßnahme		ja	nein	Gesamt
Sprachkurse	Häufigkeit	199	49	248
	Gültige in %	80,2	19,8	100
Umschulung	Häufigkeit	23	225	248
	Gültige in %	9,3	90,7	100
Weiterqualifizierung	Häufigkeit	29	219	248
	Gültige in %	11,7	88,3	100
zur Anerkennung mitgebrachte Abschlüsse	Häufigkeit	16	232	248
	Gültige in %	6,5	92,8	100
Studienkolleg	Häufigkeit	13	235	248
	Gültige in %	5,2	94,8	100
Studium	Häufigkeit	22	225	247
	Gültige in %	8,9	91,1	100
An keine Maßnahme teilgenommen	Häufigkeit	28	220	248
	Gültige in %	11,3	88,7	100

27. Wie sind Sie mit den Maßnahmen zur Integration zufrieden?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
sehr zufrieden	18	7,6	7,6
zufrieden	123	52,1	59,7
Summe zufrieden	141	59,7	
nicht zufrieden	49	20,8	80,5
sehr unzufrieden	11	4,7	85,2
Summe nicht zufrieden	60	25,5	
an keiner Maßnahme teilgenommen	35	14,8	100,0
Gesamt	236	100	100

28. Haben Sie Kontakte zum Arbeitsamt?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja, Arbeitsvermittlung	80	32,4	32,4
ja, Berufsberatung	38	15,3	47,7
ja, Fachvermittlung	7	2,8	50,5
ja, sonstige	42	17,1	67,6
Summe ja	167	67,6	
nein	80	32,4	100,0
Gesamt	247	100	100

29. Würden Sie an einer Maßnahme zur beruflichen Weiterbildung teilnehmen?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Ja, im erlernten Beruf	93	38,1	38,1
Ja, Umschulung für einen anderen Beruf	53	21,7	59,8
ja, Studium	20	8,2	68,0
Summe ja	166	68,0	
nein	51	20,9	88,9
unentschlossen	27	11,1	100,0
Gesamt	244	100	100

30. Haben Sie in Deutschland schon gearbeitet?

	Häufigkeit	Gültige in %	Gültige
ja, im erlernten Beruf	27	11,0	11,0
ja, im fremden Beruf	91	37,0	48,0
Summe ja	118	48,0	
nein	128	52,0	100,0
Gesamt	246	100	100

31. Haben Sie zur Zeit eine bezahlte Arbeitsstelle?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
ja, Vollzeit	46	19,4	19,4
ja, Teilzeit	24	10,1	29,5
ja, 325 Euro-Job	11	4,6	34,2
arbeite nicht und suche auch keine Arbeit	45	19,0	53,2
arbeite nicht suche aber nach einer Arbeit	111	46,8	100,0
Gesamt	237	100	100

32. Was für einen Arbeitsvertrag haben Sie?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
unbefristet	32	13,1	13,1
befristet	31	12,7	25,7
sonstige	20	8,2	33,9
keinen	162	66,1	100,0
Gesamt	245	100	100

33. Welche berufliche Stellung haben Sie?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Beamtin /Beamter	1	0,4	0,4
Angestellte/r	20	8,4	8,8
Arbeiter/in	40	16,8	25,6
Selbständige/r	8	3,4	29,0
ABM-Stelle	6	2,5	31,5
§19 BSHG	5	2,1	33,6
keine	158	66,4	100,0
Gesamt	238	100	100

34. Wie hoch ist Ihr monatlicher Nettoverdienst?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
unter 900 €	26	11,2	11,2
900 bis 1500 €	38	16,3	27,5
mehr als 1500 €	12	5,2	32,6
Summe Empfänger von Sozialleistungen	157	67,3	
Sozialhilfe	118	50,6	83,3
Arbeitslosengeld	14	6,0	89,3
Arbeitslosenhilfe	25	10,7	100,0
Gesamt	233	100	100

35. Wie viele Menschen leben in Ihrer Wohnung

Personen	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
1	41	16,4	16,4
2	60	24,0	40,4
3	65	26,0	66,4
4	51	20,4	86,8
5	20	8,0	94,8
6	6	2,4	97,2
7	4	1,6	98,8
8	3	1,2	100,0
Gesamt	250	100	100

36. Wie viele Zimmer hat ihre gegenwärtige Wohnung?

	Zimmer	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Fehlend		9	3,6	3,6
Gültig	1	12	4,8	8,4
	1,5	5	2,0	10,4
	2	65	26,0	36,4
	2,5	3	1,2	37,6
	3	100	40,0	77,6
	3,5	2	0,8	78,4
	4	36	14,4	92,8
	4,5	1	0,4	93,2
	5	7	2,8	96,0
	6	5	2,0	98,0
	7	4	1,6	99,6
	8	1	0,4	100,0
	Gesamt	250	100	100

Welche qm Zahl?

	qm	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Fehlend		20	8,0	8,0
Gültig	20 bis 30	6	2,4	10,4
	31 bis 40	8	3,2	13,6
	41 bis 50	25	10,0	23,6
	51 bis 60	42	16,8	40,4
	61 bis 70	52	20,8	61,2
	71 bis 80	50	20,0	81,2
	81 bis 90	17	6,8	88,0
	90 bis 100	10	4,0	92,0
	über 100	20	8,0	100,0
Gesamt		250	100	100

37. Wie oft treffen Sie sich mit Deutschen?**Am Arbeitsplatz/Schule**

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	101	48,1	48,1
mehrmals wöchentlich	31	14,8	62,9
einmal wöchentlich	8	3,8	66,7
selten	28	13,3	80,0
überhaupt nicht	42	20,0	100,0
Gesamt	210	100	100

In der Nachbarschaft

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	30	13,2	13,2
mehrmals wöchentlich	27	11,8	25,0
einmal wöchentlich	29	12,7	37,7
selten	98	43,0	80,7
überhaupt nicht	44	19,3	100,0
Gesamt	228	100	100

Beim Treffen mit Freunden

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	23	10,3	10,3
mehrmals wöchentlich	35	15,7	26,0
einmal wöchentlich	45	20,2	46,2
selten	63	28,3	74,4
überhaupt nicht	57	25,6	100,0
Gesamt	223	100	100

Bei Familientreffen

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	29	13,9	13,9
mehrmals wöchentlich	22	10,5	24,4
einmal wöchentlich	14	6,7	31,1
selten	41	19,6	50,7
überhaupt nicht	103	49,3	100,0
Gesamt	209	100	100

38. Wie häufig treffen Sie sich mit anderen Migranten und Flüchtlingen?**Am Arbeitsplatz/Schule**

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	79	40,9	40,9
mehrmals wöchentlich	39	20,2	61,1
einmal wöchentlich	6	3,1	64,2
selten	24	12,4	76,7
überhaupt nicht	45	23,3	100,0
Gesamt	193	100	100

In der Nachbarschaft

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	45	20,7	20,7
mehrmals wöchentlich	53	24,4	45,2
einmal wöchentlich	21	9,7	54,8
selten	64	29,5	84,3
überhaupt nicht	34	15,7	100,0
Gesamt	217	100	100

Beim Treffen mit Freunden

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	37	15,6	15,6
mehrmals wöchentlich	79	33,3	48,9
einmal wöchentlich	58	24,5	73,4
selten	50	21,1	94,5
überhaupt nicht	13	5,5	100,0
Gesamt	237	100	100

Bei Familientreffen

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
täglich	42	18,8	18,8
mehrmals wöchentlich	62	27,8	46,6
einmal wöchentlich	44	19,7	66,4
selten	49	22,0	88,3
überhaupt nicht	26	11,7	100,0
Gesamt	223	100	100

39. Wie groß ist der Anteil der Migranten in Ihrer Nachbarschaft?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Mehrheit	54	21,9	21,9
ca. die Hälfte	42	17,0	38,9
ca. ein Drittel	22	8,9	47,8
ein paar Familien	78	31,6	79,4
einzigste Migranten-Familie	51	20,6	100,0
Gesamt	247	100	100

40. Wen wünschen Sie sich als: (Mehrfachbeantwortung möglich)

	Deutsche	Migranten	Landsleute	Unwichtig
Nachbarn	52%	17%	22%	43%
Freunde ihrer Kinder	53%	22%	28%	42%
Eigenen Freunde	40%	27%	42%	44%
Arbeitskollegen	42%	23%	19%	51%
Partner/Ehepartner ihrer Kinder	29%	18%	41%	43%

41. Wen Sie die Wahl hätte, würden Sie noch einmal als Flüchtling nach Deutschland einwandern?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Auf jeden Fall	75	30,4	30,4
Eher ja	71	28,8	59,2
Eher nicht	23	9,3	68,5
Auf gar keinen Fall	30	12,1	80,7
Weiß nicht	48	19,4	100,0
Gesamt	247	100,0	100,0

42. Wie sind Sie mit ihrer gesamten Integration in Deutschland zufrieden?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
sehr zufrieden	20	8,2	8,2
zufrieden	137	55,9	64,1
unzufrieden	72	29,4	93,5
sehr unzufrieden	16	6,5	100,0
Gesamtzahl	245	100,0	100,0

43. Wenn Sie ihre Situation in Deutschland einschätzen wollen, wie zufrieden sind Sie mit:

	Arbeit	Wohnsituation	Sozialem Kontakt
	Gültige in %	Gültige in %	Gültige in %
sehr zufrieden	5,2	14,9	5,4
zufrieden	31,4	64,3	52,9
unzufrieden	40,1	17,9	35,9
sehr unzufrieden	23,3	2,9	5,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0

	Kultureller Betätigung	Bildungsangeboten	Freizeitaktivitäten
	Gültige in %	Gültige in %	Gültige in %
sehr zufrieden		6,3	9,6
zufrieden	50,6	37,9	57,9
unzufrieden	34,6	43,7	25,0
sehr unzufrieden		12,1	7,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

44. Möchten Sie in Deutschland bleiben?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Einige Jahre	31	12,6	12,6
Für immer	128	52,0	64,6
Zurück	10	4,1	68,7
Anderes Land	10	4,1	72,8
Weiß nicht	67	27,2	100,0
Gesamt	246	100,0	100,0

45. Fühlen Sie sich in Deutschland zu Hause?

	Häufigkeit	Gültige in %	Kumulierte %
Voll u. ganz	38	15,3	15,3
Eher ja	91	36,5	51,8
Bejahend	129	51,8	
Eher nicht	62	24,9	76,7
Überhaupt nicht	38	15,3	92,0
Verneinend	100	40,2	
Weiß nicht	20	8,0	100,0
Gesamt	249		100,0

Schriftenreihe des Instituts für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)

- Band 1 Rolf Meinhardt (Hg.): Zur schulischen und außerschulischen Versorgung von Flüchtlingskindern, 1997, 218 S.
ISBN 3-8142-0597-9 € 7,70
- Band 2 Daniela Haas: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, 1997, (vergriffen; abzurufen im Internet unter: www.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/haafol97/haafol97.html)
- Band 3 Claudia Pingel: Flüchtlings- und Asylpolitik in den Niederlanden, 1998, 129 S.
ISBN 3-8142-0637-1 € 7,70
- Band 4 Catrin Gahn: Adäquate Anhörung im Asylverfahren für Flüchtlingsfrauen? Zur Qualifizierung der „Sonderbeauftragten für geschlechtsspezifische Verfolgung“ beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 1999, 165 S.
ISBN 3-8142-0680-0 € 7,70
- Band 5 Gabriele Ochse: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 1999, 175 S.
ISBN 3-8142-0694-0 € 7,70
- Band 6 Susanne Lingnau: Erziehungseinstellungen von Aussiedlerinnen aus Russland. Ergebnisse einer regionalen empirischen Studie, 2000, 154 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 7,70
- Band 7 Leo Ensel: Deutschlandbilder in der GUS. Szenische Erkundungen in Rußland, 2001, 254 S.
ISBN 3-8142-0776-9 € 10,20
- Band 8 Caren Ubben: Psychosoziale Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, 2001, 298 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 11,80
- Band 9 Iris Gereke / Nadya Srur: Integrationskurse für Migrantinnen. Genese und Analyse eines staatlichen Förderprogramms, 2003, 268 S.
ISBN 3-8142-0860-9 € 13,00

